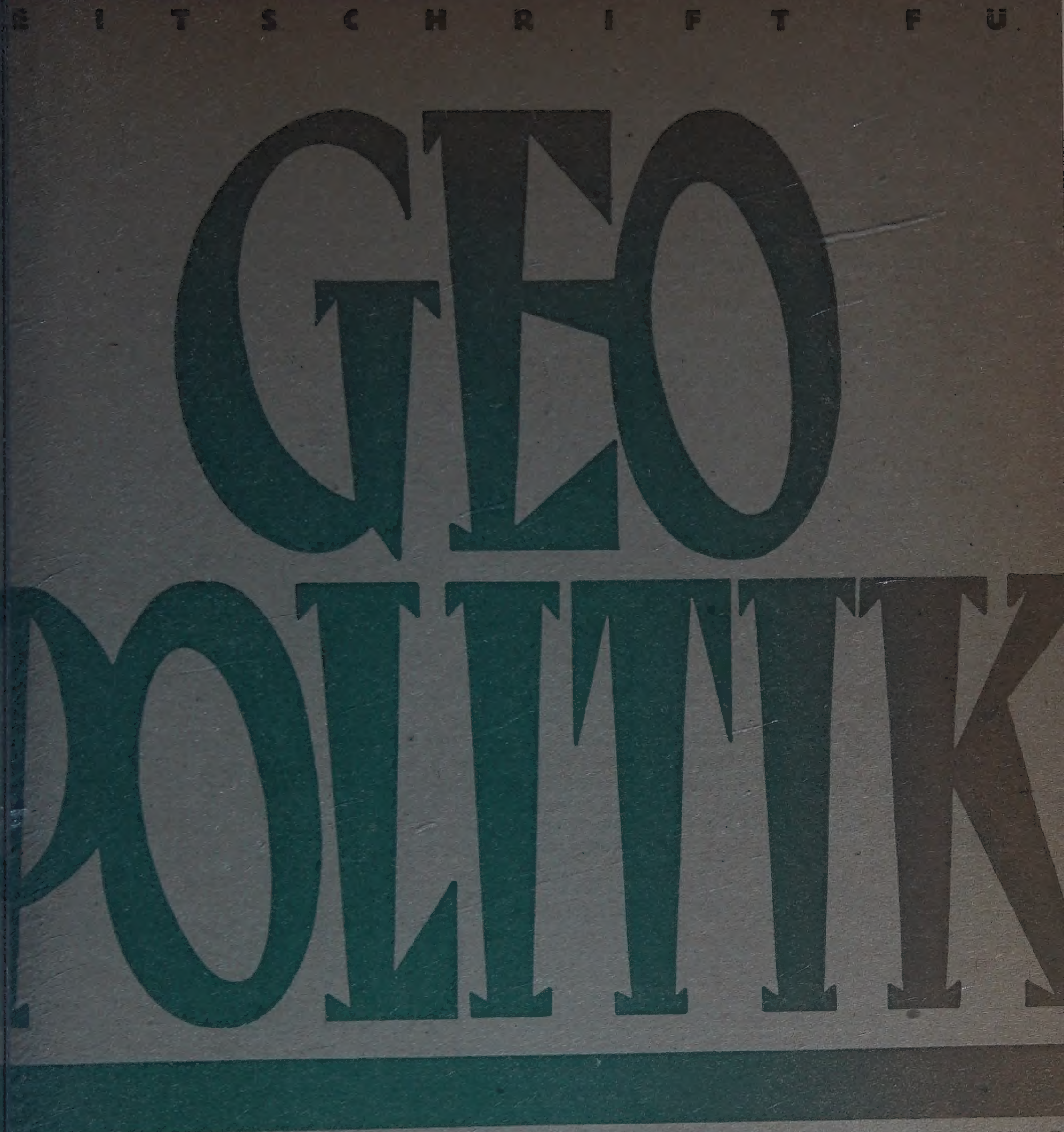


US DEM INHALT DES HEFTES

URT VOWINCKEL VERLA

T 10 / OKTOBER BERLIN — III. JAHRGANG 1926 2 MAR

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Herausgegeben von *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor a. d. Univ., Gen.-Major a. D., München O 27, Kolberger Str. 18, Tel. 44444, *Dr. E. Obst*, o. Professor an der Technischen Hochschule, Hannover, Scharnhorststr. 14, Tel. Nord 8186, *Dr. H. Lautensach*, Studienrat, Hannover, Freiligrathstr. 9, Tel. West 5948 und *Dr. O. Maull*, a. o. Prof. a. d. Univ. Frankfurt/Main, Franz Rückerstrasse 23, Tel. Maingau 5117
Schriftleitung: Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83

III. JAHRGANG 1926
HEFT 10 · OKTOBER

INHALT:

DER PREIS:

Das Einzelheft . . . . 2 Reichsmark
Die Vierteljahresfolge . . . . 6 Reichsmark
Die Halbjahresfolge . . . . 12 Reichsmark
Die Jahresfolge mit Register . . . . 24 Reichsmark
Der Jahrgang in Ganzleinen gebunden, 2 Bände . . . . 30 Reichsmark

Postscheckkonto: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin 18769, Wien 55918
Bankkonto: Delbrück Schickler & Co., Berlin — Kreditanstalt der Deutschen, Prag

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER DIESES HEFTES:

Dr. Karl Braunias, Institut für Statistik der Minderheitenvölker an der Universität, Wien
Dr. Adolf Dresler, München, Barerstraße 32, II
Dr. Albrecht Haushofer, Assistent am Geogr. Institut der Universität, Berlin NW 7, Georgenstraße
Dr. Karl Haushofer, Gen.-Major a. D., Honorarprofessor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18
Dr. Gerhard Kutzscher, Leipzig, Lessingstraße 20
Dr. Otto Maull, a. o. Professor a. d. Universität, Frankfurt a. M., Franz Rückerstraße 23
Dr. Erich Obst, o. Professor an der Technischen Hochschule, Hannover, Scharnhorststraße 14
Fritz Seidenzahl, London SE 6, Ravensbourne Park Catford

KURT VOWINCKEL VERLAG
BERLIN-GRUNEWALD / HOHENZOLLERNDAMM 83

ADOLF DRESLER:
SÜDSLAWIEN

Das heutige Südslawien ist wie Polen, die Tschechoslowakei und andere neue Staaten eine Schöpfung des Weltkrieges. Darum kann man vielfach bei uns die Meinung hören, diese Staaten hätten keine geschichtliche Daseinsberechtigung, sie seien nur künstliche Gebilde, denen keine lange Lebensdauer zugesprochen werden könne. Diese Meinung ist ebenso irrig wie die Hoffnung, auf dem Balkan und auf anderen Gebieten sei durch die Friedensverträge von 1919/1920 ein wirklicher und endgültiger Frieden von Dauer herbeigeführt worden, die künftigen Beziehungen der Staaten untereinander würden nur noch von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus sich gestalten. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Bildung des Südslawenreiches auf einer geraden Linie geschichtlicher Entwicklung liegt, die zu Anfang des vorigen Jahrhunderts begonnen hat, die heute aller Voraussicht nach noch nicht abgeschlossen ist und die sich auch nicht in ihrem Fortschreiten durch wirtschaftliche Erwägungen wird beeinflussen lassen. Diese Entwicklung ist getragen von dem Streben der Balkanslawen nach staatlicher Selbständigkeit und nach Vereinigung in einem Reiche. Es ist dabei zu unterscheiden zwischen der südslawischen Bewegung in Serbien und Bulgarien und derjenigen im früheren Habsburgerreiche. Die erste führte zur Abschüttelung der Türkenherrschaft durch Serbien und Bulgarien, Ereignisse, die allgemeiner bekannt sind. Dagegen hat man von der zweiten bei uns weniger gewußt, weshalb von ihr ausführlicher gesprochen werden soll.

Die Träger des südslawischen Gedankens im Habsburgerreiche waren die kulturell am fortgeschrittensten Balkanslawen, die Kroaten. Ihre Bewegung aber, der sogenannte „Illyrismus“ Ludwig Gay's, das katholische Südslawenreich, das Bischof Stroßmayer erstrebte, das „Großkroatien“, von dem Ante Starcewitsch im vergangenen Jahrhundert träumte, wurde nicht zur Wirklichkeit, politisch scheiterte die Bewegung, auf kulturellem Gebiet war sie jedoch erfolgreich. Gay gelang es, der kroatischen Sprache neben der ungarischen und lateinischen einen Platz zu gewinnen. Vuk Karadjitsch-Stefanowitsch schuf die serbo-kroatische Schriftsprache als Einheitsband zwischen Serben und Kroaten gegenüber dem altserbischen Kirchenslawisch. Eine Stärkung ihrer Bewegung erfuhren die Kroaten zwar durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina, die politische Leitung des Südslawentums war aber inzwischen an die Serben übergegangen, die sich von der Türkei befreit hatten und seither als die eifrigsten Verfechter des Einheitsgedankens auftraten.

Hinzu kam die Verbindung mit der von Rußland ausgehenden allslawischen Bewegung und mit den Tschechen. Ein kurzer geschichtlicher Überblick mag diese Entwicklung der Dinge beleuchten.

1895 waren die kroatischen Studenten nach Schließung der Agramer Universität zum Tschechenführer Professor Masaryk nach Prag gezogen, dessen Einfluß auf die kroatische Intelligenz, Politik und Presse sich seither stark bemerkbar gemacht hat. Den Kroaten folgten die Slowenen von den Hochschulen in Graz und Wien nach Prag mit dem gleichen Ergebnis.[1]) Wichtig wurde sodann die 1907 erfolgte Gründung der neuslawischen Bewegung durch den Tschechenführer Kramarsch und den russischen Generalleutnant Wolodimirow. Sie richtete sich sowohl gegen die Türkei als auch gegen Österreich-Ungarn. Ihr Ziel war die Bildung eines selbständigen Tschechenstaates mit Einschluß von Wien und eines Südslawenreiches etwa im jetzigen Umfange. Von 1908 an wurden dann die allslawischen Kongresse abgehalten in Prag, Petersburg, Sofia, Laibach und wieder in Prag. Masaryk trat 1909 für die 53 serbo-kroatischen Politiker des Agramer Hochverratsprozesses öffentlich ein, 1911 reiste er von Agram nach Belgrad, Dalmatien und Cetinje und nahm mit südslawischen Führern in- und außerhalb der Donaumonarchie Fühlung. Kramarsch hatte inzwischen seine Fäden nach Bulgarien gesponnen, er war 1910 Ehrenpräsident des Kongresses von Sofia gewesen, der die ersehnte serbisch-bulgarische Verständigung brachte. Der bereits 1909 in Verabredung mit den Russen Stolipin und Iswolski geplante Balkanbund kam aber erst am 13. März 1912 zustande, er hatte den gegen die Türkei gerichteten ersten Balkankrieg zur Folge.

Außer der Unterstützung der Südslawen durch Russen und Tschechen muß auch der Rolle gedacht werden, die England damals auf dem Balkan spielte. Im englischen Interesse konnte die geschilderte Entwicklung der Dinge nur erwünscht sein, sie bedeutete eine Schwächung der Stellung des Dreibundes, die Vollendung der Einkreisungspolitik Eduards VII. und geopolitisch gesprochen die Abriegelung des deutschen Vordringens nach dem Orient, in den England sich nur mit Rußland zu teilen gewillt war, durch ein südslawisches Bündnis vom Schwarzen Meer zur Adria. Die Schwächung der Türkei war dabei ebenfalls nur willkommen. So ist es denn kein Wunder, daß englische Hände sehr bald im Spiel der Kräfte auf dem Balkan mitwirkten. Der Engländer Seton Watson schrieb ein Buch über „Die südslawische Frage im Habsburgerreiche" (deutsch Berlin 1908), das die Verbundenheit der Balkanfragen mit der südslawischen Bewegung in der Donaumonarchie deutlich aufzeigte; durch Vermittlung von Kramarsch und Masaryk trat ferner der Wiener Vertreter der „Times", H. Wickham Steed, mit südslawischen Kreisen in Fühlung, unterstützte in seinem Blatte deren Politik und spielte schon vor dem ersten

Balkankriege, wie er in seinen kürzlich erschienenen Erinnerungen[2]) berichtet, für Bulgarien eine diplomatische Rolle, wie auch der Vertreter der „Times" auf dem Balkan, J. D. Bourchier, sich tatkräftig für die Serben und Bulgaren einsetzte. Die Friedensverhandlungen wurden denn auch in London geführt. Kaum aber war am 30. Mai 1913 unter Greys Vorsitz Friede geschlossen worden, als ganz programmwidrig der serbisch-bulgarische Bruderkrieg um Mazedonien ausbrach, der mit Bulgariens Niederlage endete. Dadurch wurde die Aufrollung der südslawischen Frage in Österreich-Ungarn aber nur hinausgeschoben. Als Zwischenlösung forderten slawische Politiker der Donaumonarchie, unter ihnen auch Masaryk, zunächst die Bildung eines dritten, slawischen Reichsteiles neben den bisherigen deutschen und ungarischen Staatshälften, den sogenannten „Trialismus" statt des bisherigen Dualismus. Darüber hinaus suchte aber Masaryk Anfang 1914 zwischen Serbien und Bulgarien eine Aussöhnung herbeizuführen. Das alles war noch in der Schwebe, als der Mord von Serajewo zum Anlaß des Weltkrieges wurde, dessen tieferer Grund aber neben anderen die ungelöste Südslawenfrage war.

Über die Entwicklung der südslawischen Dinge während des Krieges geben uns die genannten Erinnerungen des Engländers Steed recht guten Aufschluß. Steed hatte 1913 ein Buch „The Hapsburg Monarchy" geschrieben, dessen Verbreitung in Österreich-Ungarn verboten wurde. Steed war Slawenfreund, kannte alle bedeutenden slawischen Politiker und ihre Bestrebungen und war nach London in der festen Überzeugung vom baldigen Ausbruch eines Weltkrieges, der Österreich-Ungarns Untergang bringen würde, zurückgekehrt. Als die Katastrophe dann wirklich ausbrach, entwickelte Steed bereits im September 1914 Grey einen Plan, Bulgarien auf die Seite der Entente zu bringen oder sofort von Serbien, Griechenland und Rumänien besetzen zu lassen. Das Zögern der englischen Regierung ermöglichte jedoch den Anschluß Bulgariens an die Mittelmächte. Dagegen hatte Steed mit seinen übrigen südslawischen Plänen mehr Erfolg. Die beiden Südslawenführer Supilo und Trumbitsch, die aus Österreich-Ungarn geflohen waren, fanden sich in London ein, unter dem Vorsitz von Lord Cromer wurde eine „Serbische Gesellschaft für Großbritannien" gebildet, gemeinsame politische Richtlinien wurden aufgestellt und im „Friedensprogramm", das Steed im Oktober 1915 und nochmals im April 1916 in englischen Zeitschriften aufstellte, wurde bereits die Schaffung eines Südslawenreiches gefordert. Punkt 6e dieses Programms lautete: Bildung eines ethnisch vollständigen (ethnically complete) Serbien in Form der Vereinigten Staaten von Südslawien (United Staates of Jugoslavia).

Diesen Bestrebungen einer Loslösung der österreichisch-ungarischen Südslawen vom Habsburgerreiche wurde auf Seiten der Mittelmächte der Gedanke einer Föderalisierung der Donaumonarchie entgegengesetzt, den in

Deutschland besonders das „Berliner Tageblatt“ und die „Vossische Zeitung“ vertraten. Auch österreichisch-ungarische Slawen wie L. v. Südland[3]) gaben sich noch lange mit der trialistischen Lösung der nationalen Schwierigkeiten zufrieden. Nach Steeds Eingeständnis hätten sich die Staatsmänner der Entente mit einem solchen Ergebnis des Krieges ebenfalls begnügt, nicht aber die Slawenführer selbst und ihre Freunde. Masaryk und der früher erwähnte Engländer Seton Watson gaben vom Oktober 1916 ab in London das Wochenblatt „New Europe“ heraus, in dem sie für die völlige Freiheit aller Slawen der Doppelmonarchie und für deren Zertrümmerung eintraten. Die Arbeit der genannten Kreise und der von Steed geleiteten „Times“ führte dann zu dem Erfolg ihrer Gedanken im Frieden von St. Germain 1919, der so ziemlich die seit langem gefaßten Pläne der Slawen Österreich-Ungarns verwirklichte.

Schwieriger als die Bekämpfung des trialistischen und föderativen Planes einer Umgestaltung des Habsburgerreiches war die Beilegung der italienisch-südslawischen Streitigkeiten um die Westgrenze des neu zu bildenden Staates und um die Herrschaft über die Adria. Die erste Schwierigkeit bereitete das Durchsickern der Kenntnis vom Londoner Vertrag, in dem die Entente im April 1915 Italien für seine Teilnahme am Kriege die Beherrschung der Adria, die überwiegend von Slawen bewohnten Grafschaften Görz und Gradisca, Triest, ganz Istrien und Dalmatien bis zur montenegrinischen Grenze zugesprochen hatte. Einen Ausgleich zwischen den Forderungen der nunmehrigen Bundesgenossen zu schaffen, war äußerst mühsam. Im Juli 1917 erfolgte die „Deklaration von Korfu“, die vom serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch und von dem österreichischen Kroaten Trumbitsch (aus Spalato) als den „autorisierten Vertretern der Serben, Kroaten und Slowenen“ unter dem Namen „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ einen unabhängigen Nationalstaat dieser drei Volksstämme erklärten, für ihn „alles überwiegend von den südslawischen Völkern bewohnte Land“ beanspruchten und die Adria als „freies und offenes Meer“ forderten. Diese Erklärung verschärfte die Spannung zwischen Italienern und Südslawen noch mehr. Im Dezember 1917 fanden bei Steed in London Einigungsverhandlungen statt, bei denen eine gemeinsame Beherrschung der Adria beschlossen wurde. Auf Triest und Istrien zu verzichten, weigerten sich die Italiener, die übrigen strittigen Fragen aber sollten nach dem Nationalitätenprinzip gelöst werden, das kurz darauf auch Wilson verkündete. Die weiteren Verhandlungen zwischen dem südslawischen Ausschuß und dem italienischen Parlamentsausschuß führten darauf zur Anerkennung der „südslawischen Nation“ durch Italien im „Pakt von Rom“ im April 1918. Der Zerfall Österreich-Ungarns brachte dann die Vereinigung der Serben, Kroaten und Slowenen in einem Staate, über die Westgrenze aber

kam es auf den Friedensverhandlungen in Paris und noch später zu immer neuen Zerwürfnissen zwischen Italienern und Südslawen. Diese Gegensätze, die bis zum Abschluß des italienisch-südslawischen Bündnisses vom Januar 1924 dauerten und die mehrmals zu kriegerischen Drohungen von beiden Seiten geführt hatten, sind im Aufsatz „Italien und die Herrschaft im Mittelmeer“ geschildert worden[4]). Die Italiener errangen einen großen Erfolg in der Abdrängung der Südslawen von der Adria, sie verleibten sich etwa 600 000 Slowenen und Kroaten ein und gewannen die wichtigen Hafenstädte Triest und Fiume. Der Hafen von Buccari vermag den Südslawen dafür nicht den mindesten Ersatz zu bieten. So hat sich der Drang Serbiens nach Westen zum Meer in einen solchen nach Südosten und Osten sowie einen Druck nach Norden gegen Österreich verwandelt. Diese Ablenkung kann in gewisser Weise mit derjenigen verglichen werden, die Frankreich bewerkstelligte, indem es den Blick Italiens von dem verlorenen Nizza und Savoyen ab- und Dalmatien sowie dem Brenner zuwandte. Da uns Deutsche vornehmlich der Druck Südslawiens nach Norden angeht, so soll zunächst dieser behandelt werden.

Unmittelbar nach dem Kriegsende war er nur gering und beschränkte sich auf die Slowenen. Den Serben lag damals vor allem an dem seit Jahrzehnten angestrebten Adriahafen, an Fiume. Die Spannung zwischen den Bundesgenossen war auf der Friedenskonferenz eine derartige, daß die Italiener sich weigerten, mit den Südslawen sich an einen Tisch zn setzen oder in ihrer Gegenwart zu verhandeln. Frankreich war damals auf Seiten der Südslawen, es wollte Fiume statt Saloniki zum Hafen für seine Orientarmee machen, es kam zu ernsten Reibungen mit Italien, bis italienische Truppen die umstrittene Stadt kurzerhand besetzten und die Franzosen zum Abzug nötigten. Gleichwohl begannen die Franzosen, den englischen Einfluß auf dem Balkan zu ersetzen. Einmal hatten sie dort ein großes Heer stehen, die Engländer aber nur wenige Truppen, dann aber zeigten die Engländer auch sehr viel mehr Interesse für die Aufteilung der Türkei und die Gestaltung der Dinge in Asien als für die Klärung der Lage in Europa. Frankreich war es auch, das für die Verschiebung der südslawischen Grenze bis über die fast rein deutschen Städte Cilli und Marburg sorgte. Ihm lag jetzt an einer möglichst engen Einschränkung des Deutschtums ebenso sehr wie früher England, für das diese Frage nach der Niederwerfung Deutschlands und dem Zerfall Österreich-Ungarns in den Hintergrund trat. Die jetzige südslawische Grenze überschreitet nicht nur die Drau, sondern sie greift sogar auch über die Mur hinüber und selbst damit sind die Slowenen noch keineswegs zufrieden. Je unsicherer ihre Hoffnung auf den von ihnen Sotscha genannten Isonzo als Grenzfluß wird, um so mehr verstärkt sich ihr Wunsch nach dem Besitz des Klagenfurter

Beckens und weiterer Teile von Kärnten und Steiermark. Und dieser südslawische Druck nach Norden begegnet sich mit dem Druck der Tschechen, die, wie gezeigt wurde, seit langem die gleichen Ziele wie die Südslawen verfolgen, nach Süden, mit ihrer Forderung nach einem slawischen „Korridor“ zum Meere für ihren Binnenstaat. Bei der Aufteilung Österreichs unter Italien und die übrigen Nachbarn, die schon mehrmals erwogen worden ist, würde dieser „Korridor“ zweifellos eine Wirklichkeit werden. Es ist zweifellos, daß bei einer noch weiteren Zurückdrängung des Deutschtums aus dem Südosten die Südslawen die Hauptrolle spielen würden.

Für den Drang Südslawiens nach Süden und Südosten ist das Verhältnis zu Bulgarien von größter Bedeutung. Von den allslawischen Versuchen, ein enges serbisch-bulgarisches Bündnis herzustellen, wurde schon gesprochen. Der zweite Balkankrieg ließ diese Versuche vorerst scheitern, der Weltkrieg sah abermals die beiden Völker als Gegner im Wettbewerb um die Vorherrschaft auf dem Balkan. Der Erfolg der Entente entschied zugleich diesen Bruderzwist zugunsten Serbiens. Bis zum Frieden von Bukarest 1912 hatte Serbien 48 320 qkm umfaßt, durch den genannten Frieden erhielt es 33 670 qkm hinzu, der Weltkrieg brachte ihm Montenegro, obwohl im Namen aller Verbündeten Briand am 10. 1. 1917 dessen Wiederherstellung als Kriegsziel der Entente erklärt und Wilson am 8. 1. 1918 in Punkt 11 seiner 14 Punkte dasselbe getan hatte, mit einem Gebiet von 9030 qkm und vom zerfallenden Österreich-Ungarn erhielt es weitere 141 629 qkm, so daß Südslawien heute 232 649 qkm umfaßt mit einer Bevölkerung von 11 590 263 Seelen nach der Volkszählung vom 1. 1. 1921. Demgegenüber umfaßt Bulgarien jetzt eine Fläche von 102 740 qkm mit 4 862 000 Einwohnern. Serbien nun, das sein Gebiet seit 1912 fast verfünffacht hat, das die im Pakt von Korfu zugesicherte bundesstaatliche Verfassung des Südslawenstaates nicht eingeführt, sondern ein straff zentralistisches Regiment errichtet und auch Montenegro verschluckt hat, scheint nicht wenig Lust zu verspüren, auch Bulgarien sich einzuverleiben. Diese Entwicklung liegt um so mehr im Bereich der Möglichkeit, als Bulgarien heute über kein beachtenswertes Heer mehr verfügt, als die bulgarisch-serbische Grenze von der Donau bis Zaribrod an der Nischawa völlig offen liegt und erst im Süden Bergland aufsteigt, als die bulgarische Hauptstadt Sofia nur in geringer Entfernung von der durch den letzten Friedensschluß noch weiter nach Osten vorgeschobenen Grenze liegt und als endlich fremde Mächte sich einer mehr oder minder gewaltsamen Vereinigung von Südslawien und Bulgarien kaum widersetzen würden. England hat andere Sorgen, seitdem sein gegen die Türkei aufgehetzter Schützling Griechenland vernichtend geschlagen wurde, Frankreich kann heute schwerlich noch entscheidend eingreifen und Italien würde vermutlich seinen Bundesgenossen Südslawien gewähren lassen, um von

ihm Zugeständnisse in Dalmatien zu erhalten. Ein Angriff Südslawiens auf Bulgarien stand schon mehrmals zu befürchten. Die italienische Presse erklärte anfangs, Bulgarien würde auf die Hilfe Italiens rechnen können, später setzte sie sich auch lebhaft für den „traditionellen Feind der Serben", für Ungarn, ein. Seit dem Bündnis Italiens mit Südslawien sind diese Stimmen wie auch die Parteinahme für die Selbständigkeitsbestrebungen in Montenegro, Kroatien und Mazedonien aber verstummt, und haben häufigen Aufsätzen Platz gemacht, die ausführen, daß Südslawiens Aufgaben nicht im Westen, sondern im Südosten und Osten liegen. Ob ein südslawisch-bulgarischer Zusammenschluß stattfinden wird, läßt sich nicht vorhersagen, daß er aber im Bereich der Möglichkeit liegt, ist unzweifelhaft. Einer der besten deutschen Kenner des Balkans, der sozialdemokratische Abgeordnete H. Wendel, hat in seinen Schriften seit langem diese Entwicklung vorausgesagt, wobei er freilich an eine friedliche Vereinigung dachte. Heute ist jedoch die Zuhilfenahme von Waffen das Wahrscheinlichere. Der Zusammenschluß würde einen Block von $13^1/_3$ Millionen Balkanslawen ergeben, die Lösung des Streites um Mazedonien bringen, Südslawien die bulgarischen Häfen am Schwarzen Meer verschaffen und eine verstärkte Wiederaufnahme des Druckes beider Länder zur ägäischen Küste zur Folge haben. Bulgarien mußte im Frieden von Neuilly 1920 den Küstenstrich zwischen der Mesta und Maritza an Griechenland abtreten, Südslawien hat nur Benützungsrechte im Hafen von Saloniki erhalten, mit denen es nicht zufrieden ist. Bei der italienisch-griechischen Feindschaft ist es nur natürlich, daß italienische Blätter, vor allem auch die faschistischen, neuerdings immer darauf hinweisen, der gegebene Hafen für Südslawien sei nicht Triest oder Fiume, sondern Saloniki, auf das es mit Recht Anspruch erhebe. Bis vor kurzem war das südslawisch-griechische Verhältnis kein freundliches. Dann kam im August dieses Jahres die Meldung von einem südslawisch-griechischen Bündnis, wobei die öffentliche Meinung Italiens in starke Erregung geriet, weil es ohne Verständigung Italiens zustande gekommen sei, und weil hinter ihm eine französische Intrige gesehen wurde. Daß Italien für seine Stellung auf dem Balkan das Bündnis mit Südslawien nicht für ausreichend erachtet, hat der seit langem erstrebte Abschluß eines Freundschaftsvertrages mit Rumänien am 16. September gezeigt. Damit ist auch dort französischer Einfluß durch italienischen ersetzt worden. Jedenfalls aber müssen der Druck Südslawiens gegen die griechische Grenze, welche das Tal des Wardar quer durchschneidet, der alte Zwist um Mazedonien und die neuen Interessengegensätze in Albanien als Ausgangspunkte für kommende Verwicklungen auf dem Balkan in Betracht gezogen werden, wozu noch das unstreitig vorhandene Bestreben Südslawiens hinzukommt, sich Bulgarien auf die eine oder andere Weise anzugliedern.

Die innenpolitischen Schwierigkeiten Südslawiens sollen nicht verkannt werden. Seine Bevölkerung besteht aus 5 441 661 Serben, aus 3 030 737 Kroaten und Slowenen, aus 3 117 865 Deutschen, Ungarn usw., dem Bekenntnisse nach aus 5 734 607 Angehörigen der prawo-slawischen Nationalkirche, aus 4 527 702 römischen und griechischen Katholiken, 1 265 445 Mohammedanern, 247 024 Protestanten u. s. f. Serben und Kroaten haben eine verschiedene geschichtliche Entwicklung aufzuweisen, die Slowenen weichen von beiden wiederum in ihrer Sprache nicht unwesentlich ab, Kroaten und Slowenen sind überwiegend römisch-katholisch und neigen damit auch der westlichen Kultur zu, während die Serben durch ihre Einwanderung in das oströmische Reich im 7. Jahrhundert sich der östlichen Kultur zuwandten und früh eine nationale Kirche sich bei ihnen herausbildete. Schon 1219 heißt es, Serbe sei, wer sich zur serbischen Kirche bekenne. Diese erreichte einen Höhepunkt ihrer Macht durch die 1557 erfolgte Gründung des Patriarchates von Ipek, dessen Amtsbezirk fast den ganzen mittleren Balkan umfaßte. In letzter Zeit macht die serbische Kirche in Südslawien wieder Fortschritte, was in römisch-katholischen Kreisen zu lebhaften Besorgnissen Anlaß gibt.[5]) Trotz dieser Schwierigkeiten, denen sich noch die weniger wichtige beigesellt, daß Serben und Montenegriner sich der cyrillischen, Kroaten und Slowenen der lateinischen Schrift bedienen, ist aber nicht anzunehmen, daß Südslawien nicht lebensfähig sei. Scherzhaft wird die Abkürzung für den dreistämmigen Staat S. H. S. wohl gedeutet als „Sie hassen sich", aber wer das Land nach dem Kriege bereist hat, gewinnt doch den Eindruck, daß ohne schwere Schicksalsschläge von außen der neue Staat nicht sobald wieder verfallen wird. Ein Zeichen dafür ist ja auch die Aussöhnung des radikalen kroatischen Bauernführers Raditsch mit dem serbischen Königshause.

Nur geringe Bedeutung kommt der Einteilung Südslawiens in einen balkanischen Teil mit 88 965 qkm und einen mitteleuropäischen Teil mit 143 684 qkm und in 6 915 466 dem östlichen Kulturkreis, 4 774 797 dem westlichen angehörende Bewohner zu. Wenn man dicht südlich von Graz die cyrillische Schrift neben der lateinischen auf allen Amtsschildern angebracht und sie auch in den Schulen neben der lateinischen gelehrt findet, sowie so manche andere Zeichen balkanischen Einflusses sieht, so hat man doch den Eindruck, daß der Balkan nicht mehr wie früher erst bei den Minarets in Bosnien beginnt, sondern bereits an der südslawischen Grenze an der Mur und der Drau. Aus dem Gesagten ergibt sich auch, ohne daß auf Einzelheiten, Zeitungsaufsätze usw. eingegangen werden konnte, daß Südslawien zwar mit fremder Hilfe, aber doch nicht von ungefähr entstanden ist und daß es weiter ein Unruheherd für Europa bleiben wird. Der Bolschewismus, der zum Nachfolger des Einflusses geworden ist, den das frühere Zarenreich auf dem Balkan aus-

geübt hat, und der durch Stefan Raditsch und die Förderung der mazedonischen Aufstandsbewegung auch für Südslawien eine zeitlang gefährlich zu werden schien, ist doch so gut wie überwunden. Sein Erfolg in Bulgarien würde für Südslawien nur einen willkommenen Anlaß zum Einschreiten bieten. Als Verbindungsbrücke nach Kleinasien und Nordafrika aber wird der Balkan den Bolschewisten auch fernerhin dienen.

Von westeuropäischen Einwirkungen ist die französische am stärksten. Französische Bücher und Zeitungen werden massenhaft nach Südslawien geschickt, es gibt eine große französische Buchhandlung in Belgrad, man sieht französische Lichtbilderwerke, während früher in den serbischen Gymnasien Deutsch von der 1. Klasse an Pflichtfach war, ist es nach dem Kriege durch Französisch von der 2. Klasse an ersetzt worden.[6]) Trotzdem wird Deutsch noch immer viel gesprochen. Das „Osteuropäische Jahrbuch" von 1922 (Budapest, Priens-Verlag) gibt die Zahl der Deutschen in Südslawien mit 919 356 an.[7]) Ihre Zahl kann aber nicht voll zur Geltung kommen, da sie zerstreut wohnen. Unter oft brutaler Unterdrückung haben sie in allen Landesteilen ziemlich gleichmäßig zu leiden. In den Städten Marburg und Cilli hat man ihre Vereine aufgelöst und deren Besitz geraubt, bei Wahlen wird mit ärgstem Terror gegen sie vorgegangen, die südslawische Schulpolitik ist ebenfalls ganz auf die Ausrottung des deutschen Volksbewußtseins eingestellt. All das aber kann für uns nur ein Grund mehr sein, die weitere Entwicklung Südslawiens als des für uns wichtigsten Balkanstaates aufmerksam zu verfolgen.

Anmerkungen

1) Masaryks Wirken zeigte sich vor allem in der Zeitung „Omladina" der slowenischen nationaldemokratischen Partei und in den Grundsätzen der 1904 gebildeten kroatischen Fortschrittspartei.

2) „Through Thirty Years", London 1924, Verlag Heinemann. 2 Bände. Zu den Balkankriegen siehe Band 2, Seite 320.

3) Deckname für Dr. Ivo Pilar, der lange eine hohe Staatsstelle in Bosnien bekleidete. Sein ausgezeichnetes Werk „Die südslawische Frage und der Weltkrieg" erschien 1918 in Wien.

4) Im Maiheft der „Zeitschrift für Geopolitik". Bezeichnend ist aber, daß trotz des Bündnisses Italien den nach Westen gerichteten Kriegshafen Pola so gut wie gar nicht benützt. In dem zu Lande ungeschützten Hafen liegen nur ein paar kleine Torpedoboote und unwichtige Kriegsfahrzeuge.

5) s. z. B. den „Bayrischen Kurier" vom 24. 7. 25: „Von der Staatskrise zur Religionskrise".

6) In Sofia wurde am 15. Juli das neue Gebäude der „Alliance française" eingeweiht. Es gibt dort auch eine französisch geschriebene Zeitung „La Bulgarie".

7) Deutsche Angaben schwanken zwischen 1/2 und 1 Million.

Quellen, die nicht im Text genannt sind:

Hermann Wendel, Südosteuropäische Fragen, Berlin 1918.
" " Aus und über Südslawien, Berlin 1920.
" " Von Belgrad bis Buccari, Frankfurt 1922.
" " Aus dem südslawischen Risorgimento, Gotha 1921.
" " Von Marburg bis Buccari, Frankfurt 1921.

Das neue Werk Wendels „Der Südslawen Kampf um Freiheit" war bei Abfassung dieses Aufsatzes noch nicht erschienen.

Bei Wendel kommt leider häufig seine parteipolitische Einstellung zum Ausdruck. In der mazedonischen Frage nahm er zu Unrecht sogar während des Weltkrieges für Serbien Partei.

Nach der Volkszählung vom 31. Januar 1925 zählt Südslawien 513 472 Deutsche oder 4,3 % der Gesamtbevölkerung. Vor dem Kriege wurden in dem gleichen Gebiet 800 000 Deutsche gezählt. Der Rückgang betrifft hauptsächlich die Städte, auf dem Lande haben sich die Deutschen nahezu behaupten können. („Das Ziel" Nr. 2, 2. Jahrg., 20. Nov. 1925.)

A. K. Kober, Der Balkan, Jena 1925.

Glasnik geografskog druschtva, Belgrad 1922.

Dr. Albrecht Wirth, Der Balkan, Stuttgart 1924, 4. Auflage. Wirth schreibt unrichtig von nur 285 000 Deutschen in Südslawien.

G. Gesemann, Das Deutschtum in Südslawien, München 1922.

A. A. Klein, Zwischen Drau und Adria, Wien 1925.

R. F. Kaindl, Die Deutschen in Südslawien, Wien 1926.

Die Verbindung zwischen Tschechen und Südslawen ist erst durch den Einbruch der Ungarn abgerissen. Im 10. Jahrhundert hießen die Tschechen noch böhmische Kroaten (Chrobaten), Böhmen Groß- oder Weißkroatien. Der Name der Tschechen taucht erst 1164 auf. Man denke auch an die Namengleichheit der Sorben in der Lausitz, die früher als Weiß-Serbien bezeichnet wurde, und der Serben auf dem Balkan. Der Name Dalmatien ist mit den Daleminzen in der Mark Meißen in Zusammenhang gebracht worden (s. L. A. Gebhardi, Geschichte aller wendisch-slavischen Staaten, Halle 1790, 1793 u. 1796). Unter den Bulgaren und Dalmatinern finden sich viele nichtslawische Elemente, doch hat hier die Sprache ein slawisches Nationalgefühl entstehen lassen.

ERICH OBST:

BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Europa im Zeichen des Völkerbundes und der Sicherheitsverträge

Am 10. September ist Deutschland feierlichst in den Völkerbund aufgenommen worden und hat den heißumkämpften ständigen Ratssitz erhalten. Für den, der sich ehrlich bemüht, über den Parteien stehend Politik zu treiben, ist es nicht leicht, dieses Ereignis gerecht zu würdigen. Wir haben hier von jeher den Standpunkt vertreten, daß sowohl unserem Vaterland wie dem gesamten europäischen Kontinent im Grunde nur mit einer weitherzigen Verständigungspolitik geholfen ist. Wir halten einen Zusammenschluß der zahlreichen National- und Nationalitätenstaaten unseres Erdteils aus wirtschaftlichen und politischen Gründen für dringend wünschenswert, weil im Zeitalter der wachsenden Räume nur so ein erfolgreicher Widerstand gegen die übrigen Großreiche der Welt möglich ist und weil nur auf dem Wege der Verständigung die dynastisch-territorialpolitischen Grenzen den notwendigen völkisch-kulturellen Grenzen weichen können. Im Ziele stimmen wir also mit der von Stresemann folgerichtig betriebenen Völkerbundspolitik durchaus überein. Was uns trennt, ist vielmehr der Weg zur Erreichung dieses Zieles. Wir halten es nicht für möglich, den Sprung vom Einzelstaat zum Weltbund zu machen; wir möchten statt einer universalen Völkerliga eher eine Reihe von Erdteilbünden, die dann von sich aus vielleicht einmal den Weg zueinander finden, zu einem Weltvölkerbund verschmelzen könnten. Gerade geopolitische Untersuchungen führen zu dem Ergebnis, daß die Völker und Staaten der Welt mindestens zurzeit viel zu heterogen sind, von viel zu divergierenden Interessen beherrscht werden, um in ihrer Gesamtheit plötzlich unter einen Hut gebracht zu werden. Um es kurz zu sagen: Wir stimmen für eine organische Entwicklung von Völkergemeinschaften, für ein langsames, stetiges Wachsen vom Kleinen zum Großen und versprechen uns wenig von mehr oder minder gewaltsamen, unnatürlichen politischen Konstruktionen.

Aus diesem unseren Standpunkt ergibt sich von selbst, daß wir, ohne in kleinliche Nörgelei zu verfallen, dem Genfer Völkerbund als Weltliga kein Vertrauen entgegenbringen können. Wie töricht ist es im Grunde, dieses Gebilde überhaupt Weltvölkerbund zu nennen, wo die Vereinigten Staaten und Rußland fehlen, Brasilien und Spanien schon wieder ausgetreten sind, Kuba mit dem Austritt droht und die Bundesmächte untereinander bis zum äußersten intrigieren, ja selbst vor kriegerischen Maßnahmen gegeneinander nicht zurückschrecken (China-Großbritannien).

Trotzdem kann es möglicherweise taktisch von Deutschland richtig gehandelt sein, dem Genfer Bund ungeachtet aller seiner Mängel beizutreten. Wir Deutsche und gerade wir sollten uns aber keinen Illusionen hingeben, sondern die Dinge stets klar so sehen wie sie sind, nicht wie wir wünschten, daß sie wären. Frankreich hat es faktisch eben doch erreicht, daß Polen dem Rate angehört von dem Augenblick ab, wo Deutschland seinen Ratssitz einnimmt.

Ob trotzdem all die schönen Paradereden von Genf zu einer wirklichen und dauerhaften deutsch-französischen Entspannung führen, kann allein die Zukunft zeigen. Erreicht es Herr Stresemann, daß als Folge unseres Beitritts zum Völkerbund nach und nach die Kriegsschuldlüge verschwindet, die Gebiete am Rhein geräumt, Eupen und Malmedy zurückgegeben werden, das Unrecht im Osten (Oberschlesien, Korridor, Danzig!) und in Übersee (deutsche Kolonien) wieder gutgemacht wird, der politische Zusammenschluß aller zusammenhängend gesiedelten Deutschen (vor allem Österreich) nicht länger hintertrieben wird, die Kriegslasten gerecht verteilt werden usw. usw., dann wird er als großer Staatsmann fortleben, und alle Deutschen werden ihm vom Herzen gern die dann wohlverdiente Anerkennung zollen. Was inzwischen aus dem Genfer Völkerbund geworden ist, soll uns dann nicht sehr kümmern. Wir treten ihm in erster Linie als Deutsche und zwecks Wahrung deutscher politischer Belange bei; erst in zweiter Linie kommt für uns der Kampf für allgemeine Weltideale und Völkerbeglückung. Je offener wir dies aussprechen, desto mehr glauben wir einer Befriedung Europas zu dienen.

Selbst die überzeugtesten Anhänger der Weltvölkerbundsidee werden nicht behaupten können, daß gegenwärtig im zwischenstaatlichen Leben die Dinge im Geiste von Genf geregelt würden. Auf dem II. Minderheiten-Kongreß, der im August in Genf tagte, war das Völkerbundssekretariat wieder nicht offiziell vertreten, und die Führer der Minderheiten erklärten mit Recht ein über das andere Mal, daß der Völkerbund in bezug auf eine gerechte Lösung des Minderheiten-Problems vollkommen versage.

Spanien und Italien, die beide trotz unterschiedlicher Haltung nach außen dem Völkerbund gleichermaßen abgeneigt sind (auch die Völker oder nur die Diktatoren?), haben Mitte August einen allgemeinen Schiedsvertrag mit Neutralitätsklausel abgeschlossen, der vielfaches Aufsehen erregte und von mancher Seite als Beginn einer neuen Ära in der Mittelmeerpolitik gedeutet wird. Namentlich die „Times" behauptet, daß der offizielle Vertrag noch von geheimen Vereinbarungen begleitet sei betr. die politische Neugestaltung in Nordafrika u. a. m. Aber nicht nur für England, sondern fast mehr noch für Frankreich dürfte dieses italienisch-spanische Bündnis von erheblicher Wichtigkeit werden. Spanien ist durch den Mißerfolg in seiner Tangerpolitik auch Frankreich stark entfremdet worden. Italien aber ist seit dem erneuten Attentat auf Mussolini auf Frankreich ganz besonders schlecht zu sprechen und schlägt dem lateinischen Schwesterstaat und Völkerbundsgenossen gegenüber einen Ton an, der ganz und gar nicht nach Genfer Völkerversöhnung klingt.

Zu welchen Ergebnissen die vertraglich vereinbarte italienisch-spanische Zusammenarbeit führen wird, hängt sicherlich nicht wenig vom Schicksal der beiden Diktatoren ab. Das Attentat auf Mussolini durch einen Pariser Emigranten erwähnten wir bereits. In Spanien hat die Revolte der Artillerieoffiziere Primo de Rivera schwere Sorgen bereitet. Es bleibt eben dabei, daß die Staatsform einer Diktatur fortwährend schweren Erschütterungen ausgesetzt ist und das Vertrauen zu solchen Staaten und deren Politik wesentlich herabmindert (Sturz des griechischen Diktators Pangalos, Ausrottung der Opposition durch die „Gerichte" Kemal Paschas usw.).

Der Balkan spielt in der Hohen Politik gegenwärtig wieder eine ganz be-

sondere Rolle, denn trotz Völkerbund und allgemeiner Völkerversöhnung werden hier Verträge über Verträge geschlossen, und alle lassen die Furcht vor neuen kriegerischen Verwicklungen nur zu deutlich erkennen. Welche endgültige Gestalt der jugoslawisch-griechische Vertrag (Z. f. G. 1926, S. 587) nach dem Sturz von Pangalos annehmen wird, ist im Augenblick nicht sicher zu beurteilen. Recht bedenklich — um nicht stärkere Worte zu gebrauchen — ist der im September perfekt gewordene polnisch-rumänische Vertrag. Die dort genau vereinbarte militärische Kooperation im Falle eines Krieges gegen Deutschland oder Rußland bzw. Bulgarien und Ungarn, die Festlegung der französischen Waffenhilfe u. a. m. hebt sich seltsam gegen die Friedensreden von Genf ab. Auch der neuerdings erst veröffentlichte französisch-rumänische Schiedsvertrag entbehrt nicht eines hohen geopolitischen Interesses, denn Frankreich garantiert Rumänien darin die Erhaltung des jetzigen territorialen Bestandes einschließlich Beßarabien. Nehmen wir die schweren Differenzen zwischen Jugoslawien und Bulgarien hinzu (starke Bandenkämpfe an der mazedonischen Grenze), werten wir von diesem Standpunkt aus die schwebenden Bündnisverhandlungen zwischen Südslawien-Polen, Griechenland-Rumänien und Italien-Rumänien, so erkennen wir, daß der Balkan seinen Ruf als Wetterwinkel Europas noch immer rechtfertigt.

Inzwischen treibt auch Sowjet-Rußland eine Bündnispolitik großen Stils. Geopolitisch wichtig sind nicht nur die in Aussicht genommenen Schiedsverträge zwischen den Sowjets und den Randstaaten, sondern mehr noch die Verhandlungen zur Bildung eines durch Verträge festgefügten Blockes, der Sowjet-Rußland, die Türkei und Persien, womöglich auch noch Afghanistan umfassen soll. Wohl nicht ohne Grund argwöhnt England, daß dieser Block von Rußland als Waffe gegen Indien gedacht ist. Schon die Stellung, die sich die Sowjets seit einiger Zeit in Afghanistan errungen haben (die Luftflotte Afghanistans ist gänzlich in den Händen von russischen Emissären), beunruhigt die anglo-indischen Politiker von Tag zu Tag mehr.

Es wird für den Genfer Völkerbund eine harte Arbeit werden, in diesem Wirrwarr sich überschneidender Interessen Neutralität zu wahren und die Idee von Recht und Gerechtigkeit und Weltfrieden zum Siege zu führen. Alle Mitglieder des Bundes werden unausgesetzt darauf bedacht sein müssen, daß sie nicht eines Tages von den Großen im Rat für deren egoistische Ziele mißbraucht werden. Gerade Deutschland muß besondere Vorsicht üben, damit seine Interessen z. B. in der ibero-amerikanischen Welt nicht durch eine schädliche Politik des Völkerbundes gefährdet werden. Auch in der Stellung gegenüber der jetzt dem Völkerbund unterbreiteten Beschwerde Abessiniens gegen den englisch-italienischen Abessinien-Vertrag (Z. f. G. 1926, S. 414—417, heißt es doppelt und dreifach vorsichtig sein. Augenscheinlich geht der Protest Abessiniens auf das Drängen Frankreichs zurück. Die Verhandlungen in Genf über diesen Punkt werden also auch wieder einen Ausschnitt aus der nur notdürftig verschleierten britisch-französischen Rivalität im nahen Orient bilden.

Während die politischen Führer, wie wir oben sahen, vielleicht wirklich das Gute wollen, sich aber in dieser Welt urewiger Feindschaften noch nicht recht durchsetzen können, ist es den Wirtschaftsführern gelungen, hier und da eine wirkliche und aufrichtige internationale Zusammenarbeit zu erreichen. Wir verweisen nur kurz auf das internationale Schienenkartell, das Röhren-

kartell, das Walzdrahtkartell, das Zustandekommen der Copper Export Trading Comp., die Verhandlungen zur Bildung eines internationalen Eisen- und Stahltrusts u. a. m. Möge es glücken, auf diesem Wege fortzufahren, ohne von seiten der Politiker gestört zu werden. Mögen auch die Arbeitnehmer der verschiedenen Staaten, ohne auf wirtschaftlich gefährlichen oder gar unmöglichen Experimenten zu bestehen, den Weg zu einer harmonischen überstaatlichen Zusammenarbeit finden. Fester als politische Theorien bindet die Volkheiten schließlich doch die Gemeinschaft der Arbeit, die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen und sozialen Nöte.

KARL HAUSHOFER:
BERICHT AUS DEM INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Zwei Vorgänge von allgemeiner Bedeutung für den indopazifischen Raum in seiner weitesten Ausdehnung müssen für den Spätsommer 1926 dem sehr ergiebigen, geopolitisch wertvollen Spiel von Einzelnachrichten vorangestellt werden: 1. die zunehmende Aufnahme der Penckschen Ideen von der Vordringlichkeit der Bevölkerungspolitik im Verhältnis zur Ernährungsfähigkeit der Erdräume und Bodenflächen als Leitmotiv einer verständigen Außenpolitik durch die angelsächsischen Raumdenker — so unwillkommen diese Einsicht oft in Einzelheiten der angelsächsischen Politik ist; 2. die künstliche verkleinernde Mache der großen Inselreiche und ihrer Nachrichtendienste gegenüber der panasiatischen Idee, besonders gegenüber der noch nicht genügend ausgereiften panasiatischen Konferenz und ihrem ersten Anlauf in Nagasaki Anfang August 1926.

Zu den wesentlichen Einstellungsergebnissen angelsächsischer Geopolitik auf den Bonitierungsgedanken von Penck gehört doch immerhin die am 9. 8. 26 recht widerspruchslos angenommene Feststellung von Sir Daniel Hall, daß durchschnittlich 1 ha ($2^1/_2$ acres) zur Ernährung eines Menschen der weißen Rasse erforderlich seien, und der Vermehrung dieser Rasse von augenblicklich fünf Millionen im Jahr keine Vermehrung von fünf Millionen Hektar für sie geeigneten Fruchtlandes gegenüberstehe, sondern seit dem Weltkrieg eher Einschränkungen. Der Hinweis auf die neuen kältebeständigen Weizensorten Kanadas und seine Exportsteigerung um 20 % in den letzten 25 Jahren allein aus diesem Grunde, und die steigende Neigung, aus tropischen und subtropischen Gegenden erhöhte Ernährungsmöglichkeit für Menschen und Tiere zu ziehen, entkräfteten die Bedenken vor allem für die Zukunft der weißen Rasse nicht, die ja auch Baldwin in seinen ernsten Worten an die parlamentarische Abordnung nach Australien (Geopolitik Heft 8) ausgesprochen hat. „Wiederbelebung einer landwirtschaftlichen Bevölkerung mit Hoffnung, Unabhängigkeit und Aussicht auf lohnende Erzeugung!" Gewiß: wenn sie nicht gelingt, wird das Ringen der weißen Rasse mit den Menschenmassen der Monsunländer mindestens auf deren eigenen Boden aussichtslos sein, auch wenn die künftigen Leistungen der Tropeninstitute die 15—20 % unsrer Ernten, die heute noch Insekten und Pilzen zum Opfer fallen, retten können. Pflegliche

ehandlung der Reserveräume der Welt durch Besiedelung mit Leuten, die
ufs Land gehen und es bebauen wollen, nicht über See wieder in Groß-
tädte drängen, diese für die augenblicklichen Reserverauminhaber so lästige
orderung der weißen Menschheit steht hinter einer wirklichen Einsicht in
ie Größe des von Penck aufgeworfenen Problems.

Die erste panasiatische Konferenz in Nagasaki, statt von mehr als
80 ursprünglich angesagten Delegierten aus ganz Asien zunächst nur von 51
us Indien, Japan, Korea, Philippinen und Siam — bei vorerst remonstrie-
enden Chinesen — besucht, von schrillen Dissonanzen durchklungen, nicht
wie die wohlvorbereiteten panpazifischen Konferenzen) von reichlichem ameri-
anischem Gelde gespeist, und von U. S.-Behörden amtlich begrüßt, sondern
ur von der japanischen Polizei emsig überwacht und vom auswärtigen Amt
erleugnet, konnte kein äußerlicher Erfolg sein. Ihr bloßes erstmaliges Zu-
ammenkommen an anderer Stelle als etwa in Moskau war schon Erfolg genug.
Wer den angelsächsischen Nachrichtendienst kennt, der war auch nicht ver-
wundert, wenn darin das Beste getan wurde, um den bescheidenen Anfangs-
erfolg so lächerlich zu machen und zu verkleinern, als möglich ist, wenn man
ast unbegrenzte Mittel überlegener Nachrichtenwucht, Geldmacht und ge-
chulter Ironie besitzt. Dennoch: wer sich über eine Sache so ärgert, wie
z. B. der China-Expreß, läuft Gefahr, über sein Ziel hinauszuschießen. Die
zähe Forderung der Chinesen, eine feierliche Zurückziehung der 21 Forde-
rungen Japans an China aus dem Weltkrieg zu erzwingen, der Versuch der
Japaner, die koreanischen Klagen zu ersticken, zeigen natürlich, wie weit es
noch zu einer Verwirklichung der „Liga der asiatischen Völker" ist, als deren
Ausgangspunkt sich die erste panasiatische Konferenz bezeichnete. Aber die
Beflissenheit, mit der Inder und Philippiner zwischen den hadernden Mächten
zu vermitteln wußten, die großen aufgeworfenen Ziele: Erleichterung des
Meinungsaustausches und der Zusammenarbeit zwischen Asiaten, die Förderung
transasiatischer Bahnbauten, der Bau von Vortrags- und Propagandahallen in
den asiatischen Hauptstädten, die Errichtung von Banken zur Vermittlung
inter-asiatischen Kredits, rein asiatischer Handelskorporationen zur Beherr-
schung des asiatischen Binnenhandels, Entwurf panasiatischer Flaggen und
Symbole, das alles hat doch Hand und Fuß, und irgend einmal muß das
Große angefangen werden, wenn es je verwirklicht werden soll; und wenn
es verwirklicht wird, so wissen ja China-Expreß, Transpacific, Far Eastern
Review u. a. sehr gut, wer den Hauptschaden trägt, und beugen vor! „Wenn
wirklich, wie einflußreiche Japaner klarlegen, die Delegierten niemand ver-
traten, warum haben uns dann die Korrespondenten mit so viel heißer Luft
bemüht?" Ja, das meinen wir auch, und deshalb müssen wir uns in einem
geopolitischen, mit langen, naturbedingten Entwicklungen rechnenden Nach-
richtendienst sehr genau ansehen, was sichtlich in den großen ozeanischen,
meerumspannenden Reichsbildungen als „heiße Luft" empfunden wird.

Im Zusammenhang damit mögen Meldungen, die — zeitlich an die Rede
des indischen Nachrichtenchefs über den Mißbrauch Afghanistans durch die
Sowjets und die Gefährdung Indiens dadurch anschließen — über den Erz-
und Kohlenreichtum Afghanistans verzeichnet werden. Britische, öster-
reichische, deutsche und französische Prospektoren sind ja genug am Werke
dort gewesen; eine Goldmine wurde nördlich Kandahar, eine Rubinen-Unter-

nehmung bei Jagdalak, an der Straße Kabul—Peschauer versucht; Eisenerz sind am Fuß der Paghman-Berge und bei Tabl-ul-serai, 80 km nördlich Kabul, Eisen und Silber im Ghorbend-Tal bei Ferunjal festgestellt; aber früher oder später mußten die meisten Unternehmen aufgegeben werden, wie auch die ur-alten Lapis lazuli-Gruben in Badakschan und das Kupfer von Maidan, nur einen Tagmarsch westlich Kabul, weil die *mangelnden Verkehrsmittel* alles unwirtschaftlich machten. Kohle ist im Hindukusch, nördlich von Bamian, Lignit im Kunare-Tal, wahrscheinlich auch in Khost, aber sie trägt natürlich den Karawanenverkehr zum Erz nicht, so wenig, wie das Öl bei Tirput, westlich von Herat.

Die Schätze sind also da, und das Problem ist nur, wer sie heben und zusammenbringen darf; der Regierung wird vorgeworfen, daß sie keine Konzessionen erteilen wolle und dennoch selber nicht die Mittel zur Entwicklung habe: das uralte Lied (auch in Abessinien und China ertönend). Fast ein Jahrhundert lang hat man den Bahnbau in Afghanistan hintertrieben; nun drängt man ihn auf — von beiden Seiten.

Neben dem kontinentalsten Gebiet des indopazifischen Kreises macht sich das am meisten ozeanische *Neu-Seeland* im Nachrichtenspiel dieses Spätsommers durch die Notwendigkeit einer kritischen Würdigung seiner Aprilzählungen und ihrer Ergebnisse bemerkbar. 1 407 156 Einwohner mit, 1 344 384 Einwohner ohne die 62 781, nach längerem Rückgang wieder an Zahl gewachsenen Maori ist der Ertrag; als Leitzüge zeigen sich steigendes Einströmen in die Nordinsel (8 : 5), und rasch zunehmende Verstädterung und Landflucht. Noch 1901 war die Landbevölkerung fast 61 % der Gesamtbevölkerung, 1921 nur mehr 51 %; seitdem nahmen die Städte um das Fünffache, im letzten Lustrum um 105 800 Einwohner, Land und Kleinstädte nur um 20 700 Einwohner zu. Waldverwüstung und Raubbau ruinierten die überforderten, jungfräulichen Böden in etwa 10—12 Jahren, und „heute gibt es Hunderttausende von Acres (je 0,40 ha!) deteriorated land, das einst Hunderte von Siedlern und deren Frauen und Familien nährte, Schulen und Kleinstädte trug, und heute halb verlassen liegt . . .“ „Das einst reizvolle Landleben mit wenig scharf betonten Gegensätzen von Arm und Reich ist nun einem anderen Wirtschaftszustand gewichen, der große Vermögen anzuhäufen gestattete, mit scharfen sozialen Gegensätzen, einer Art neuer Grundaristokratie, und dem Zusammendrängen aller Reize des Daseins in die großen Städte, vor allem Wellington, Aukland, Christchurch und Dunedin.“ So klagen gut beobachtende Korrespondenten aus Neu-Seeland. — Wir fragen nur: weshalb nahm dann die an inneren Kolonisierungsaufgaben so reiche, an Mitteln zu ihrer Lösung so arme Insel in der Größe zwischen Großbritannien und Japan, reicher an Naturschätzen vielleicht als beide, mit 1,4 Millionen Menschen in einem Lebensraum, der das Vierzigfache nähren könnte, den Armen das ihrige? Samoa zum Beispiel! Weil Naboths Weinberg schon da war? Damit der Präcedenzfall nicht aussterbe?

Im Zusammenhang mit dieser Frage müssen wir zwei *Tatsachen des indopazifischen Randgebiets* beleuchten. Eine wird durch eine ganz ausgezeichnete Zusammenfassung des „Manchester Guardian Commercial“ vom 29. Juli 1926 über die *Entwicklung des ostafrikanischen Baumwollanbaus* näher bekannt: die blühende Ausdehnung des Baumwollgebiets im



Die australische Bundeshauptstadt Canberra



hemaligen deutschen Ostafrika sowohl im Küstengürtel von Lindi bis Tanga, s im Mwanza-Gürtel (Mwanza, Bukoba, Tabora) und in Morogoro, sowie em Verbindungsstreifen Aruscha—Moschi—Usambara, und seine zunehmende ransporterschließung gegen den Indischen Ozean zu, mit steigender Bedeu-ıng der Inderfrage. Von dem Ertrag von 1925 von Kenya und Uganda ngen 51 % nach England, 40 % nach Indien! Die ganz vortrefflich rientierte Rundschau zeigt deutlich, wie sehr, außer andern Monopolland-chaften das Tanganyika-Territorium, nun Mandatgebiet, „die wertvollste nter den früheren deutschen Kolonien" zu einer wichtigen Rohstoffhoffnung es Welthandels geworden ist, was man den guten Deutschen so oft und gern uszureden suchte. Die zweite ist die geradezu ungeheuerliche Belastung es Iraq mit Wehrausgaben, die dieses schlimmstbesteuerte unter den ändern des Nahen Ostens der Ehre verdankt, britische Ölinteressen vertei-igen zu müssen. Ein Etat von rund 55 Mill. Rupien, fast 15 Mill. Rupien ir Wehr-, 8 Mill. Rupien für Polizeiausgaben — das ist, in einem der rmsten Länder der Erde, teure Vormundschaft!

Für den weiteren pazifischen Umzug sind dann noch die Erneuerung es sogenannten Taftabkommens zwischen den Vereinigten Staaten — unter er schlichten Einkleidung in einen Handelsvertrag ein politischer Pakt erster Ordnung und ein weitgehendes militärisches Benützungsbündnis für das Pa-ama-Staatsgebiet durch die Vereinigten Staaten — und als gegenstrebige Freundlichkeit die Freundschaftsversicherung des japanischen Marine-ninisters, Admiral Takarabe, für die Philippinen zu buchen.

Hier wird die freie Zukunft der unabhängigen Philippinen geradezu als eine Kernlösung für die künftige schiedlich-friedliche Entwicklung der pazifischen Politik bezeichnet; ein hochgestelltes Mitglied des japanischen Kabinetts kann as ruhig, ohne „grave consequences" in der internationalen Öffentlichkeit agen, weil die Vereinigten Staaten ja den Philippinen feierlich die Unab-ängigkeit versprochen haben, sobald sie „a stable government" errichtet haben verden, und nicht gut in der Öffentlichkeit von ihrem feierlichen Versprechen brücken können, auch wenn es die Tropenpflanzungswünsche mächtiger Trusts och so sehr gebieten sollten.

Aber es bindet auch Japan, was Leute, wie Takarabe, Kato, Shidehara, Goto so feierlich aussprechen, und führt am Ende doch die reiche Inselgruppe ei geschickter Leitung zwischen Scylla und Charybdis hindurch zur ersehnten Selbstbestimmung. Zwei Arbeiten von Professor Tuckermann haben jüngst lie Philippinenfrage zusammenfassend behandelt und einen sehr er-wünschten Überblick über sie gegeben. Es kann nicht oft genug betont verden, wie sehr gerade diese Inselgruppe ein Prüfstein für die Ehrlichkeit des so ft betonten neuen internationalen Rechts in seiner Anwendung durch starke Macht- und Wirtschaftsträger ist, namentlich des guten Willens der Ver-inigten Staaten auf der einen, Japans auf der andern Seite des pazifischen Kraftfeldes und des Kräfteverhältnisses der panpazifischen, wie der pan-siatischen Kraftlinien.

Beide lassen sich ja auch in der Fortentwicklung der chinesischen Macht-ragen verfolgen, in der wieder ein gewisser Gleichgewichtszustand eingetreten st. Keine der großen chinesischen Teillandschaften sei geopolitisch stark ge-ug, um den andern das Gesetz ihres Willens aufzudrängen; so sagten wir

vor dem Beginn der Tuchun-Phase, die nun in einen teilweisen Zusammenbruch Wu Pei Fus — trotz Nankau und Kalgan — und mühsames Sich-Erhalten Chang Tso Lins ausläuft, gegenüber wieder erstarkenden Kuo Min Tang und -Chun-Aussichten. Gegen die vitalere Idee der Nachfolger Sun Yat Sens wie gegen die Stärke der kontinentalen, panasiatischen Kraftlinie kommt die geistlosere, örtliche, beschränkte Machtäußerung der Tutschune auf die Dauer nicht auf, auch wenn sie ein paar Journalisten erschossen haben.

Ideen kann man in den Monsunländern noch weniger auf die Dauer füsilieren oder vor Kanonen wegblasen, als im Abendland, wegen ihrer dort noch größeren Lang- und Zählebigkeit. Das erfuhren der Reihe nach Portugiesen, Spanier, Niederländer, Russen, Franzosen, Briten und U. S.-Amerikaner in indopazifischen Landen, die eine merkwürdige Zähigkeit im Wiedererwecken gerade füsilierter, verbrannter und sonst vergewaltigter Ideenträger an den Tag legen. Rizal, Sun Yat Sen, aber auch Yüan Shi Kai, die so gründlich verbrannte Kaiserin von Korea, die von den Kanonen weggeblasenen Mogulprinzen, die indischen Toten der Andamanen, ja selbst tot oder doch im Aussterben gesagte ganze Bevölkerungen, wie die Maoris, die Farbigen von Hawaii stehen auf einmal wieder da; sie müssen entweder von neuem erschossen oder sonst irgendwie international zum Schweigen gebracht werden, auch wenn sie der Völkerbund nicht anhört, wie die Koreaner, oder sich verlegen mit Vertröstungsgebärden von ihnen abwendet, wie von den Chinesen in der Angelegenheit der 21 Forderungen, oder von Abessinien in der neuesten Aufteilung in Interessensphären. In dem Ringen zwischen den beiden großen chinesischen Toten: Sun Yat Sen und Yüan Shi Kai und ihren Schulen ist zweifellos die größere Kraft auf der Seite des südlichen Doktor-Revolutionärs, als des honanesischen Zentralisten — dessen Jünger in ihrer Einstellung zum Machtgedanken Wu und Chang sind —. Außerdem ficht das ganze diplomatische Geschick und die ganze Skrupellosigkeit der nur vorübergehend zurückgedrängten Sowjets für ihn, wenn sie auch gerade am einstigen Sitze seiner Macht, in Kanton, immer wieder durch innere Umsturzdrohung die Machtäußerung von General Chang Kai Shek nach Außen, gegen den Yangtse zu lähmte: darin ein warnendes Beispiel für Mitteleuropa!

Wie sehr das Ringen des auf die innere Linie gedrängten chinesischen Nordens (mit seinem jüngsten Vorstoß in den Nankau-Paß und bis Kalgan) und des über Changsha mit seiner seit 1919 immer wieder vorzüngelnden Nordexpedition bis zum Industriezentrum am Yangtse vorgedrungenen Südens im Erfolg und Mißerfolg nur aus völkerpsychologischen, zuletzt geopolitisch erklärbaren Grundzügen beider streitenden Volksteile verständlich wird, das enthüllen jüngst zwei ausgezeichnete Aufsätze in derselben Nummer der „China Press", Shanghai, vom 27. 6. 26: Yu Lu Tang, Selected Moment comes to dispatch punitive forces against North, und Professor L. Astohoff: Soul of the North in China, its Youth; dieser letztere freilich mit dem Schatten Rußlands dahinter, als „Ogo", das Land des Unerwarteten! Zu den rot durchsetzten Landschaften ist neuerdings, außer Kweichou, auch Kiangsi gekommen, je weiter der Zug des Südens in Hunan fortschritt, der mit Hankau den Kern der mittleren Yangtse-Landschaft, den Schwerpunkt Chinas endlich erreicht hat.

Ein geopolitischer Nachrichtendienst muß endlich auf so wichtige Hilfsmittel zur Selbsterziehung wie zur Schulung hinweisen, wie sie die Leistungen

er karthographischen Reliefgesellschaft in einem ihrer jüngsten Erzeugnisse, em Reliefplan der in diesem Jahre von den Regierungskörpern bezogenen ustralischen Bundeshauptstadt Canberra darstellen. Die Auswahl dieser lauptstadt, von Griffith Taylor in den Veröffentlichungen der Geogr. Soc. London beschrieben, ist eine der bemerkenswertesten geopolitischen Leistungen es XX. Jahrhunderts; die erdbestimmte Grundlage ihrer städtebaulichen Kontruktion geht aus dem außerordentlich glücklich herausgefaßten, begrenzten nd angeordneten Relief handgreiflich hervor. Die Leitidee des Gesamtaufaues um einen angestauten Fluß, des Teilaufbaues aber in Anlehnung an die ypisch australische Orographie in ausstrahlenden und runden Formen, mit usgesparten Park- und Höhenlandschaften überwindet, eben Dank der Rückicht auf geopolitische Motive, völlig die sonstige Monotonie der Kolonialanagen bei dennoch gewahrter Einheitlichkeit.

Wegen seines großen Erziehungswertes bringen wir eine Nachbildung der ganz besonders zu empfehlenden Leistung, die geradezu beiträgt, gewisse sonst chwer verständliche Züge australischen Staatsdenkens leichter begreiflich zu machen. Denn dieses Staatsdenken hat gewiß eine sehr centripetale Seite, aber doch — wie z. B. die großzügigen Äußerungen des australischen Arbeiterführers Mac Namara über die in diesem Sommer vorbereitete panpazifische Labor-Konferenz für 1927 beweisen — auch eine andere, die volles Verständnis für die raumweite Vermittlerrolle hat, die Australien als wichtigstes pazifisches Glied des britischen Weltreichs als Vermittler zwischen der angelsächsischen Welt und den übrigen Pazifikanliegern spielen müßte. Schon aus der Vorbereitung dieser Konferenz, bei der auf australische Anregung zum erstenmal Sowjetvertreter (5) mit amerikanischen, australischen und japanischen wie chinesischen Arbeiterführern des pazifischen Gebietes (im ganzen 100) sich in Honolulu „über Arbeiter-, Handels- und Wehrfragen des Pazifik" aussprechen sollen, gewinnen wir wertvolle Einblicke, mit denen wir uns im nächsten Bericht an leitender Stelle auseinandersetzen wollen.

OTTO MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Drei amerikanische Erregungszentren haben im letzten Monat unsere Aufmerksamkeit auf sich gezogen: Mexiko, Nicaragua und die immer noch nicht beantwortete Tacna-Aricafrage. Der mexikanische Kirchenkonflikt ist nichts anderes als der auch in anderen Ländern, auch in Europa ausgetragene Kampf zwischen Kirche und Staat. Daß er in Mexiko jetzt erst ausgebrochen ist, hängt einmal natürlich mit der politischen Selbstbesinnung und dem Versuch einer straffen Ordnung der staatlichen Organisation zusammen, in einem Lande, das lange Zeit fast nichts als Revolutionen gekannt hat. Aber diese Tendenz innerer politischer Erstarkung ist sicherlich nur die eine Seite der Verursachung. Der zweite, zweifellos ungleich wichtigere Impuls geht von der Durchdringung mit modernen politischen Ideen aus, die in Mexiko, dem Lande in unmittelbarster Nachbarlage der Union, das zudem

allen randlichen, in seinen zahlreichen Häfen eindringenden Einflüssen ziemlich leicht aufgeschlossen ist, stärker zu wirken scheinen als in einem anderen lateinamerikanischen Staat. Solche Bewertung der Verursachungen des Streites ist aber nicht willkürliche Annahme, sondern läßt sich schon befriedigend beweisen. Politische Selbstbesinnung fehlt heute kaum einem lateinamerikanischen Staat, wenn sie sich auch in dem einen stärker, in dem anderen schwächer ausprägt. Sie ist eigentlich nichts anderes als die Voraussetzung für einen Zusammenstoß zwischen Kirche und Staat, wie ihn heute Mexiko erlebt. Daß sie aber die Ruhe anderer Staaten nicht in solcher Weise stört, liegt an dem augenblicklichen Mangel stoßkräftiger Ideen anderwärts oder auch vielfach der Ablenkung des Staatsinteresses auf ganz andere wichtiger scheinende und auch tatsächlich wichtigere Aufgaben hin. Auch in Mexiko ist die formale Grundlage zu dem Streit, die Trennung zwischen Kirche und Staat, seit der Unabhängigkeitsbewegung gegeben, dann 1857 und nochmals 1917 verfassungsmäßig festgelegt worden, ohne daß aber seither aus dieser Verfassung sich ernstliche Folgerungen ergeben hätten. Der Staat stützt sich nun auf einmal auf die Verfassungsbestimmung von 1857, daß nur Mexikaner den Priesterberuf ausüben dürften, eine Bestimmung, die an und für sich als eine durchaus gesunde angesehen werden muß, wenn kein Staat im Staate geduldet werden soll. Schon seit 1857 war die Kirche auf das Gotteshaus und die Familie beschränkt; den Priestern war untersagt, Politik zu treiben und die religiösen Orden waren aufgehoben worden. Im Grunde bedeutete die dann im Jahre 1917 unter dem Präsidenten Carranza erlassene Verfassung einen nahezu völligen Bruch zwischen Staat und Kirche, denn sie entzog der Kirche die Schule. Das unbewegliche Eigentum der Kirche wurde damals neuerdings als Staatsgut angesehen. Durch den Bundesstaat sollte die Zahl der Priester bestimmt und damit die staatliche Oberaufsicht über die Kirche ausgeübt werden. Wenn der Kampf ein Jahrhundert lang nicht zum Ausbruch gekommen ist und auch nach der sog. Queretaro-Verfassung vom Jahre 1917 kein absoluter Bruch erfolgte, so lag das an der immer wieder von Rückschlägen gehemmten inneren Entwicklung Mexikos; es lag aber vielleicht noch mehr an der durch die Kirche stark beeinflußten Mentalität der Mexikaner. Denn selbst als der letzte kräftige Angriff der Kirche, die sich mit der Regelung bei der Unabhängigkeitserklärung nicht zufrieden gegeben hatte und darum mit der Schaffung des habsburg-lothringischen mexikanischen Kaiserreichs das Verlorene wieder zu erringen suchte, blutig abgewehrt worden war, beobachtete man von Seiten der wieder errichteten mexikanischen Republik möglichste Duldung gegenüber der Kirche und ließ dabei die längst vorhandenen formalen Bestimmungen außer acht. Selbst unter einer so starken Regierung wie der Diktatur des Porfirio Diaz wurde es nicht anders. Man wollte jeden Konflikt mit der Kirche vermeiden. Umgekehrt war sich die Kirche bewußt, daß sie es zu einem offenen Kampfe nicht kommen lassen dürfe. Sie beschränkte sich, abgesehen von der Seelsorge, auf die Erziehungs- und Unterrichtsarbeit, hat dabei ganz Außerordentliches geleistet, einen guten Teil der Aufgaben erledigt, die der Staat nicht auszuführen vermochte; allein sie hat dabei wieder aufs neue breiten Boden in der Bevölkerung gewonnen. Um der Kirche gerade diese Eroberung wieder zu entreißen, forderte die im wesentlichen mit den Bestimmungen zur Zeit der Unabhängigkeit überein-

stimmende Verfassung von 1917 die Trennung von Kirche und Schule. Es blieb aber bei der Forderung. Der auf Carranza folgende Obregon, genau so wie Porfirio Diaz, ein reiner Indianer, übte wieder Duldung, schloß sozusagen einen Scheinfrieden mit der Kirche; denn die Regierung hielt, auch wenn sie nicht auf der Ausführung der einzelnen Bestimmungen bestand, an ihrer Verfassung fest. Auch die revolutionären Wirrnisse jener Zeit ließen den mehr formalen Konflikt als untergeordnet erscheinen.

Der Umschwung in der Behandlung der schwierigen Frage, deren Beantwortung man bisher immer wieder aus dem Wege ging, hängt ganz offensichtlich mit dem Aufkommen neuer radikaler Ideen zusammen. Ihr Träger ist der seit 1924 an der Spitze des Bundesstaates stehende Präsident Calles. Als ehemaliger Schulmann liegt ihm bei dem Problem der Trennung von Kirche und Staat vornehmlich die Trennung von Kirche und Schule, die Forderung der Staatsschule am Herzen, wobei er sich auf die Verfassung von 1917 zu stützen vermochte. Schon als Gouverneur des Staates Sonora hatte er diesen Kampf aufgenommen, das Priesterseminar geschlossen und die Klosterschulen befehdet. An der Spitze des Bundesstaates stehend, wiederholt er das im Einzelstaate Begonnene. Dabei steht formal das Recht zu solchem Vorgehen bei ihm und bei der Regierung, denn die Kirchengesetze sind alt, gehen auf die Zeiten der Unabhängigkeit zurück und sind auch in ihren Ergänzungen Verfassungsbestand seit 1917. Vom formalen Gesichtspunkt aus handelt es sich um keinen Religionskampf, keinen Gesinnungskampf, sondern um nichts anderes als um die Durchführung von Verfassungsbestimmungen, von Gesetzen, die — und das macht die ganze Angelegenheit so außerordentlich schwierig — aber seit Jahrzehnten, ja, man kann fast sagen, seit einem Jahrhundert nicht angewandt worden sind. So steht denn ein gewisses Gewohnheitsrecht papiernen Gesetzen entgegen, die plötzlich Geltung haben sollen. Diese Tatsache hat in weiten Schichten, nicht etwa bei der Kirche allein, eine starke Opposition ausgelöst und dem Kampf eine sehr bedenkliche Note gegeben. Stützt sich der Präsident in der Hauptsache auf die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter, deren Gunst er durch seine sozialen Gesetzgebungen und Agrarreformen errungen hat, so steht ihm auch dieses Mal die alte, schon seinen Sozialreformen naturgemäß abholde Gegnerschaft gegenüber, die sich besonders aus der weißen Oberschicht, vor allem dem Großgrundbesitz, rekrutiert. Auf sie hat die Geistlichkeit durch die Schule, ebenso auf die Indios, die die Regierung gerne dem kirchlichen Banne entziehen möchte, vollen Einfluß ausgeübt, und die Kirche kann darum ihrer Parteigänger ziemlich sicher sein. Allein der Konflikt in Mexiko hat sich damit von einem verfassungsmäßigen zu einem sozialen gewandelt, und es dürfte wohl Aufgabe der Regierung sein, das Gespenst des Klassenkampfes zu bannen.

Als durch die Bekanntmachung der Regierung mitgeteilt wurde, daß die konstitutionellen Kirchengesetze vom 30. Juli an reglementiert würden, weil die Geistlichkeit sie nicht nur nicht befolge, sondern auch systematischen Widerstand gegen sie leiste, antwortete das mexikanische Episkopat mit einem Hirtenbrief, in dem es sich weigerte die betreffenden Artikel der Verfassung anzuerkennen. Diese schroffe Weigerung hat von vornherein die Lage außerordentlich verschärft und wohl nicht wenig dazu beigetragen, daß der Streit

von nun an von beiden Seiten mit großer Heftigkeit geführt wurde. Blutige Zusammenstöße zwischen den Anhängern der Kirche und den Gewerkschaften, in die Polizei und Militär eingriffen, zahlreiche Verhaftungen, Schließen von Kirchen, Gewalttaten der Menge gegenüber Beamten, Sympathieerklärungen der Katholiken anderer südamerikanischer Staaten an die Anhänger der Kirche in Mexiko, eine Protestnote des Ordens der Kolumbusritter, der Prozeß gegen den Erzbischof Mora, die Aufdeckung einer Verschwörung gegen Calles und die Regierung, deren Mitglieder von den Vereinigten Staaten aus in Nordmexiko einfallen wollten, die von den Handelskammern unterstützte Forderung des Klerus nach Revision der Kirchengesetze, besonders ihrer Ausführungsbestimmungen, die Ablehnung des Präsidenten, die Kirchengesetze aufzuheben, doch seine Bereitwilligkeit den Kirchenkonflikt an den mexikanischen Kongreß zu überweisen, beginnende Annäherung zwischen Staat und Kirche, das Scheitern der Verhandlungen und die abermalige Verschärfung der Lage sind die einzelnen Etappen eines heißen Kampfes gewesen, der den ganzen August hindurch dauerte. Erst mit Septemberbeginn ebbte er ab und trat in eine neue Phase der Verhandlungen ein, indem das Ministerium des Inneren neue vermittelnde Kirchengesetze ausarbeitet, die dem Kongreß, der zu dem Zeitpunkt noch nicht zusammengetreten war, vorgelegt werden sollen.

Mexiko hat bei seinem Kirchenstreit außenpolitische Verstimmungen nicht gescheut. Ebenso unbekümmert um die außenpolitischen Folgen hat es neuerdings das neue Minengesetz in Kraft gesetzt, das bestimmt, daß alle Bodenschätze, einschließlich Petroleum und Kohle, als Nationaleigentum erklärt werden. Zwar werden die schon bestehenden Minen-Landkonzessionen anerkannt, ebenso die vor dem Bestehen der neuen Verfassung vom Jahre 1917 erteilten Betriebskonzessionen. Doch sollen künftighin Bergwerkskonzessionen an ausländische Gesellschaften grundsätzlich nicht mehr erteilt werden, wohl aber unter Umständen an einzelne Personen. Mindestens 90 % der Arbeiter und 50 % der technischen Kräfte sollen Mexikaner sein. Wie die Kirchengesetze einen Staat im Staate beseitigen wollen, so ist auch dieser Schritt ein äußerst beachtenswerter Versuch, den nationalistischen Zusammenschluß so zu fördern, wie es auch das schon vor geraumer Zeit, am 9. März 1926, in Kraft gesetzte neue Einwanderungsgesetz will, daß eine ganze Anzahl Bestimmungen enthält, die den Volkskörper von physisch und psychisch unerwünschten Elementen frei halten wollen. Besonders charakteristisch für den Stand der technischen Kultur im Lande ist der im Minengesetz zugelassene ungleich höhere Prozentsatz von Technikern gegenüber dem der einfachen Arbeiter, deren Schutz der heutige Präsident sich ganz besonders angelegen sein läßt. Wenn man gelegentlich von bolschewistischen Tendenzen gesprochen hat, so kann dafür nach all diesen Maßnahmen nur ein Ausdruck, der kürzlich gefallen ist, als besonders bezeichnend erachtet werden, nämlich der des „rein nationalistisch-mexikanischen Bolschewismus". In ihm konzentrieren sich die Ideen, die zu der Agrarreform, dem Minengesetz, dem Einwanderergesetz, schließlich zu dem schweren Kampf zwischen Staat und Kirche geführt haben und vermutlich zu neuen Kirchengesetzen führen werden.

Mitte August kam die Meldung von einer neuen Revolution in Nicaragua, die in den westlichen Küstendistrikten, besonders in den Städten Leon, Corinto und Chinandeja, ausgebrochen ist. Die Vereinigten Staaten haben

Truppen zum Schutz ihrer Staatsangehörigen gelandet und die Zone um Bluefields für neutral erklärt. Anfangs September soll in der Nähe des Golfs von Fonseca eine Entscheidungsschlacht stattgefunden haben, die mit der Niederlage der Revolutionäre endete.

Noch viel deutlicher als mit ihrem Erscheinen in Nicaragua zeigt die nordamerikanische Union mit ihrem Panamabündnis, daß sie das amerikanische Mittelmeergebiet als politische Einflußsphäre ansieht. Panama wird in dem folgeschwersten Artikel des Vertrags für den Kriegsfall in das Territorium der Vereinigten Staaten eingeschlossen, d. h. Panama betrachtet sich als im Kriegszustande befindlich, wenn Nordamerika einen Krieg führt, und ist den militärischen Operationen der Vereinigten Staaten ohne weiteres zugänglich.

Die Tacna-Aricafrage hat neuerdings zu einer Spannung zwischen Chile und Bolivien geführt, aus der sich leicht die Konstellation, wie sie zur Zeit des Pazifischen Krieges bestand, wieder bilden kann.

Aus der hier oft genug skizzierten eigenartigen Weltposition heraus bemühen sich die Vereinigten Staaten dauernd um das Problem der Abrüstung. In einer großen Rede betonte kürzlich Kellogg, in der er zugleich eine zweite Washingtoner maritime Abrüstungskonferenz ankündigte, die nach der Genfer Abrüstungskonferenz stattfinden solle, daß Amerika hinsichtlich der Landrüstungen für regionale Abkommen eintrete. Solche werden jedoch hinsichtlich der maritimen Abrüstung — entsprechend dem ganz anderen Charakter des Kampffeldes — nicht für ausreichend gehalten. Ziel einer zweiten Konferenz wäre, die Prinzipien der ersten, die für Schlachtschiffe und Flugzeugmutterschiffe gilt, auch auf die Kreuzer, Zerstörer und Unterseeboote auszudehnen. Genf wird als Vorbereitung zu einem solchen künftigen Übereinkommen angesehen. Falls die Genfer Beschlüsse nicht befriedigen, droht Amerika — nach einer Meldung — sogar neuerdings mit einer Vermehrung der Rüstungen. Gegenüber den Vorgängen in China bewahren die Vereinigten Staaten eine abwartende Zurückhaltung.

KARL BRAUNIAS:

DAS MINDERHEITENPROBLEM ALS RUMÄNISCHES GRENZPROBLEM

„Dela Nistru pân' la Tisa", vom Dnjester bis zur Theiß, in diesen Worten drückte der größte rumänische Dichter, Eminescu, das nationale Ziel der Rumänen aus. Eine besonders günstige politische Lage, die durch den Zusammenbruch des Zarenreiches und der Habsburger Monarchie gegeben war, hat die Rumänen zu diesem Ziel geführt. Sowohl das früher zu Rußland gehörige Beßarabien, als auch die von Rumänen bewohnte ehemals österreichische Bukowina und die ehemals ungarischen Gebiete von Siebenbürgen, Banat und das siebenbürgische Vorland fielen trotz eines verlorenen Krieges Rumänien in den Schoß. Dem neu geschaffenen rumänischen Nationalstaat wurde auch eine große Anzahl nichtrumänischer Volksteile einverleibt. Da seit der Schaffung Großrumäniens keine einheitliche Volkszählung für das ganze Reich, sondern nur in einzelnen Gebieten zu verschiedenen Zeiten Teilzählungen stattgefunden haben — die erste einheitliche Volkszählung soll erst 1931 vorgenommen werden — können wir leider keine genauen Angaben über die nationale Verteilung der Bevölkerung Rumäniens, die mit ungefähr 17 500 000 angegeben werden kann, bringen. Auf Grund amtlicher Teilergebnisse und unter Verwendung von Ersatzstatistiken ist es jedoch möglich, die völkische Gliederung der Bevölkerung des Landes für das Jahr 1920 festzustellen. Von einer Gesamtbevölkerung von 16 050 239, die für 1920 errechnet werden kann, sind 11 545 311 Rumänen oder 72 v. H. und 4 504 928 oder 28 v. H. Nichtrumänen, von denen 1 463 573 oder 9,2 v. H. Magyaren, 778 094 oder 4,8 v. H. Juden, 713 564 oder 4,4 v. H. Deutsche, 500 484 oder 3,2 v. H. Ukrainer, 351 328 oder 2,2 v. H. Bulgaren, 222 375 oder 1,4 v. H. Türken und Tataren, 133 026 oder 0,8 v. H. Zigeuner, 174 293 oder 1,1 v. H. Russen, 52 570 oder 0,3 v. H. Serben, 35 033 oder 0,2 v. H. Polen, 26 884 oder 0,1 v. H. Slowaken, 5000 Tschechen und 48 704 oder 0,3 v. H. andere sind. Für den rumänischen Staat ist es nun von größter Wichtigkeit, ob diese nationalen Minderheiten zerstreut siedeln (z. B. die Juden) oder geschlossen siedeln (Magyaren, Sachsen, Ukrainer), ob sie in den Nachbarstaaten Volksgenossen besitzen, die dort die Mehrheit innehaben (Magyaren, Ukrainer, Serben, Bulgaren) oder ob sie nicht unmittelbar an ihr Stammvolk grenzen (Deutsche, Türken, Tataren), ob sie schließlich im Innern des Landes (z. B. Székler) oder an den Grenzen siedeln (Magyaren, Ukrainer, Bulgaren). Die folgenden Ausführungen sollen zeigen,

welche Rolle das Minderheitenproblem für die rumänischen Grenzen spielt und in welchem Ausmaß es ein Grenzproblem für Rumänien ist.

Die völkischen Minderheiten Rumäniens müssen wir wie die eines jeden Staates in echte und unechte Minderheiten einteilen (vgl. Wilhelm Winkler: Die Bedeutung der Statistik für den Schutz der nationalen Minderheiten, Leipzig 1923). Unechte Minderheiten oder Grenzminderheiten sind jene Volksminderheiten, die vom Körper ihres Volkes durch die Grenze abgetrennt und einem anderen Staat zugeteilt wurden, in dem sie eine Minderheit bilden, während sie in ihrem Siedlungsgebiet die Mehrheit ausmachen. Echte oder Schicksalsminderheiten sind solche, die abseits von dem Siedlungsblock ihres Stammvolkes in Inseln, rings von anderen Völkern umgeben, wohnen.

Als Grenzminderheiten kommen nur solche nichtrumänischen Volksteile in Betracht, deren Siedlungsgebiet in Rumänien in einem unmittelbaren Zusammenhange mit dem ihrer Volksgenossen jenseits der blau-gelb-roten Grenzen steht: also Magyaren, die an der ungarischen Grenze wohnen, Serben an der Grenze gegen Südslawien, Bulgarien an der bulgarischen Grenze und Ukrainer an der Grenze gegen die Sowjetukraina, Polen und Karpathenrußland. Die deutschen, türkischen, tatarischen und jüdischen Minderheiten sind nicht als Grenzminderheiten anzusehen, selbst wenn sie an den Grenzen Rumäniens wohnen, da sie in den Nachbarstaaten nirgends eine Volksmehrheit bilden. Andrerseits sind auch nicht alle in Rumänien wohnenden Magyaren, Serben, Bulgaren und Ukrainer Grenzminderheiten, sondern nur diejenigen, welche an den Grenzen wohnen, nicht dagegen die im Innern des Landes, in Volksinseln und in der Zerstreuung siedelnden Volksteile. So können wir (auch hier unter Verwendung amtlicher Angaben) feststellen, daß von den zuletzt erwähnten Minderheitsvölkern folgende Anzahl den Grenzminderheiten zuzuzählen ist:

Magyaren . . .	316 919	oder 22 v. H. von insgesamt	1 463 573
Ukrainer	440 000	oder 88 v. H. von insgesamt	500 484
Bulgaren	178 628	oder 50 v. H. von insgesamt	351 328
Serben	5 000	oder 10 v. H. von insgesamt	52 570
	940 547		2 367 955

Die Zahl der Grenzminderheiten macht ungefähr eine Million aus, ist demnach sehr beträchtlich. Von den völkischen Minderheiten Rumäniens gehört ein Fünftel zu den Grenzminderheiten.

Die Bedeutung des Minderheitenproblems als rumänisches Grenzproblem geht auch aus der Untersuchung, auf welchem Volksgebiet die rumänischen Grenzen liegen, hervor. Die Länge der Grenzen Rumäniens beträgt 2669 km, wovon 600 km von der Donau und 400 km vom Meere gebildet werden, die

Dnjestergrenze ist 631 km lang, so daß wir insgesamt auf 1631 km natürliche Grenzen oder 61 v. H. der gesamten Grenzlänge kommen. Künstliche Grenze ist die ganze Westgrenze vom Nordpunkt der Bukowina bis Basiasch an der Donau, sowie die Südgrenze der Dobrudscha. Diese Grenzen haben eine Länge von 1038 km, wovon 180 km auf die Bukowina, 458 km auf die Westgrenze von der Bukowina bis zur Marosch, 250 km auf das Banat und 150 km auf die Dobrudscha entfallen. Von diesen 1038 km durchschneiden 180 km ukrainisches Siedlungsgebiet (Bukowina), 170 km magyarisches und ukrainisches Siedlungsgebiet (Oberlauf der Theiß), 238 km rein magyarisches (im Westen) und 150 km bulgarisches Siedlungsgebiet (in der Dobrudscha), das sind ingesamt 738 km oder 71 v. H. der künstlichen Grenzen. Lediglich 50 km Westgrenze (Arader und Satmarer Komitat) und die 250 km lange Banater Grenze, insgesamt 300 km liegen auf rumänischem und deutschem Siedlungsgebiet. Rumänien befindet sich daher vom nationalstaatlichen Standpunkt aus betrachtet hinsichtlich seiner Greuzen in einer durchaus ungünstigen Lage. Die künstlichen Grenzen fallen fast nirgends mit den ethnographischen Grenzen zusammen.

Gehen wir auf eine nähere Betrachtung der Grenzminderheiten ein, vor allem auf die der magyarischen Minderheit. Die magyarische Grenzminderheit bildet einen an zwei Stellen unterbrochenen Saum um die Westgrenze Rumäniens. Sie teilt sich daher in drei Gruppen, von denen jede einen städtischen Mittelpunkt besitzt. Die nördlichste Gruppe ist die Satmarer Gruppe, die weit in das rumänische Gebiet hineinreicht und ihren Hauptort in der magyarischen Stadt Satmar hat, einem Verkehrsmittelpunkt und Brennpunkt landwirtschaftlicher Industrie. Die zweite magyarische Grenzgruppe ist die um Großwardein und ist die volksreichste. Großwardein hat gleichfalls eine überwiegende magyarische Mehrheit, der die ebenfalls magyarisch gesinnte jüdische Minderheit zuzuzählen ist. Großwardein ist ein wichtiger Bahnknotenpunkt, hat zahlreiche Industrien, deren Tätigkeit durch die Grenzziehung sehr gehemmt ist, wogegen infolge der Grenzlage die Bedeutung des Handels gestiegen ist. Für die Magyaren ist Großwardein auch ein geistiger Mittelpunkt, in dem vier magyarische Tageszeitungen erscheinen, während eine rumänische Tageszeitung sich nicht halten kann. Die dritte magyarische Gruppe dringt bei Arad keilförmig ins Land ein und besitzt in Arad einen bedeutenden Verkehrs- und Kulturmittelpunkt (mit fünf magyarischen Tageszeitungen, denen keine rumänische Tageszeitung gegenübergestellt werden kann). Bezeichnend für die magyarischen Grenzminderheiten ist, daß von den ihr zugehörigen 316 919 Köpfen 142 463 oder 45 v. H. in Städten leben, wodurch eine gute Organisation ermöglicht wird. Allerdings waren es gerade die Städte, die als wichtige Bahnknotenpunkte und Industriezentren von Rumänien

bei der Friedenskonferenz gefordert wurden, so daß auch das magyarische Hinterland der Städte zu Rumänien geschlagen werden mußte.

Wie bereits erwähnt, wird der magyarische Grenzsaum an zwei Stellen unterbrochen: bei Großkarol und bei Békésgyula. Bei Großkarol (Nagykároly) verläuft die Grenze auf dem Siedlungsgebiet der Satmarer Schwaben. Es sind dies Württemberger und Allgäuer, die 1720 von Graf Alexander Károlyi zur Bewirtschaftung seiner ausgedehnten Güter ins Land gerufen worden sind. Ihre Zahl wurde 1839 mit 14 975 angegeben, während bei der ungarischen Volkszählung von 1880 nur 14 375 gezählt wurden. Dann schrumpfte ihre Zahl von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer mehr zusammen: 1890: 13 883, 1900: 11 713 und 1910: 6670, so daß mit einem vollständigen Aufgehen im Magyarentum zu rechnen war. Als das Gebiet zu Rumänien kam, da bekannten sich bei der von den rumänischen Behörden durchgeführten Volkszählung vom 1. Dezember 1920 36 250 Personen im Satmarer Gebiet als Deutsche. Seitdem die Satmarer Schwaben unter rumänische Herrschaft gelangt sind, erwachen sie langsam zum deutschen Volkstum. Doch geht dieses Erwachen langsam vor sich und sie müssen von den Banater Schwaben hierbei gefördert werden. Schwäbische Verbände, wie die Schwäbische Volksgemeinschaft, der Schwäbische Landwirtschaftsverein und die Schwäbische Zentralbank, die in Großkarol eine Zweigniederlassung errichtet hat, leisten in dieser Hinsicht große Dienste. Anfänglich wurden diese Bestrebungen auch von den rumänischen Behörden, die an der Grenze lieber Deutsche als Magyaren sahen, unterstützt, aber 1923 wurde die bis dahin geübte Magyarisierung in der Schule durch Rumänisierungsbestrebungen abgelöst.

Bei Gyula sind es Rumänen, die die rumänische Staatsgrenze erreichen, ja sogar überschreiten. Es ist eine größere Anzahl von Rumänen (rund 30 000) bei Ungarn verblieben (um Kétegyhaza, Gyula usw.).

Die weitere Westgrenze von der Marosch bis zur Donau wird hauptsächlich von Deutschen und Rumänen bewohnt. Nur rund 5000 Serben sind im Banat als Grenzminderheit zu betrachten, der übrige Teil der Serben wohnt zerstreut im Banat, weit entfernt von der Staatsgrenze. Umgekehrt ist es gleichfalls nur ein kleinerer Teil der Rumänen des südslawischen Banats, der in unmittelbarem Zusammenhang mit dem rumänischen Staatsgebiet steht, der größere Teil der Rumänen des südslawischen Banats wohnt in Streusiedlungen. Dagegen durchschneidet die Staatsgrenze an mehreren Stellen das schwäbische Siedlungsgebiet. Durch die Staatsgrenze wird das schwäbische Siedlungsgebiet in zwei Teile geteilt; Temesvar, Hatzfeld, Lugosch kamen zu Rumänien, Werschetz, Weißkirchen, Großbetschkerek zu Südslawien. Rund 300 000 Banater Deutsche wurden zu Rumänien, 200 000 zu Südslawien geschlagen. Noch 1924 wurden deutsche Siedlungen zwischen Rumänien und

Südslawien ausgetauscht. Was sagte Wilson in Punkt 2 seiner Kongreßrede vom 11. Februar 1918: „Völker und Provinzen dürfen nicht von einer Souveränität zur anderen verschachert werden, gerade als ob sie bloße Gegenstände oder Steine in einem Spiele wären." Banater Schwaben wurden wie Schachfiguren hin und her geschoben. Die Zweiteilung des Banats hat in wirtschaftlicher Hinsicht großen Schaden angerichtet und es darf nicht wundernehmen, daß es gerade die Banater Schwaben sind, die den Hauptanteil an der Auswandererschar aus Rumänien stellen.

Durch die Abtretung der sogenannten Neudobrudscha von Bulgarien an Rumänien (Bukarester Frieden 1913) sind 128 116 Bulgaren, 113 127 Türken und Tataren, 7026 Zigeuner, 6908 Rumänen und 5297 andere zu Rumänien gekommen. Die Bulgaren der Neudobrudscha sind als Grenzminderheit zu betrachten, ebenso ein großer Teil der Bulgaren der Altdobrudscha (60 212), wo sie mit Türken und Tataren vermischt wohnen. Unter den Türken macht sich ein starker Drang nach Abwanderung nach der Türkei geltend, so daß bereits jetzt in vielen Orten der türkische Charakter stark in den Vordergrund gedrängt worden ist. Als Minderheiten sind weder die Dobrudscha-Bulgaren, noch die Türken und Tataren organisiert; sie haben keinen kulturellen Mittelpunkt. Für die Türken bildet die Religion immerhin ein einigendes Band.

Beßarabien hat eine ausgeprägte natürliche Grenze gegen Norden und Osten, den Dnjester. Eine Völkerscheide ist aber auch der Dnjester nicht und die Rumänen, die den Hauptanteil der beßarabischen Bevölkerung ausmachen (auch nach der russischen Zählung von 1897 waren es 920 919 von 1 935 412; nach rumänischen amtlichen Daten betrug ihre Zahl 1920 1 683 000 von 2 629 000) überschreiten den Dnjester und dringen in die Ukraine vor, wo die von rumänischer Bevölkerung bewohnten Gebiete um Tiraspol zur Moldauischen Sowjetrepublik im Rahmen der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik Ende 1924 zusammengefaßt wurden. Umgekehrt sind die Nordteile der beßarabischen Kreise Chotin und Soroka von Ukrainern bewohnt; der Süden Beßarabiens, der an das Schwarze Meer grenzt, beherbergt schließlich ein Völkergemisch, das aus 150 000 Bulgaren, 80 000 Deutschen, 67 000 Türken, 120 000 Ukrainern und Tausenden von Juden besteht. Von diesen Völkerschaften haben nur die Deutschen einen kulturellen Mittelpunkt, in Tarutino, in dem auch eine deutsche Tageszeitung erscheint. Im Jahre 1925 ist infolge der Mißernte die Bevölkerung Südbeßarabiens ins Wandern gekommen. Ukrainer, Russen und Deutsche wanderten nach Brasilien aus und nur ein kleiner Teil der deutschen Auswanderungslustigen konnte in Rumänien zurückgehalten und im Banat und in Siebenbürgen auf deutschem Landbesitz angesiedelt werden.

Der ukrainische Grenzsaum, der in Beßarabien beginnt, setzt sich nach der Bukowina fort, übersteigt sodann den Karpathenwall und endet im Marmaroscher Gebiet an der oberen Theiß. Von den 227 361 Ukrainern, die die rumänische Volkszählung von 1919 in der Bukowina aufwies (unter der österreichischen Zeit wurden 1910 305 101 Ukrainer gezählt), wohnen 211 065 oder 93 v. H. im geschlossenen ukrainischen Siedlungsgebiet, in dem außer Juden nur einige Hundert Rumänen wohnen. Im Marmaroscher Gebiet sind 16 360 Ukrainer zu Rumänien gekommen, während die überwiegende Mehrheit (über eine halbe Million) der Ukrainer südlich der Karpathen zu Karpathenrußland kam, einem autonomen Gebiet innerhalb der Tschechoslowakei, dem jedoch bisher die Autonomie vorenthalten wird. Die ukrainische Minderheit in Rumänien ist zum größten Teil Grenzminderheit und ihr Siedlungsgebiet umsäumt die rumänischen Staatsgrenzen im Osten und Norden. Ukrainische Städte in Rumänien gibt es nicht; Czernowitz hat eine starke ukrainische Minderheit. Die Ukrainer haben eine starke Rückendeckung durch die Sowjetukraina und die gesamte Sowjetunion.

Die besonderen nationalen Verhältnisse an den Grenzen haben die rumänische Regierung in die Sorge um die Erhaltung der Grenzen versetzt. Sie versucht nun auf verschiedene Weise, die Grenzen durch Rumänen zu besiedeln und die Minderheiten zu verdrängen. Ein besonders wirksames Mittel bietet sich ihr in der Agrarreform. Durch die Agrarreform, deren Zweck die Herstellung sozialer Gerechtigkeit sein sollte, wurde in allen Gebieten der Großgrundbesitz unter die Bauernschaft aufgeteilt. Im Zusammenhang damit wird der enteignete Boden, der nach Deckung des Bedarfs der Kleinbauern übrig bleibt, an Bodenanwärter aus Gebieten, in welchen nicht hinreichend Boden zur Verteilung vorhanden ist, vergeben. Bei der Vergebung dieses Bodens läßt sich die rumänische Regierung ausschließlich von nationalen Beweggründen leiten, indem sie dieses Land ausschließlich Rumänen zur Besiedlung übergibt. So waren am 15. November 1924 angesiedelt worden: Im Distrikt Satmar an der Westgrenze 200 Rumänen aus dem Siebenbürgischen Erzgebirge, die 1841 ha erhielten, ferner 600 Rumänen aus Siebenbürgen auf 4604 ha; im Biharer Distrikt wurden 1726 ha an 250 rumänische Kolonisten, im Arader Distrikt 3453 ha an 600, im Temesch-Torontaler Distrikt 3453 ha an 600, im Szilagyer Distrikt 1999 ha an 188 Siedler, insgesamt an der Westgrenze 15 235 ha an rumänische Kolonisten meist aus Siebenbürgen vergeben. Die Ansiedlung von Rumänen an der Westgrenze wird weitergeführt, ebenso in der nördlichen Bukowina. Auf diese Weise sollen die gesamten Grenzen von Rumänen besiedelt werden. Der enteignete Boden war früher größtenteils Eigentum magyarischer Großgrundbesitzer, aber auch zum Teil Eigentum kleiner magyarischer Landwirte, wie deren Beschwerde an den Völkerbund

beweist, welche Beschwerde durch eine Zahlung von 700 000 Goldfranken durch die rumänische Regierung an die geschädigten Bauern beigelegt worden ist.

Außer Rumänen aus Siebenbürgen werden von der rumänischen Regierung noch Makedorumänen angesiedelt. So haben bereits über tausend Makedorumänen Boden in der Süddobrudscha zur Ansiedlung zugewiesen erhalten. Es ist also auch Rumänien von der großen Wanderbewegung des Balkans, die an Ausdehnung die Völkerwanderung weitaus übertrifft, ergriffen worden, wenn auch nicht in dem großen Ausmaß wie die Türkei und Griechenland.

Ähnliche Zwecke wie die Kolonisation von Rumänen an den Grenzen verfolgen auch jene Bestimmungen des rumänischen Volksschulgesetzes, wonach den rumänischen Lehrern, die sich nach den Grenzgebieten versetzen lassen, Zulagen und besondere Vorteile gewährt werden.

Es liegt auf der Hand, daß durch solche Maßnahmen nicht eine Million Grenzminderheiten verdrängt werden kann. Die Grenzlage Rumäniens würde andauernd ungünstig bleiben. Das scheinbar am besten abgerundete Staatswesen im Osten Europas hat also eine recht schlechte politische Lage. Diese Lage kommt noch deutlicher zum Ausdruck, wenn man den Druckquotienten berechnet. Dieser, nach Supan (Politische Geographie, 2. Auflage, S. 75) berechnete Druckquotient gibt an, wievielmal die Bevölkerungszahl eines Staates in der Bevölkerungszahl seiner unmittelbaren Nachbarländer aufgeht und wird für Rumänien folgendermaßen ermittelt:

Polen	27 200 000
USSR.	131 300 000
Tschechoslowakei	13 600 000
Ungarn	8 100 000
Südslawien	12 000 000
Bulgarien	5 000 000
	187 000 000
Rumänien	17 500 000

187 200 000 durch 17 500 000 ergibt 10,7.

Dieser Druckquotient ist also höher als der für Polen (8,5), für die Tschechoslowakei (9) und für Südslawien (6,2).

Aus allen diesen Angaben geht hervor, wie wichtig für Rumänien ein gutes Einvernehmen mit seinen Nachbarn ist und daß es keine Mächtekombination eingehen darf, deren Front gegen nur einen seiner Nachbarn gerichtet ist. Andrerseits ist es aber auch ein Irrtum, die Grenzminderheiten von vornherein irredentistischer Gesinnung zu bezichtigen. Die rumänische Regierung wäre in der Lage, durch Befriedigung der kulturellen Wünsche der Minderheiten diese zufrieden zu stellen und sie für den rumänischen Staat zu gewinnen. Auf diese Weise würde dem rumänischen Minderheitenproblem viel von seiner

efährlichkeit genommen werden. Allerdings hat die rumänische Regierung ider bisher wenig getan, um die Minderheitenfrage im Innern des Staates h befriedigen und viel aufgeboten, um die Minderheiten gegen sich aufzuringen. Bei einer vernünftigen Minderheitenpolitik könnten die Grenzminderheiten eine Brücke zu den Nachbarstaaten bilden und den Verkehr mit diesen rleichtern.

Quellen für den Zahlenstoff:

uletinul Statistic al României, amtliches Organ der Generaldirektion für Statistik, Bukarest.

orrespondance Economique, 1925. Herausgegeben vom Industrie- und Handelsministerium, Bukarest.

ictionarul Statistical Bucovinei. Bukarest 1920.

ictionarul Statistic al Besarabiei. Kischinew 1923.

ictionarul Transilvaniei, Banatului si celorlalte tinuturi alipite. Klausenburg 1923.

r. Elemér Jakabffy: Erdély Statisztikája. Lugosch 1923.

Emm. de Martonne: La Nouvelle Roumanie dans la Nouvelle Europe (Buletinul Societatii Române de Geografie, Tom XL, 1921) Bukarest 1922.

Ferner:

Karl Braunias: Die Minderheiten in Rumänien. In „Statistische Minderheitenrundschau I". Herausgegeben vom Institut für Statistik der Minderheitsvölker an der Universität Wien. Leipzig und Wien 1925 — sowie die dort angeführten Schriften.

Zum Begriff der Grenzen:

riedrich Ratzel: Politische Geographie. 3. Auflage. München und Berlin 1923. S. 384 bis 446.

. Supan: Leitlinien der allgemeinen politischen Geographie. 2. Auflage. Leipzig 1922. S. 18—35.

. Penck: Über politische Grenzen (Rektoratsrede). Berlin 1917.

. Dix: Politische Geographie. 2. Auflage. München und Berlin 1921. I, S. 164—187.

R. Sieger: Zur politisch-geographischen Terminologie. II. Natürliche und politische Grenze. Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde. 1917, S. 504—529; 1918, S. 48—70.

R. Sieger: Artikel im Politischen Handwörterbuch (herausgegeben von Paul Herre, Leipzig 1923) und Zweigrenzentheorie (I, S. 725). Natürliche Grenzen (II, S. 174) und Politische Geographie (II, S. 330).

GERHARD KUTZSCHER:
ZUM SERBISCH-BULGARISCHEN VÖLKERKAMPF

Das Land, dessen historische Schicksale und dessen heutige politische Problematik in diesem Aufsatz ins Licht geopolitisch-ethnopolitischer Betrachtungsweise gerückt werden soll, wird im Westen vom Tal der vereinigten Morava und dem großen Zug von Gebirgsstöcken, die sich aus dem Raum westlich und südwestlich Niš nach dem Ochrida- und Prespasee ziehen und deren Mittelstück die bis ca. 3000 m ansteigende Šar-Planina bildet, im Osten vom Westflügel des Balkangebirges, zwischen Timok und oberer Nišava und den westlich vom Strumatal aufsteigenden Gebirgszügen, etwa zwischen den Städten Pirot und Dorijan, begrenzt; es reicht nordsüdlich von der Donau bis an den schmalen griechisch bevölkerten Küstenstreifen der Ägäis. Es ist das Land der niedrigen Gebirgsschollen, die in unregelmäßigen, zumeist westöstlich streichenden Bildungen die illyrisch-griechische und die Rhodopo-Balkan-Gebirgsgruppe verbinden.

Die Länder zwischen der Donau—Draulinie und dem griechischen Südteil der Balkanhalbinsel sind nach der germanischen Völkerwanderung, in der Hauptsache im 6. und 7. Jahrhundert, von einer Unzahl slawischer Stämme besiedelt worden, die zwar die Kraft hatten, die noch vorhandenen Reste der alten romanischen bezw. romanisierten Bevölkerung zu assimilieren oder in bergige Rückzugsgebiete zu vertreiben, die aber nur ganz langsam und nur teilweise aus eigener Kraft Staatsbildungen schaffen konnten. Die einzige ohne fremde Mitwirkung geschaffene größere und für längere Zeit lebensfähige südslawische Staatsbildung, die vor dem 19. Jahrhundert überhaupt existiert hat, die serbische, kann von etwa 1170 ab als vollausgebildetes Reich gelten. Sein Ausgangspunkt ist das Schollenland des Ibarflußgebietes gewesen; dessen zentrale Lage auf der ganzen Halbinsel gibt die geopolitische Erklärung dafür, daß gerade hier und nur hier ein echt südslawischer Staat entstanden ist. Die westlich anschließenden, uns hier nicht interessierenden Länder, standen zu sehr unter deutschem, romanisch-italienischem und magyarischem Einfluß. Die östlichen Gebiete, das heutige Bulgarien, aber waren der unmittelbare Nachbar von Byzanz, dessen einzigartige Zähigkeit lateinisch-griechisches Wesen, wenn auch in versteinerter Form, ein Jahrtausend über die Zeit der germanischen Völkerwanderung hinweg erhalten hat, welches den Balkanslawen an geistiger Leistungsfähigkeit und in allen diplomatisch-politischen Künsten weit überlegen war. Jenseits der unteren Donau aber saßen und wanderten die zahlreichen nomadischen Völker turkischer, finnugrischer und mongolischer

əkunft, die, teilweise im Bündnis mit Byzanz, Bulgarien geographisch ver-
iltnismäßig offen fanden und durch viele Jahrhunderte hindurch dessen kultu-
elles Gedeihen und Staatsbildungsprozeß erschwerten.

In der allerersten Zeit waren die slawischen Stämme südlich der unteren
onau sogar so wehrlos, daß die Staatsbildung und die Volksbildung in diesem
ande von turkischen Eroberern ausgehen konnte. Die turkischen Bulgaren
uchten kurz nach dem Verschwinden der Hunnen, deren Reste möglicherweise
ihnen aufgegangen sind, um 500 auf. Ihr Hauptgebiet wurde die pontische
andschaft zwischen Dnjestr und Donau, von wo aus sie in Zwist mit Byzanz
erieten. Nach einer schweren Niederlage des letzteren 679 überschritten die
erfolgenden Bulgaren die Donau. Die Unterwerfung sieben slawischer Stämme
wischen Donau, Balkan und Morava ging rasch vonstatten; die völlige Ver-
hmelzung, bei welcher die kulturlosen Bulgaren die Sprache der Slawen und
as Bewußtsein, Slawen zu sein, übernahmen, folgte auf dem Fuße. Der Bal-
an bildete kein nennenswertes Hindernis der Ausbreitung nach noch süd-
cheren Gebieten. Er ist reich an Pässen und steigt von Norden sanft an,
ährend er nach Süden steil abfällt. So erstreckte sich das bulgaroslawische
eich von rund 700, einer Zeit, in der die andern Südslawen noch längst
cht aus völliger Stammeszersplittertheit erwacht waren, an, im Westen bis
ngefähr an die oben gekennzeichnete Linie Morava—Schar-Dagh—Ochrida-
e, im Süden bis hart an die Ägäis. Trotzdem sich der junge Staat sehr
ald dem orthodoxen Christentum aufschloß — 864 trat Zar Bogoris über,
n Anfang des 10. Jahrhunderts entstand der größte Teil der kirchenslawi-
chen Literatur in einem dem Bulgarischen nächstverwandten Dialekt in Bul-
arien — hat er rund 700 Jahre mit Byzanz und dessen Verbündeten, den
ördlichen Steppenvölkern, später den Serben, erbittert gekämpft. Nachdem
m 900 unter Zar Simeon Bulgarien nach Süden und Westen seine größte
usdehnung erreicht hatte, während es unter dem Druck der Steppenvölker
ndgültig auf das Südufer der Donau zurückgewichen war, brach es an inneren
nd äußeren Schwierigkeiten 968 zusammen, um bis 1185 fast gänzlich in
er Hand von Byzanz zu sein.

In dieser Periode begann Bulgarien bedeutende Gebiete im Westen zu ver-
eren. Schon um 950 begann die ethnische Ausdehnung des, wie wir sahen,
eographisch mehr begünstigten Serbentums nach Osten; unter den Neman-
den, in der großen Zeit des serbischen Mittelalters, etwa 1170 bis 1389, er-
eichte Serbien ethnisch und staatlich ungefähr seine heutige Ostgrenze. Geo-
olitisch vollzog sich das so, daß die Serben von den Vereinigten Morava aus
llmählich bis zum Kamm des westlichen Balkan hinaufstiegen, während sie
ach Süden und Südwesten zu bis zu den Gebirgszügen, welche die Wasser-
cheide zwischen Vardar und Morava bilden, vorstießen. Politisch hat das

Nemanjidenreich zur Zeit seiner höchsten Blüte auch die Gebiete südlich der genannten Wasserscheide beherrscht, nachdem Bulgarien sie verloren hatte. Seine Nationalität aber hat das Serbentum über die Wasserscheide hinaus nicht ausdehnen können; die Zeit seiner politischen Herrschaft im Vardargebiet war zu kurz und während die Landschaften bis zum westlichen Balkan und bis zum Quellgebiet der Morava seit jener Zeit nicht wieder ernsthaft umstritten worden sind, hat das mazedonische Problem gerade im 14. Jahrhundert, der Blütezeit des alten Serbien, die durch die osmanische Eroberung plötzlich abriß, seinen Ursprung. Bulgarien darf von unglücklichen historischen Schicksalen sprechen; als es stark war, gab es einen serbischen Staat noch nicht, in der Zeit von dessen Blüte lag Bulgarien ohnmächtig am Boden. Nun hat es zwar von 1185 bis zu der 1363—93 erfolgten osmanischen Eroberung einen zweiten bulgarischen Staat gegeben, aber dieser war innerlich uneinig, ohne kontinuierliche Staatsführung und außenpolitisch gegenüber Serben und Byzantinern nur in der Defensive. So ist die türkische Eroberung rasch und ohne viel Gegenwehr vonstatten gegangen. Das bulgarische Volk ist zur niedrigsten Rajah gesunken, die die Balkanhalbinsel gesehen hat; es hat, anders als in Serbien, Albanien usw., nie ernsthafte Aufstände gegeben. Viele Bulgaren sind islamisch geworden, wie denn auch bei den Bulgaren die Herrschaft der Osmanen früher begonnen und später geendet hat als bei den Serben. Nur eine Konsequenz dieser unglückseligen Entwicklung war es, daß dieses Volk nicht einmal seine eigene Kirche behalten konnte; bis 1870 war diese völlig in der Hand griechischer höherer Geistlicher. Wer die unermeßliche geopolitische und ethnopolitische Bedeutung der orthodoxen Kirchen in der Türkenzeit der Balkanhalbinsel erkannt hat, weiß, wie ohnmächtig die Bulgaren infolgedessen sein mußten. Sie haben daher auch das — doch immerhin etwas abgelegene — Mazedonien nicht in den Bannkreis ihrer nationalen Eigenart ziehen können, obwohl die Serben es nach der Amselfeldschlacht aufgeben mußten. Es gab keinen inneren Zusammenhang zwischen beiden Ländern und Mazedonien war zum Überfluß ebenfalls, soweit die Osmanen es frei ließen, in der Hand des höheren griechischen Klerus.

Wesentlich günstiger war die Lage Serbiens in der Osmanenzeit. Von 1557 bis 1776 hat nämlich der Osmanenstaat das Wiederbestehen der eigenen serbischen Kirche, des Patriarchats Ipek, gestattet. Die Serben waren ein ernsterer Gegner als die Bulgaren gewesen, sie saßen dem Zentrum des Osmanentums wesentlich ferner, sie waren Nachbarn der ihm so viel Schwierigkeiten bereitenden Habsburger Monarchie. Man hatte alle Ursache, entgegenkommend zu sein, die Serben, so weit das ging, zu versöhnen. Als die Osmanen das Ipeker Patriarchat 1776, weil ihre Absichten doch nicht ganz zur Verwirklichung gekommen waren, aufhoben, war ihre Macht schon in so rapidem



Die südslawischen Länder zur Zeit des ersten bulgarischen Reiches, ca. 700—950.

Ausgangspunkt der bulgarischen Reichsbildung. Erstes bulgarisches Reich zur Zeit seiner Blüte. Ausgangspunkt der serbischen Staatsbildung von ca. 950 ab mit Hauptlinien der völkischen Expansion der Serben. Ungefähre Grenze der Südslawen vor der Osmanenzeit.



Die südslawischen Länder zur Zeit des serbischen Reiches, vor der osmanischen Eroberung.

Serbisches Reich zur Zeit seiner größten Ausdehnung im 14. Jahrhundert. Richtung seiner starken Einflußnahme nach Bulgarien und Bosnien. Ungefähres Verbreitungsgebiet des Serbenstammes vor der Osmanenzeit.



Die südslawischen Länder in der Osmanenzeit.

Grenze des osmanischen Reiches zur Zeit seiner größten Ausdehnung, von 1526 ab. Grenze des osmanischen Reiches nach dem österreichisch-osmanischen Frieden von 1739. Gebiet des Patriarchats Ipek. Einflußrichtungen des Patriarchats Ipek. Grenzen der neuen selbständigen Staaten Serbien und Montenegro bis zum Berliner Kongreß 1878.



Völkerkarte der südslawischen Länder seit den Verschiebungen der Türkenzeit.
(Nur Hauptnationen sind ausgewiesen.)

Serben (Kroaten und mohammedanische Südslawen nicht einbezogen). Mazedonier. Albaner. Bulgaren. Politische Grenzen seit Ende des Weltkrieges. Ungefähre Grenze des geographischen Individuums Mazedonien. Linie des Aufteilungsplanes von 1912.

Rückgang, daß sie der Ausbildung der modernen serbischen Nation keine Hemmungen mehr bereiten konnten. Die ganze Kraft des Glaubens, die ganze kirchliche, künstlerische, politische Tradition, hat seit der Gründung des Patriarchats Ipek daran gewirkt, die serbische Nationalität zu erhalten und zu fördern, die Gebiete, die über die historischen Grenzen Serbiens hinaus zu dieser Kirchensphäre gehörten, zu serbisieren. Mazedonien hat nicht zu ihr gehört. Deshalb sind seine Bewohner Serben so wenig wie Bulgaren geworden, deshalb sind sie kulturell weit hinter den Serben zurückgeblieben. Wir sagten oben, daß im Gegensatz zu Mazedonien die nördliche Hälfte des bis in die Nemanjidenzeit bulgarisch gewesenen Zwischenlandes seit dieser Epoche nicht wieder national umstritten worden ist. Dieses Land hat zum Patriarchat Ipek gehört und ist infolgedessen allmählich fast rein serbisch geworden. Man wird sagen können, daß damit Serbien hier eine Naturgrenze erreicht hat; der westliche Balkan im Osten, die Morava-Vardar-Wasserscheide im Süden bilden recht gute Grenzsäume.

Die mazedonischen Slawen haben, wie wir sahen, seit der Türkenzeit eine Sonderentwicklung genommen. Die Zeit des ersten bulgarischen Reiches hat nicht genügt, um sie zu einem zweifelsfreien Zweig des Bulgarentums zu machen, zumal gewisse rassische Unterschiede vorliegen, die darin begründet sind, daß die Mazedonier den turktarischen Einschlag der Bulgaren nicht oder nur in geringerem Maße haben. Andererseits hat die Nemanjidenzeit zu ihrer Verserbung auch nicht hingereicht. Nichtsdestoweniger behaupten seit dem Zusammenbruch der Osmanenherrschaft im 19. Jahrhundert Serben wie Bulgaren, daß die Mazedonier nur ein Teil ihres Volkes wären und ein großer Teil der für Europas Frieden vielfach so verhängnisvoll gewesenen Balkanwirren hat sich aus dieser Meinungsverschiedenheit entwickelt. Nach dem soeben Festgestellten und nachdem die Philologie in der mazedonischen Mundart einen Übergang zwischen der serbischen und der bulgarischen Sprache erkannt hat, kann kein Zweifel sein, daß die Mazedoslawen eine nationale Vorstufe zu Serben und Bulgaren darstellen, ein Völkchen, was sich entweder national verselbständigen wird oder dessen endgültige Option für einen der beiden Nachbarn, vielleicht auch teilweise für diesen, teilweise für jenen, erst noch bevorsteht. Daß die Mazedonier wesentlich weniger entwickelt sind als die Serben, sahen wir schon; da sie auch einige Jahrzehnte länger unter der hier besonders harten osmanischen Herrschaft gelebt haben, als die Bulgaren, sind sie auch diesen gegenüber als zurückgeblieben anzusehen. Insbesondere hinsichtlich ihres Eigenbewußtseins sind sie selbstredend noch ziemlich primitiv und in der Tat haben sie ja noch niemals die Möglichkeit gehabt, unbeeinflußt ein politisches Bekenntnis abzulegen. Von 1912, dem Jahr der Befreiung aus osmanischer Herrschaft an, bis 1918 ist um sie gekämpft worden.

Seitdem liegt die Hand des Serbentums so hart auf ihnen, daß sie als unterworfenes Volk gelten müssen. Wenn es innerhalb wie außerhalb Mazedoniens heute eine revolutionäre mazedonische Bewegung gibt, die sich nach Lage der Dinge nur gegen den jugoslawischen Staat richten kann, so ist das dennoch kein sicherer Beweis für den Willen des Volkes, bulgarisch zu werden. Es ist sicher in erster Linie eine Bewegung gegen serbische Gewaltherrschaft und Verserbungspolitik. Sicher ist auch, daß ein bedeutender Teil des mazedonischen Volkes, namentlich die zahlreichen Emigranten und Emigrierten in Bulgarien, probulgarisch ist. Aber daß das ganze Volk dies sei, kann deshalb noch nicht behauptet werden. Es ist sehr wohl denkbar, daß, wenn das Land jetzt an Bulgarien käme und wenn die Sofioter Regierung eine ähnlich unpassende Politik treiben würde, wie sie Belgrad heute betreibt, recht bald eine heftige antibulgarische Bewegung entstehen würde.

Zunächst noch einiges über die allgemeine Weiterentwicklung des serbisch-bulgarischen Problems. Wie früher waren die Serben auch hinsichtlich ihrer Befreiung vom Osmanenjoch mehr vom Glück begünstigt als der östliche Nachbar. Nach Aufständen seit Ende des 17. Jahrhunderts erreichte 1819 zunächst ein kleines Serbien, dessen Südgrenze das Gebiet von Niš noch nicht einschloß, eine Autonomie, die der Friede von Adrianopel 1829 erweiterte. Der Berliner Kongreß gab ihm 1878 die Südgrenze, die es bis 1912/13 gehabt hat.

Demgegenüber konnte Bulgarien auf dem Berliner Kongreß erst eine teilweise Unabhängigkeit gewinnen, die ihm noch dazu die Diplomatenbildung Ostrumelien vorenthielt; das letztere erhielt nur eine sehr beschränkte Autonomie und wurde trotz seiner unzweifelhaft überwiegend bulgarischen Bevölkerung nicht an das junge Fürstentum angeschlossen. Bulgarien hatte allen Grund, unzufrieden zu sein. 1870 hatte es endlich seine kirchliche Unabhängigkeit vom Griechentum errungen und dem neugegründeten Exarchat waren 1872 diejenigen Sprengel Mazedoniens angegliedert worden, deren Gemeinden sich mit $^2/_3$ Mehrheit dafür entschieden hatten. Wenn sich über $^2/_3$ der Gesamtbevölkerung in der Tat so entschieden, so konnte das allerdings nicht einfach als Wunsch der politischen Vereinigung mit Bulgarien gedeutet werden. Insbesondere, da ja ein bulgarischer Staat noch gar nicht existierte. Immerhin verlangten die Bulgaren, nachdem der Aufstand von 1875/78 im Zusammenhang mit dem russisch-türkischen Krieg von 1877/78 zu einem Erfolg geführt hatte, ganz Mazedonien, und Rußland, dessen Politik auf Schaffung eines von ihm abhängigen großen Bulgarien als Etappe nach Konstantinopel ging, suchte es ihm zuzuschanzen. So gab der Friede von San Stefano 1878 in der Tat ganz Mazedonien, einschließlich des Hauptteils des 1912/13 griechisch gewordenen Stückes an Bulgarien. Diese Möglichkeit hat aber der

Berliner Kongreß zunichte gemacht. In jenen Jahrzehnten ist nun das politische Allserbentum emporgekommen; damit trat der Konkurrent bezüglich des Vardarlandes wieder auf den Plan. Schon 1885, als Bulgarien Ostrumelien der türkischen Herrschaft entzog und mit sich vereinigte, kam es zu einem Kriege zwischen beiden Nachbarn, der allerdings zu keinen territorialen Veränderungen führte.

So hat sich das mazedonische Problem seit dem Berliner Kongreß immer mehr zugespitzt. Seit 1902 kam es in dem bei der Türkei belassenen Lande zu inneren Unruhen und Bandenkämpfen; die türkische Verwaltung war in keiner Weise imstande, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, so daß die Großmächte, die die Gefährdung des europäischen Friedens erkannten, eingriffen. Eine Lösung wurde jedoch nicht herbeigeführt, insbesondere da die Absichten Österreichs und Rußlands einander entgegenwirkten und da beide sich nicht zu energischem Vorgehen entschließen konnten. So konnte Bulgarien die jungtürkischen Wirren von 1908 benutzen, um sein Land einschließlich Ostrumeliens für völlig unabhängig zu erklären und sich in der Folge mit Griechenland, Serbien und Montenegro zum „Balkanbund" zusammenzuschließen. Im Zusammenhang mit diesem Abschluß ist es zum ersten und einzigen Mal zu friedlich-schiedlichen Vereinbarungen zwischen Serbien und Bulgarien wegen Mazedonien gekommen. Man vereinbarte, dieses Land nach der Befreiung von den Türken so aufzuteilen, daß das Gebiet nordwestlich einer Linie von Struga am Ochridasee nach Kriva-Palanka, halbwegs zwischen Kumanovo und Küstendil an Serbien, das Gebiet südöstlich davon an Bulgarien fallen sollte. Ob eine derartige Aufteilung beide Anwärter für die Dauer befriedigt haben würde, scheint sehr zweifelhaft. Ziemlich sicher ist aber, daß diese sich an keine Naturgrenze anlehnende Halbierung Mazedoniens — von den Schwierigkeiten gegenüber Griechenland ganz abgesehen — die innere Gärung des Landes nicht beendet, die Unzufriedenheit der Bevölkerung vielleicht gesteigert haben würde. Der zweite Balkankrieg hat zu einer völligen Ausschaltung des unterlegenen Bulgarien und zu der bis heute gültigen ebenfalls unbefriedigenden Aufteilung Mazedoniens zwischen Serbien und Griechenland geführt. So ist Bulgarien gegen Serbien und später auch Griechenland in den Weltkrieg hauptsächlich eingetreten, um Mazedonien zu gewinnen und es ist sicher, daß ein Sieg der Zentralmächte ihm das ganze umstrittene Land überantwortet haben würde. Der Ausgang des großen Krieges hat den Serben jedoch sogar gestattet, sich noch einige Grenzbezirke Bulgariens mit zusammen gut 100 000 Einwohnern einzuverleiben. Wir zeigten oben schon, daß zwischen Serbien und Mazedonien einer- und Bulgarien andererseits eine leidliche Naturgrenze zu finden ist. Der westliche Balkan, etwa von Zajecar am Timok bis nordöstlich Pirot, und die Osogovska Planina bilden

e Hauptstücke. Allerdings klafft zwischen beiden eine breite Pforte, durch
e die Eisenbahnlinie Niš—Sofia führt und durch die der Nišavafluß zur
orava strömt. Andererseits findet sich südlich der Osogovska Planina, wo
e Ausläufer des großen Schollenlandes sich nach der Ägäis zu abzusenken
eginnen, eine Übergangszone, von Durchgängen durch die beiden genannten
ämme selbst abgesehen. An allen drei Übergangszonen hat sich Jugoslawien
n Frieden von Neuilly bulgarisches Land angeeignet, am unteren Timok, wo
ch der Balkan nach der Donau absenkt, an der Nišava-Pforte, wo Sofia
rategisch recht bedroht scheint, und jenseits der Osogovska Planina, das Ge-
et von Strumica.

Der Weltkrieg hat also die mazedonische Frage nicht gelöst, sondern nur
ompliziert. Für Jugoslawien bedeutet die endgültige Annexion des größten
eiles Mazedoniens und die vollständige Ausschaltung Bulgariens ein sehr
hwieriges Problem, welches durch das Vorhandensein bedeutender Gruppen
on Albaniern, Osmanen, romanischen Aromunen neben griechischen, zigeu-
erischen und spaniolischen Splittern, nur noch ernster wird. Die Nationali-
tenstatistik liegt bis heute sehr im argen und das wenige vorhandene Zahlen-
aterial wird durch die starken Bevölkerungsverschiebungen seit 1912 — Aus-
anderung, Seuchentod usw. — sehr entwertet. Der jugoslawische Landes-
il ist heute auf zwischen 5 und 800 000 Menschen zu schätzen.

Wenn Mazedonien dem Betrachter so als eine Balkanhalbinsel im kleinen
rscheint, so zeichnet sich nun auch die als einzige Dauer versprechende
ösung ab. Mazedonien ist von der Šar-Planina bis zu den Bergstöcken nörd-
ch der Vistrica und bis zur Osogovska Planina, von der Wurzel der Chal-
idike bis zum Ochridasee eine geopolitische Einheit, das Flußgebiet des Vardar.
s darf nicht unter seine Nachbarn im Norden, Osten und Süden aufgeteilt
nd es darf auch nicht an einen von ihnen allein gegeben werden. Es muß
n irgendeiner Autonomie, am besten innerhalb einer jugoslawisch-bulgarischen
nion, gelangen und doch Bindeglied zwischen Jugoslawien, Bulgarien und
riechenland werden. Wahrhaft friedlicher Wettbewerb dieser Länder muß
Mazedonien allen dreien gewinnen und die Wunden von Jahrhunderten ver-
arben lassen. Als europäisches Schmerzenskind muß Mazedonien in einem
ereinigten und befriedeten Europa das Mittel der Vereinigung und Befriedung
er Balkanvölker werden.

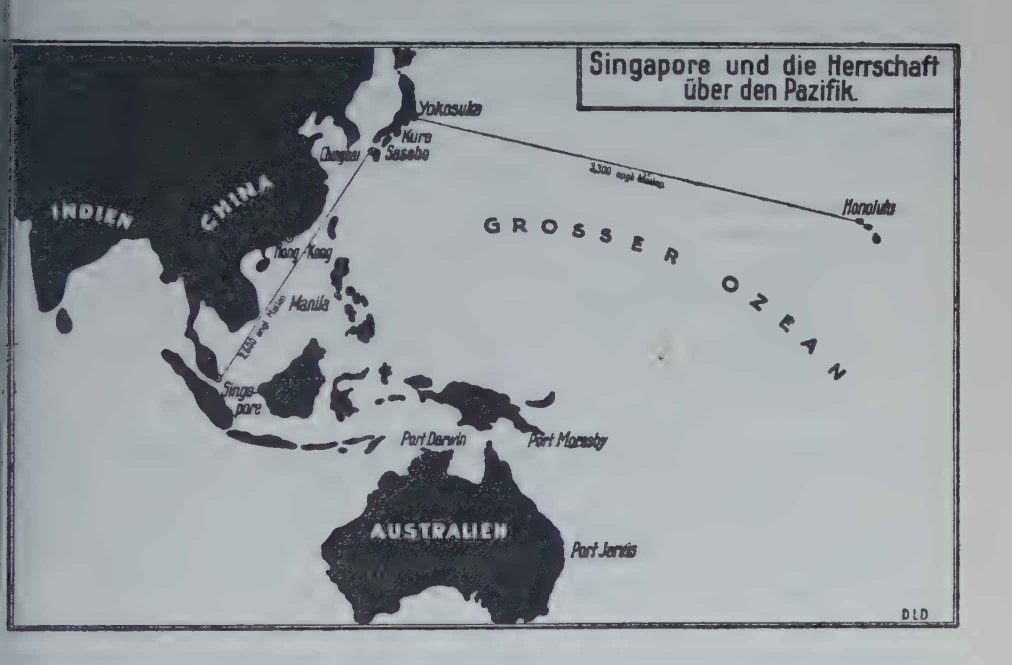
FRITZ SEIDENZAHL:
SINGAPORE UND DIE HERRSCHAFT ÜBER DEN PAZIFIK

Vom Indischen Ozean gibt es keinen anderen Hauptweg zum Pazifik als den über Singapore, die kleine britische Insel an der Südspitze der Malaien-Staaten. Außerdem ist Singapore eine geradezu ideale Basis für jede kriegerische Flottendemonstration. Die Engländer besitzen diesen Platz seit 1819. Ein Jahrhundert war er wenig mehr als ein Handelshafen, eine Kohlenstation. In den kommenden Zeiten wird seine Bedeutung zunehmen. Wie ein wachsames Auge liegt diese Insel am Eingang zum Stillen Ozean. Da der Krieg Japan und Australien in die Weltpolitik eingeführt hat, da der Gegensatz Rußland-England gerade im Fernen Osten immer wieder entsteht und da die nordamerikanische Aktivität nach Westen zunimmt, bereiten sich dort größere Dinge vor, als der europäische Kontinent erwartet. Selbst die öffentliche Meinung Londons ist stark an Europa gebunden, und Chamberlain hat eine ähnliche proeuropäische Denkart, die vom Standpunkt des Greater Britain fraglich ist. Der Protest der Dominions gegen den Locarno-Pakt beweist es. Aber die wirklich wichtigen Dinge entwickeln sich von selbst. Und das Heer der politisch und wirtschaftlich wohl gebildeten Engländer in den überseeischen Verwaltungen bildet eine beispiellose Garde.

Singapore gehört wie Honolulu und die japanischen Kriegshäfen Sasebo und Yokosuka zu den Plätzen, deren Wert sich jetzt erhöht oder überhaupt erst entsteht. So groß die Entfernungen zwischen diesen Plätzen sein mögen, sie umreißen einen möglichen künftigen Kriegsschauplatz. Nicht umsonst hat das Britische Reich dort oder in der Nähe neun stehende Überseekommandos: Vier in China mit einem Vizeadmiral und einem Konteradmiral, zwei in Indien (mehr verwaltungs-technischer Natur), zwei australische und ein neuseeländisches. Dabei handelt es sich jedesmal um Ernennungen, die nicht über 1923 zurückreichen, also nach der Auflösung des englisch-japanischen Bündnisses vollzogen wurden. „Während der Völkerbund", schreibt bemerkenswert der maritime Mitarbeiter der „Daily News", „noch an einem Plan für die Weltabrüstung arbeitet, beginnt eine neue Ära der Flottenrivalität im Stillen Ozean." (Nr. v. 14. 6. 26.)

Die Vereinigten Staaten wollen den Perlhafen Hawaiis zum „Gibraltar des Pazifik" machen, die Engländer tun das gleiche mit Singapore, und dem japanischen Parlament liegt ein Flottenbudget für die nächsten vier Jahre vor, das die ungeheure Summe von 580 Millionen Mark (297 Millionen Yen) aufweisen soll. Wahrscheinlich wird diese hohe Summe mit Rücksicht auf die

chlechte wirtschaftliche Lage Japans nicht bewilligt werden — aber was be-
eutete eine Streichung von schließlich 200 Millionen. Die Staatspolitik hat
ie Spannung insofern zu mildern versucht, als nach den Vereinbarungen der
Washington-Konferenz die Inseln im Pazifik nicht militärisch ausgebaut werden
ürfen. Der japanische Inselkeil, der von der Basis des japanischen Kern-
andes nach Südosten vorstößt und seine Spitze in den Marschall-Inseln hat,
leibt unbefestigt. Die japanische Flotte hat nur die Kriegshäfen von Sasebo
nd Yokosuka als Ausfalltore. Die britische Flotte muß sich bis auf



Singapore und die Herrschaft über den Pazifik.

Singapore und das australische Festland zurückziehen. Nur die U. S. A. haben die Vergünstigung, den schon mit allen modernen Mitteln ausgebauten Perlhafen weiterhin befestigen zu dürfen. Die erhöhte Aktivität der Mächte am Pazifischen Ozean steht trotzdem außer Zweifel. Japan im besonderen lebt unter einem ständigen Druck und sieht bei Tag und Nacht amerikanische und britische Schlachtschiffe am Horizont seiner politischen Interessen auftauchen. Für die japanische Nervosität ist die Anschauung eines angesehenen und hier gut bekannten japanischen Politikers, K. Kawakami, von Bedeutung, nach dessen Auffassung die Stellung Britanniens zu Japan so wäre: Du, Japan, bist unser treuster Freund und Alliierter gewesen. Du hattest die russische Gefahr zerstört. Du hattest uns später fähig gemacht, unsere Kriegsgeschwader

aus den östlichen Meeren zurückzuziehen und sie in der Nordsee zu konzen-trieren. Du hattest unsere australischen Truppentransporte eskortiert. Jetzt hast du deine Schuldigkeit getan. Wir wünschen deine Freundschaft nicht länger, ja wir betrachten dich sogar als unsern möglichen Feind (potential enemy) und werden uns dementsprechend verhalten.

Ob England so kraß denkt, sei dahingestellt. Mancher Engländer faßt heute das englisch-japanische Bündnis als ein unnatürliches auf. Das Angebot Japans, eine Konferenz zur Verminderung der Seestreitkräfte der drei größten Seemächte einzuberufen, ist jedenfalls von England nicht beantwortet und von den Vereinigten Staaten abgelehnt worden. Inzwischen arbeiten dort die Mächte wie früher in Europa am Ausbau ihrer Flotten. Eine vergleichende Aufstellung einschließlich der (durch Pluszeichen angefügten) geplanten Neu-bauten 1926 ergibt:

	Brit. Reich	Ver. Staaten	Japan
Schlachtschiffe	18 + 2	18	6
Schlachtkreuzer	4	—	4
Kreuzer	49 + 8	31 + 9	28 + 11
Mutterschiffe für Luftflotte	8	2	2
Zerstörer	189 + 2	309 + 12	101 + 23
Torpedoboote	—	—	—
Minenleger	62	45	3 + 3
Unterseeboote	63 + 4	118 + 15	51 + 28

Hinzu kommt der Ausbau der festen Plätze. Mit großer Freude hat man soeben in London die Zusage der Vereinigten Malaien-Staaten vernommen, innerhalb der fünf kommenden Jahre in Raten 40 Millionen Mark zum leb-haft betriebenen Ausbau Singapores beizutragen. Diese Summe allein kommt schon derjenigen gleich, die Amerika für seinen Hawai-Hafen auswirft.

Hinter diesen Rüstungen, für die Singapore das Barometer ist, befindet sich eine grundsätzliche Spannung, die eine Darstellung, wie die vorliegende, recht-fertigt. Der Bevölkerungszuwachs in Japan, China und Siam ist enorm und bedeutet eine Gefahr für den bestehenden Zustand. In runden Ziffern ist die Vermehrung der Bevölkerung wie folgt gewachsen in:

	1900	1923		
Japan	42 000 000	80 000 000	Reich Stämmisch	85 60
China	300 000 000	450 000 000	Reich	442 10
Siam	2 500 000	9 500 000		
Australien	3 700 000	nur 5 400 000		

Das ist eine unglaubliche Steigerung der gelben Rassen. Die erfolgreiche Bekämpfung der Seuchen und die Einführung der intensiveren Produktions-

men erklären sie zum Teil, aber sie halten sie um so weniger auf. Der
völkerungszuwachs ist eine Gefahr für den Frieden; er wäre es nicht un-
dingt, aber wie die politischen und psychologischen Verhältnisse heute im
rnen Osten sind, bedeutet er vielleicht einmal Krieg. Die Japaner und
inesen verlangen nach Ausdehnungsgebieten, sie drängen nach Amerika und
stralien und dürfen nicht herein. Keine am Pazifik interessierte Macht
nn daran vorbeisehen. In dieser ungünstigen, elektrisierten Situation hat
rzlich das Auswärtige Amt Japans durch Reuter die Mitteilung verbreiten
sen, daß es seine erfolglose Auswanderungspolitik aufgeben wolle und
rmosa besiedeln werde. Es ist natürlich nicht möglich, die verschwiegenen
danken der japanischen Staatsmänner zu lesen, die die Besiedlung Formosas
kündigten, als handele es sich um ein unerschlossenes Reich. Aber Formosa
ein tropisches Bergland, nur so groß wie Brandenburg, bereits fast so dicht
siedelt wie Brandenburg und mit ungünstigeren wirtschaftsgeographischen
dingungen ausgestattet als die Mark. Die neue japanische Siedlungspolitik
ein Versuch mit unzulänglichen Mitteln; die Gewalt der Tatsachen dürfte
ärker sein.

Darum bleibt für das Britische Reich so beängstigend das Problem der
festigung der Ländermassen bestehen, the „consolidation of the geographical
sition", die Sicherung eines „weißen Australiens" und die Erhaltung der
ndeglieder zwischen den verstreuten Dominions. Unter den Bindegliedern
heute Singapore das wichtigste.

OTTO MAULL:

SÜDAMERIKAS BODENSCHÄTZE ALS WELTRESERVE UND MACHTFAKTOR

auf Grund von Richard Stappenbecks „Karte der Minerallagerstätten von Südamerika".

Es gibt genugsam ernsthafte Betrachter der Weltlage, die der aus einer gräßlichen Erfahrung heraus geborenen Losung „Nie wieder Krieg!" Wirklichkeitswert für die Zukunft zubilligen möchten. Flugwaffe und Giftgase erlaubten keinen Krieg mit Menschen mehr, weil die Verheerungen, die sie anrichteten, zu entsetzlicher Natur wären. (Als ob man nicht auch schon vor dem Weltkrieg so gar manchmal die Meinung geäußert hätte, daß entsprechend der vervollkommneten Technik ein moderner Krieg aus sich heraus gar rasch erledigt sein müsse, weil der Wirkung heutiger Kriegsmittel die Menschen nicht zu widerstehen vermöchten!) Die einzige noch mögliche Form des Kampfes um die Güter der Erde und um diese selbst — so folgert man weiter — sei der sogenannte friedliche Wirtschaftskampf; sein Großschlachtfeld sei in der Hauptsache der Verhandlungstisch. Ja, andere begnügen sich mit dieser Perspektive nicht. So schreibt Josef Ponten in seinem prächtigen neuen Buch über „die Luganesische Landschaft", dabei diesem Wirtschaftskampf die friedliche Larve entreißend: „Die beiden unglaublich groben und barbarischen, die Mächte der Welt heute noch beherrschenden Strebungen politisch-militärischer und wirtschaftsgeographisch-ausbeuterischer Art werden einmal ersetzt oder doch ergänzt werden durch solche Forderungen eines nicht utopisch-, sondern psychisch- und hygienisch-Idealen, und eine von mehr Vernunft, Gerechtigkeit und Menschenliebe beherrschte Völkerfamilie wird sich mit solchen praktisch-idealen Forderungen zu beschäftigen haben." Das ist sicher nicht Utopie, sondern eine ideale Forderung; und der Schreiber dieser Zeilen ist der letzte, der an der unendlichen Bedeutung idealer Forderungen zweifeln möchte. Sind es doch immer Ideen, die die Welt regieren. Ist es doch immer die Macht irgend einer Idee, vor der sich, welches auch ihr Inhalt sein möge, die Masse der Menschen verbeugt, weil sie als Masse keine fruchtbare Gegenidee zu äußern vermag. Denn Ideen werden von einzelnen gedacht. Die Masse ist noch nicht einmal ohne weiteres für Ideen empfänglich. Ihr eignet als charakteristische Gegenwirkung besonders der passive Widerstand. In diesem Verhältnis von Schöpfern und Trägern der Ideen liegt das letzte Geheimnis begründet, daß die Geschichte von einzelnen, von Führerpersönlichkeiten gemacht wird. Zwischen der Schöpfung und der Annäherung

er Idee an die Wirklichkeit liegt aber die große Breite der Gegebenheiten, Zu-Formenden, des der Idee gemäß Zu-Gestaltenden, an dem sich die e, will sie ihren Möglichkeitswert nicht einbüßen, zu orientieren hat. Dieser zeß erfordert immer wieder so bedeutende Zeit, daß jede große, die Ge- enheiten auswerten wollende, umgestalten wollende Idee zunächst und ht lange den meisten Betrachtern utopisch erscheint, bis dann in dem genblick, wo die Zeit erfüllt ist, Idee und Wirklichkeit sich so nahestehen, ß sie zum größten Teil eins geworden sind. Zwar werden sie nie, wie der Idee, der Unendlichkeit der Aufgabe, entspricht, ganz eins werden nnen. Immer werden darum auch dann noch Wirklichkeit und Idee ihre undverschiedene Herkunft aus dem Reich des Seins und dem Reich des lls nicht zu verleugnen vermögen. In den frühen und mittleren Phasen Entwicklung stehen sich — erkenntnistheoretisch scheinbar, an der Wirk- hkeit gemessen bestimmt — beide Entwicklungsreihen fremd, ja feindlich genüber. Ein lehrreiches Beispiel dafür sei eingestreut: Nach den Sollbe- mmungen des Völkerrechts kann kein Meer annektiert werden, und falls h im Nordpolargebiet nur Meer befindet, kann sich keine Macht dort fest- zen. So will es die Idee des Völkerrechts. Neulich brachte in dieser Zeit- rift Erich Obst die Karte von der russischen Annektion eines Polargebiets- ktors. So laufen die Entwicklungslinien politischer Machttendenzen und achtäußerungen und völkerrechtlicher ideenmäßiger Normen in diesem Falle hezu unbekümmert um einander nebeneinander her. So steht es auch in elen anderen Fällen. Darum hat es wohl Sinn, nach der Entwicklung der bensgemeinschaften der Staaten (vgl. meine „Politische Geographie", Seite 9 ff.) zu streben, die Einheit der Menschheit (Pol. Geogr., S. 631) als letztes eenmäßiges Ziel aller Entwicklung im Auge zu behalten — völkerrechtlich d politisch wird man den im Augenblick üblichen Terminus anwenden: an r Zielsetzung eines idealen Völkerbundes festzuhalten (Pol. Geogr., S. 642) —; ein, darüber die Phase zu vergessen, in der sich der die Wirklichkeit ge- ltende Prozeß befindet, wäre für den Ablauf der Gesamtentwicklung vom bel. In der letzteren erscheint uns der Staat als Machtgemeinschaft. Der arakter als Kulturgemeinschaft ist dieser vollkommen, die Wirtschaftsge- einschaft nahezu vollkommen untergeordnet. Wer im Augenblick der Wirk- hkeit dienen will, wird sich an solcher Machtstaatstheorie orientieren müssen. gegen wird sowohl das Beziehen auf die reine Rechts- wie auf die reine lturstaatstheorie nur dazu angetan sein, die derzeitige Phase des Entwick- ngsprozesses im Staatenleben der Welt zu verschleiern. Schon einleitend ist rauf hingewiesen worden, wie gerade Ponten, nach dem Endziel der Ent- cklung strebend, das in diesem Sinne verwerfliche „Politisch-Militärische" d das „Wirtschaftsgeographisch-Ausbeuterische" als Äußerungen gleichsam

derselben machttendenziösen Art zusammengefaßt hat. Ihm ist darum tro
seines dem Augenblick fernen Ziels am allerwenigsten der Vorwurf zu mache
daß er den Zustand der heutigen Phase verkennt. „Heute ist man bei d
Siegern darauf bedacht, sich und neugegründeten Vasallenstaaten Kohlen-, Ö
und jede Art nutzbare Gebiete zuzuschanzen.“ Wenn auch zugegeben werd
muß, daß manche zwischenstaatlichen Wirtschaftsverknüpfungen das Leb
der Staatsgesellschaft oft tiefgreifend bestimmen oder zu bestimmen vermöge
so sind doch Wirtschaftsvorteile noch allemal Steigerungen der Macht g
wesen. So lange darum Wirtschaftsvorteile einzelnen Staaten zukomm
können, so lange der Begriff Weltwirtschaft nichts anderes bedeutet als ei
die ganze Welt überspannende, in sich wohl innig verknüpfte, aber durc
aus nicht auf ein einheitliches Endziel gerichtete Wirtschaft der Welt, so lang
wird der von Wirtschaftssicherungen umhegte Einzelstaat in jeder Bereich
rung an Wirtschaftsgütern eine Quelle der Macht, einen Machtfaktor sehe
Jeder Staat wird so lange nach Wirtschaftsraum und Wirtschaftsgütern strebe
wie er nach Raum an sich und nach Menschen giert. Wie es schon lang
ist, wird auch heute der Wirtschaftsimperialismus bei den großen Mächte
der Erde einen guten Teil ihrer Machttendenzen und ihrer Expansionen be
stimmen. Das ist das Gegenwartsbild, wie es vor dem Weltkrieg schon wa
und wie es sich seitdem vielleicht noch klarer entwickelt hat. Das Proble
solcher Entwicklung anzuschneiden bei einem Erdteil wie Südamerika, de
gleichsam in vieler Hinsicht noch in Weltreserve steht, reizt.

Südamerika, und im Wesen gilt das hier Gesagte auch für das ganze Lateir
amerika, auf das gelegentliche Seitenblicke geworfen werden sollen, ist zwa
kein Erdraum, an dem nicht eine eigene Entwicklung, namentlich in de
letzten Zeit, rege gearbeitet hätte. Vor allem seine intensive industrielle Ent
faltung, die zwar schon von lange her zaghaft eingesetzt hat, aber erst mi
den Kriegsjahren ein beachtenswertes Ausmaß erfahren hat, ist zur Genüg
Beleg dafür. Auch der industrielle Rückgang, der hie und dort mit der
abermaligen Zustrom europäischer Industrieartikel eingetreten ist, ändert a
solchem Urteil nichts. Schon ungleich länger, seit der frühsten Auswertun
des Erdraums in der Kolonialzeit, ist Südamerika eine die Welt versorgend
Region der Urproduktion, zunächst der tropischen Plantagenprodukte, gewesen
Sehr viel später sind seine subtropisch-gemäßigten Teile, aber auch tropisch
Gebiete, Viehweide und Kornkammer geworden. Auch in dem Sinne ist Süd
amerika zweifellos ein Raum wirtschaftlicher Weltreserve. Aber seine Ent
wicklung als agrikulturelles und Viehzuchtsgebiet mit der doch relativ lang
samen Eigenentwicklung der einzelnen Länder des Erdteils interessiert hie
an sich nicht. Sie hängt von der allmählichen Füllung mit wirtschaftskräf
tigen Menschen, auch von der Beantwortung einer der wichtigsten Weltzu

ınftsfragen, ob eine solche Bevölkerung namentlich in den inneren Tropen öglich sein mag, unter welchen eigenartigen Hemmungen sich die kulturelle roberung der riesigen Räume selbst in klimatisch günstigeren Regionen volleht, ab. Dieser gesamte Fragenkomplex zeigt schon an, daß diese gewaltige Virtschaftsraumreserve gar nicht so sehr im Vordergrund der wirtschaftchen Ausbreitungstendenzen der großen Mächte stehen kann. Wohl lehrt e dauernde Zuwanderung nach dem Kontinent, daß die übrigen Teile der rde in gewissem Maße wirtschaftsraumsuchende Menschen, doch in längst cht genügender Menge — das ist sehr zu betonen — abzugeben haben. ndererseits erweisen südamerikanische Einwanderungsbeschränkungen und och sehr viel deutlicher die vielen gescheiterten Hoffnungen der Einwanderer nd die zahlreichen Rückwanderungen, daß Südamerika nicht in ungehemmtem aße Menschen aufzunehmen vermag. Seine ganz große Bedeutung als einheitcher, geschlossener Wirtschafts- und Siedlungsraum, die Frage der Möglichkeit iner Umbildung im ganzen zur Kulturlandschaft, ist eine solche ferner Zukunft; ist eine Frage einer Zeit, wo die Kulturlandschaftsverknüpfungen ein ganz nderes Bild als das heutige, das demnächst in dieser Zeitschrift skizziert werden ll, zeigen werden, und wo zugleich einzelne Teile der Erde noch in einem anz anderen Maße übervölkert sein werden als heute. Zur Zeit interessieren el mehr die nur punktartigen Wirtschaftsquellen, die mit Hilfe von apital und eigentlich nur wenigen Menschenkräften ausgeschöpft werden önnen, die Bodenschätze. Man wird bei solcher Betrachtung unwillkürlich aran erinnert, daß in viele Gebiete der Erde die Menschen zunächst zwecks ewinnung einzelner hochwertiger und auch ziemlich leicht zu erbeutender Virtschaftsschätze eingedrungen sind, und daß besonders die Suche nach Gold e Entdeckungsfahrten der Kolonialvölker auf ihren Streifen durch Amerika estimmt hat. In hohem Grade gilt es, daß die von außen an Südamerika erangetragene, auf die Kraft des Kapitals gestützte Wirtschaftspolitik ornehmlich auf solche einfache Okkupation hinzielt. Südamerika kommt dam tatsächlich auch noch heute in der wirtschaftlich orientierten Weltpolitik weitestem Umfange als wirtschaftlicher Okkupationsraum eine Beutung zu. Unbeschadet aller politischen Selbständigkeit trägt darum das Virtschaftsleben in einer Hinsicht noch Kolonialstruktur (man vgl. meine mnächst erscheinende Wirtschaftsgeographie von „Südamerika“ in Karl ndrees Geographie des Welthandels). Nur anhangsweise möge erwähnt erden, daß sich aus diesem Zustand sozusagen kolonialer Abhängigkeit, der ch in einem Jahrhundert politischer Unabhängigkeit noch längst nicht ganz erwunden werden konnte, das hochgradige Angewiesensein auf die Einfuhr gibt. Sie macht Südamerika zu einem der wichtigsten Absatzgebiete der rde. Darum heißt das zweite, hier aber nicht weiter zu betrachtende Ziel

des Wirtschaftskampfes um Südamerika Herrschaft auf dem südamerikanischen Markt.

Über die Bodenschätze Südamerikas, ihre Bedeutung und ihre Auswertung ist schon unsagbar viel geschrieben worden. Eine abschließende zusammenfassende, erschöpfende Darstellung wäre schon aus praktischen Gründen erwünscht. Ein solcher, aber nicht auf allen Gebieten befriedigender dahinzielender Versuch, der zwar den Erzlagerstätten vollkommen gerecht wird, aber Kohle und Erdöl vernachlässigt, liegt heute nun in Le Roy Miller und Singewalds „the Mineral deposits of South America“ vor. Das Buch müßte ergänzt werden. Nichts liegt aber diesem Aufsatz ferner, als auch nur die kursorische Lösung einer solchen Aufgabe zu wagen. Vielmehr ist sein Sinn auf eine Darstellung ganz anderer, kartographischer Natur gebührend hinzuweisen. Auch Kartenskizzen, meist allerdings recht kleinen Maßstabs, gibt es in den europäischen und amerikanischen Atlanten, ebenso in wirtschaftsgeographischen Hand- und Lehrbüchern in Menge. Sie sind aber meist nur unter dem Zwange starker Generalisierung ausgeführt und vermögen daher im allgemeinen nur einer mehr theoretisierenden Betrachtung und nicht den praktischen Anforderungen zu dienen. Selbst von den größeren Karten des Chambers of Commerce-Atlasses gilt noch das gleiche. Daher ist es ganz besonders zu begrüßen, daß zum erstenmal in Richard Stappenbecks „Karte der Minerallagerstätten von Südamerika“ (1 : 3 750 000), die in diesem Jahre (1926) bei Dietrich Reimer (Ernst Vohsen) in Berlin erschienen ist, ein Kartenwerk geboten worden ist, das eine völlige gesicherte räumliche Übersicht über die Verbreitung der Lagerstätten ermöglicht. Es ist eine prächtige Sechsblattkarte, die auf den ersten Blick ein ganz klares Erkennen der einzelnen Lagerstätten und ihrer Natur erlaubt. Die Spezialisierung ist dabei erstaunlich weit getrieben worden, da etwa 100 verschiedene Signaturen einschließlich der für Verhüttungsanlagen, Verkehrseinrichtungen und Angaben über vorhandene Wasserkräfte und deren Ausnutzung Verwendung auf der Karte gefunden haben. Fast ist eine spielerische Liebe für den Gegenstand in der Art der Darstellung zu erkennen, wenn z. B. Gold und Silber Darstellung in ihren Naturfarben gefunden haben. Das kommt aber der Deutlichmachung bei der großen Zahl der Signaturen ebenso sehr zugute wie die reiche Verwendung von Farben. Im allgemeinen sind die Namen den einzelnen Lagerstätten beigeschrieben. Wo die Häufung der Fundorte das nicht erlaubte, da verweisen Zahlen auf lange, den Kartenblättern selbst aufgedruckte Namenlisten, so daß kein einziger Fundort ohne Ortsbezeichnung geblieben ist. Ein Namenverzeichnis von 37 Seiten ermöglicht endlich die Auffindung jeder einzelnen Lagerstätte in bequemster Weise. Das ist für den praktischen Gebrauch der Karte selbstverständlich unentbehrlich.

Damit ist aber der Inhalt der sechs Kartenblätter keineswegs erschöpft. enn in einzelnen Kartons sind die wichtigeren Bergbaugebiete noch einmal größerem Maßstabe und viel reicher an Einzelheiten wiedergegeben. So hile zwischen Rancagua und Tocopilla (1 : 1 000 000), der Eisenmangan- und oldbezirk von Minas Geraes (1 : 1 150 000), die Gold- und Platinseifen im oeren Choco in Kolumbien (1 : 1 950 000), das kolumbianische Hochland von undimarca (1 : 1 600 000), das mittelperuanische Bergbaugebiet (1 : 1 000 000), e Goldfelder Carabaya und Sandia in Peru (1 : 1 600 000). Außerdem reicht er Raum der Karte über Südamerika hinaus und umfaßt Mittelamerika im eichen Maßstab der Hauptkarte bis zur mexikanischen Grenze. Der Gold-lberbezirk im östlichen San Salvador ist auch hier noch einmal auf einer esonderen Nebenkarte herausgehoben. Mit dem Verfasser wird man es be-auern müssen, daß es infolge des Mangels topographischer Grundlagen nicht elungen ist, das wichtige Bergbaugebiet Boliviens auf einer Nebenkarte in rößerem Maßstabe zu berücksichtigen.

Wer die meist recht dürftigen topographischen Grundlagen kennt, die dem issenschaftlichen Arbeiten in Südamerika im allgemeinen zur Verfügung ehen, wird naturgemäß einen anderen Wunsch als zu verfrüht bezeichnen üssen, nämlich den, daß die Karte der Lagerstätten mit einer topographi-chen Karte Südamerikas in enge Beziehung gebracht worden, d. h. daß die ignaturen auf eine solche aufgedruckt worden wären. Auch die wenigstens roßzügige Beziehung zu dem Bau des Erdteils, die aber auch nur zum leineren Teile mit einiger Sicherheit hätte gefunden werden können, hätte ie wissenschaftliche Erkenntnis außerordentlich gefördert. Diese Forderungen üssen erwähnt werden, weil sie ganz selbstverständliche Aufgaben stellen, ie auf eine weitere, wenn auch vielleicht nur regional mögliche Auswertung er ausgezeichneten Karte hinweisen.

Eine Kritik über die Zuverlässigkeit der gesamten Karte im einzelnen wird einem Beurteiler möglich sein. Immer nur würde sie stichprobenhaft von pezialkennern einzelner Gebiete betrieben werden können. Sie soll hier anz unterbleiben, denn auch für mein mittelbrasilianisches Reisegebiet wüßte h nichts wesentliches hinzuzufügen, wenn man nicht hier gerade auf die löglichkeit der Wasserkraftauswertung an manchen Orten aufmerksam machen ill. Für die allgemeine Zuverlässigkeit der Karte spricht die lange und ründliche Erfahrung des Autors, die er sich in seinem sechzehnjährigen Auf-nthalt in Südamerika, zunächst als argentinischer Staatsgeologe, dann auf eisen in Chile und Peru erworben hat. So wird die Stappenbecksche Karte ie sichere Grundlage sein, auf der jede weitere Betrachtung und Beurteilung, ei sie nun praktischer oder theoretischer Natur, aufbauen kann. Sie wird es rmöglichen, sich — wie der Autor selbst meint —, „eine richtige Vorstellung

von den Zukunftsmöglichkeiten dieses Kontinents in der Bergwirtschaft zu machen".

Schon eine flüchtige Überschau über die Karte offenbart die dem Geographen wohlvertraute Zweiheit Südamerikas auch in der Verteilung der Lagerstätten und der bergwirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Gebiete. Der ganze andine Westen ist Bergbaugebiet schlechthin, denn hier haben eine durch unendliche Zeiten hindurch andauernde Sedimentation, die aber unter recht wechselnden Bedingungen vor sich ging, und mehrmalige faltende und eruptive Prozesse die Bildung von Lagerstätten ausgelöst. Zudem sind durch die gewaltige Gebirgshebung und die mit ihr Hand in Hand gehende Abtragung die Lager angeschürft oder wenigstens die Wege zu ihnen erleichtert worden. Im Osten Südamerikas, jenem riesigen alten Rumpfland, in dem die intensiveren gebirgsbildenden Prozesse schon in der Frühzeit der Erde ausgesetzt haben, und wo weithin einförmige Areale jüngerer, im ganzen flachlagernder Formationen das ältere Faltenland decken, da liegen die Verhältnisse viel einfacher, einförmiger. Nur hie und dort, meist an den alten Faltenrumpf selbst gebunden, unterbrechen Bergbaugebiete, gelegentlich gar solche von großer Bedeutung, die bergwirtschaftliche Armut der größeren Osthälfte von Südamerika. Geradezu arm an Fundorten sind vor allem die jüngeren Deckschichten. Die einzelnen Bergbaugebiete werden im Osten getrennt durch große, heute bergwirtschaftlich bedeutungslose Räume. Dabei ist freilich vielfach nicht zu unterscheiden, ob die Zwischenräume der Bodenschätze völlig bar sind, oder ob das derzeitige Bild nichts anderes als das Stadium unserer Kenntnis andeutet. So sind die Lagerstätten (vornehmlich Gold, das vielfach in Goldseifen gewonnen wird) des kristallinen Massivs von Guayana auf der Binnenseite zur Zeit allseitig isoliert durch einen breiten Saum, der noch schmal im unteren Orinokogebiet einsetzt, aber dann breit mit dem bergbaulich — trotz recht unsicherer Kenntnis kann das schon heute gesagt werden — ziemlich armen Raum Amazoniens verwächst. Aus dem riesigen Länderraum, der mindestens halb so groß wie Europa ist, sind kaum Fundorte bekannt. Immerhin lehren aber die wenigen Angaben, die bezeichnender Weise nur für die besser erschlossenen Regionen am Amazonas selbst und an den größeren Nebenflüssen gemacht werden, daß in Wirklichkeit mit einem sehr viel größeren Reichtum von Bodenschätzen zu rechnen ist. Gerade in der letzten Zeit wurde in allerdings recht unsicherer Weise von Funden am oberen Rio Branco und seinen Tributären geredet. Stappenbeck hat — sicherlich aus Vorsicht — nichts davon angegeben. Dort, wo sich das brasilianische Massiv aus der Tiefenregion Amazoniens heraushebt, mehren sich in Nordostbrasilien wieder die Lagerstätten. Neben einer ganzen Anzahl von Lagern der verschiedensten Erze geben in Analogie zu Guayana die Goldfundorte

esem Raum sozusagen die Note. Zwischen Pernambuco und Maceio zieht ngs der Küste ein Saum von Ölschiefern. Auch im Hinterland von Bahia eten die Fundorte nur in Streulage auf. Am oberen Rio Paraguassa liegt er ein Diamantenbezirk. Wenn von da aus gegen Mittelbrasilien ebenso ie gegen das innere Zentralbrasilien wiederum ein recht breiter Raum auf er Karte zu erkennen ist, der kaum eine Signatur trägt, so bedeutet das cher nicht, daß in der ganzen großen Region, die das ganze innere und süd-che Bahia, den nördlichen Teil von Minas Geraes und den größten Teil von spirito Santo umfaßt, keine weiteren Funde von Bodenschätzen zu erwarten nd. Dieses Bild entspricht dem derzeitigen Erkenntnisgrad; handelt es sich och in diesen Zonen um im einzelnen gar wenig bekannte Landschaften. nmerhin haben die sehr viel besser und zum Teil doch recht intensiv durch-rschten Teile des brasilianischen Küstenwaldgebirges in Rio de Janeiro und São Paulo eine gar erstaunliche Armut der kristallinen Schichten an Boden-hätzen gezeigt. Es darf aber nicht vergessen werden, daß hier genau wie im Amazonasgebiet der Erforschung neben der starken Verwitte-ngsrinde vor allem auch die fast alles verhüllende Pflanzendecke im 'ege steht, die auf langen Routen oft das anstehende Gestein vollkommen em Blicke entziehen. So kann von einem selbst nur vorläufigen Abschluß nserer Kenntnis hier nicht gesprochen werden. In Südbrasilien, in Uruguay nd ebenso im benachbarten Argentinien kommen Bodenschätze nur in Streu-ge vor. In Uruguay sind darunter mehrere Goldfundorte, die auch für arana charakteristisch sind. Im Innern haben heute vier Bergbaubezirke was größere Bedeutung, der von Paraguay, der in seiner Südhälfte eine anze Zahl von Kaolinfundstätten aufweist, für dessen Nordhälfte Brauneisen-ruben bezeichnend sind, die Roteisenerze und Manganvorkommen von Corumba, e Diamantenfundstätten nördlich von Cuyaba und die Diamanten- und Gold-lder im südlichen Goyaz. Das einzige, aber wirklich bedeutende Erzbergbau-ebiet, das heute schon eine beträchtliche Auswertung erfährt, aber vornehm-ch eine noch viel größere Zukunft hat, ist das des mittleren Minas Geraes, as von einem ganzen Kranz verschiedenster Lagerstätten im nördlichen Minas eraes, im Triangulo Mineiro und in São Paulo umschwärmt wird. Im Zen-um dieser ganzen Region liegt das Eisen-(Itabirit-) und Manganerzgebiet, as im Süden bei Barbacena einsetzt, sich nach Norden hin bis Itabira und ello Horizonte verbreitert und, auskeilend in der Serra de Espinhação, bis egen Diamantina zu verfolgen ist. Hier schließt sich der weite Diamanten-ezirk um Diamantina an, der sich, allerdings durch Lücken unterbrochen, estwärts über den São Francisco bis zum Rio Grande und damit auch idwestwärts bis in das nördliche São Paulo hinein verfolgen läßt. Mittel-nd Süd-São Paulo sind nicht besonders reich an Bodenschätzen. Im Gegen-

satz zu Brasilien ist Argentinien mit Ausnahme der andinen Anteile außerordentlich arm an solchen. Fast nur die Petroleumvorkommnisse in Patagonien und auch im westlichen eigentlichen Argentinien verdienen volle Beachtung. Sie gehören der tiefen Zone an, die die Grenzregion zwischen dem alten Faltenland und Tafelland des Ostens und dem jüngeren Faltengebirge der Anden bildet, die dem Zuge der Anden folgend durch den Chaco nach Oberamazonien und abermals über eine unsichere Wasserscheide hinüber nach dem Orinokotiefland zu verfolgen ist. Ihre Bedeutung ist noch ganz unklar, und nur als eine Vermutung muß man es hinnehmen, die aber einer hohen Wahrscheinlichkeit durchaus nicht entbehrt, wenn man in diesem Gürtel eine der vielleicht einmal wichtigsten und größten Petroleumzonen der Erde sehen will. Auch bis zum östlichen Feuerland mit seinen reichen Torflagern setzt sie sich südwärts fort.

Mit Feuerland beginnt zugleich der andine Gürtel. Feuerland ist Goldland. Auch auf den kleineren und größeren Nachbarinseln gibt es in dem Archipel noch eine Anzahl Goldfundstätten. Aus Westpatagonien ist kaum etwas über Bodenschätze bekannt. Auch das scheint nichts anderes als Erforschungsstadium des ja recht schwer zugänglichen Landes zu sein, denn auf der argentinischen Seite sind eine ganze Anzahl Fundorte bekannt, besonders Goldvorkommen. Das wiederholt sich auf der großen chilenischen Insel Chiloé. Dann setzt aber mit Chile und dem argentinisch-chilenischen Andenbezirk der Bergbaucharakter des andinen bzw. pazifischen Gürtels voll ein. Mit Eisen-, Mangan-, Silber-, Gold-, dazu Kohlenvorkommen beginnt die reiche Liste der Fundorte im südlichen Mittelchile. Doch hält die Dichte der Vorkommen hier noch keinen Vergleich aus mit der in den nördlicheren Teilen von Santiago an. Besonders aufdringlich sagt es hier das Kartenbild, daß Chile ein Bergbauland schlechthin ist. In den mittleren Teilen bis in den Norden hinein überwiegen die Kupfervorkommen, doch auch Gold- und Silberfundorte sind sehr häufig. Die Eisenlager spielen dagegen im allgemeinen eine geringere Rolle, erlangen nur örtlich hohe Bedeutung. In Nordchile werden große Flächen von Salpeterlagern eingenommen. Doch die Kupfervorkommnisse haben ihre Bedeutung für die Wirtschaft der Landschaft durchaus nicht eingebüßt, wenn sich auch die Fundstätten nicht so häufen wie weiter im Süden. Die an die Salare, Salinas gebundenen Kochsalzlager greifen von den wüstenhaften Teilen Chiles nach Bolivien hinauf und nach dem nordöstlichen Argentinien hinüber, wo sie vor allem westlich und nordwestlich von Cordoba große Verbreitung erlangen. Innerhalb des eigentlichen andinen Gebiets selbst erreicht der Reichtum an Bodenschätzen eine erste Kulmination in dem argentinisch-bolivianischen Übergangsgebiet. Doch auch die pampinen Sierren, vor allem die Sierra de Cordoba (vor allem Wolfram) und die Anden-

nder weiter im Süden sind reich an Bodenschätzen aller Art. Die Grenz-
gion zwischen Argentinien und Bolivien ist ein Gold-Silbergebiet. Dann folgt
ı Streichen der bolivianischen Ostkordillere eine Zinn-Wismut-Wolfram-
ıtimonregion. Im westlichen Bolivien sind dagegen die Kupfervorkommen
hrend. Auch Schwefel wird hier viel, wie überhaupt im Bereiche der Vul-
ınlandschaften der Anden, gewonnen. Peru zeigt keinen so geschlossenen
ıarakter als Bergbaugebiet wie Chile und Bolivien. Doch auch Peru ist
ıerreich an Bodenschätzen, wenn sich auch ihre Vorkommen mehr in einige
ıneinander getrennte Provinzen gliedern. Wie für die Täler der benach-
ırten bolivianischen Yungas sind auch für die Quellflüsse des Rio Madre de
ios Goldseifen charakteristisch; und Gold- und Silbervorkommen in reicher
ıhl, doch auch Kupfer und Eisen sind für Südperu überhaupt bezeichnend.
e zweite große Bergbauprovinz ist die mittelperuanische. Gold tritt zurück.
lber- und Kupferfundorte sind besonders häufig. Eisen hat eine ziemliche
erbreitung. Kohlenfelder fehlen nicht. In ihrem nördlichen Abschnitt spielen
oldvorkommen wieder eine größere Rolle. Im südlichen kommt den Fund-
ten von Vanadium eine besondere Bedeutung zu. Küstennah liegen kleinere
sich abgeschlossene Bergbaubezirke von ähnlicher Zusammensetzung. Nord-
ru erscheint — wenigstens nach der Karte zu urteilen — wieder arm an
odenschätzen. Nur ein paar Goldvorkommen sind eingezeichnet. Doch in
inem pazifischen Küstengebiet liegen reiche Petroleumlager, die über den
olf von Guayaquil nach Ecuador hin übergreifen. Ecuador zeigt überhaupt
wa die Bergbaustruktur Nordperus. Wenn auch die Dichte der Vorkommen
einen Vergleich mit Chile, Bolivien oder dem Bergbauzentrum Mittelbrasiliens
shält, so ist doch Kolumbien eines der wichtigsten Bergbauländer Südamerikas.
old und Silber sind außerordentlich verbreitet. Fast alle Flüsse führen Gold.
ıf dem Hochland, um Bogota, ist die räumliche Verknüpfung reicher Eisen-
zlager und weiter Kohlenfelder besonders wichtig, die auch anderwärts im
ınde auftreten. In den tiefen Grabengebieten, die küstenwärts zu dem Tief-
ıde verwachsen, sind Petroleumfelder weit verbreitet. Sie knüpfen genetisch
Beziehungen zu den Petroleumlagern Venezuelas. Venezuela zerfällt mit
ısnahme des Guayanagoldgebiets in drei Bergbauprovinzen, das Maracaibo-
troleumgebiet, das die Randgebiete des tieferen Landes im Osten des Golfes
tumspannt, das nur mäßig reiche andine Bergbaugebiet der Mitte und
hließlich das Petroleum- und Kohlengebiet des Ostens, das bis über das
rinokodelta nach Trinidad übergreift, dem aber auch Erzvorkommen nicht
ılen.

Panama — um entsprechend des Inhalts der Karte auch Mittelamerika
rz zu charakterisieren — zeigt nur wenige Vorkommen von Bodenschätzen:
old, auch Petroleum. Das ist im ganzen auch die Struktur Costa Ricas,

das jedoch reicher ausgestattet zu sein scheint. Besonders ist der Erdöldistrikt von Bedeutung. Außer den Goldseifen des Nordostens fehlen — nach der Karte zu urteilen — Nicaragua weitere Reviere von Bodenschätzen. Auch im östlichen Honduras und in San Salvador ist die Bergbaustruktur höchst einförmig (Gold, Silber). Die westlichen Teile dieser Staaten einschließlich Guatemala zeigen ein reicheres Bild, ohne daß aber hier ein Bergbauprodukt die Herrschaft an sich reißt.

Weder die Karte, die selbstverständlich nur Grundlage für die Beurteilung der räumlichen Verbreitung und der Dichte der Bodenschätze sein kann, noch ihre sichtende und ordnende Beschreibung durch das Wort vermögen natürlich die Frage nach der relativen Bedeutung der Bodenschätze zu beantworten. Von vornherein möge schon davor gewarnt werden, daß man die Bedeutung der südamerikanischen Bodenschätze — die mittelamerikanischen können eine solche Bewertung kaum ändern — etwa unter dem Eindruck einer überreichen Liste von Vorkommen überschätzen möge, wenn man nicht zu einem bedenklichen Fehlschluß kommen will. Ganz zweifellos spielt der Bergbau im Wirtschaftshaushalt einzelner südamerikanischer Staaten eine führende Rolle. Er bildet für diese Staaten eine wesentliche Machtquelle. Voran stehen Chile und Bolivien, es folgt Peru. Chile ist, wie ja allgemein bekannt ist, Salpeterland, in zweiter Linie Kupferproduzent. 1912 entfielen von der chilenischen Gesamtausfuhr 85,4 % auf Salpeter; 1920 machte die Salpeterausfuhr trotz der Konkurrenz, die ihm die künstliche Stickstoffgewinnung im Welthandel bereitet hat, immer noch fast drei Viertel des Gesamtexports aus. 1923 belief sich der Wert der Kupferausfuhr auf ein sehr gutes Drittel der Salpeterausfuhr; auch 1925 war das Verhältnis ein ähnliches, und 1922 war der Ertrag für Kupfer sogar mehr denn halb so groß als der für Salpeter. Eine Musterung der Ausfuhrliste Chiles überhaupt zeigt, daß andere Produkte, vielleicht mit Ausnahme von Weizen und Wolle, hinter den Bodenschätzen überhaupt weit zurücktreten. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in Bolivien. 1912 machten die mineralischen Produkte 77,7 % der Ausfuhr aus; 1925 entfielen von 115 Mill. Bolivianos des Exports 84,2 Mill. Bolivianos auf Zinn allein und noch mehrere Millionen Bolivianos auf andere Bergbauergebnisse. Neben Chile und Bolivien kann kein anderer süd- oder mittelamerikanischer Staat in dem Maße als ein Bergbauland bezeichnet werden.

In Perus Außenhandel spielen zwar noch die Bodenschätze eine wichtige Rolle; allein sie machen dem Werte nach nicht mehr die Hälfte des Exports aus. 1924 belief sich die Ausfuhr auf 25,1 Mill. peruan. Pfund, davon kamen auf Petroleum 6 Mill., auf Kupfer 3,6 Mill. peruan. Pfund. In Kolumbien, dem derzeitig ersten Platinland der Welt und zugleich einem Gebiet mit steigender Goldausbeute, steht einem Ausfuhrwert von 3,5 Mill. für Platin und

nem solchen von 0,1 Mill. Goldpesos für Gold eine Kaffeeausfuhr im Werte
on 2 Mill. Goldpesos gegenüber. So ist Kolumbien in seiner Ausfuhrstruktur
otz seiner reichen Mineralvorkommen ein Plantagenland. Das galt auch bis
or kurzem in ganz ähnlichem Grade für Venezuela, wo der Anteil der Boden-
hätze an der Ausfuhr im Laufe eines Jahrzehnts ganz rapid gestiegen ist.
lachte er 1912/13 nur 7,1 % aus, so ging er bis 1923 auf 18 % herauf.
923 exportierte es neben seinem wichtigsten Ausfuhrartikel Kaffee für 68,9
Iill. Bolivar schon für 27,3 Mill. Bolivar Petroleum. Daneben sind aber alle
nderen süd- und mittelamerikanischen Staaten ihrer Handelsstruktur nach
grikultur- bzw. Viehzuchtstaaten. Selbst bei Brasilien und Argentinien, die
ber reiche Bergbaugebiete verfügen, bilden die Exportzahlen für Bodenschätze
uf der Ausfuhrliste nur belanglose Größen. So muß sich immerhin das
szinierende Bild einer Lagerstättenkarte Südamerikas, die leicht so etwas wie
nen Bergbaukontinent vortäuschen könnte, für den Augenblick eine starke
eltungseinschränkung gefallen lassen. Nur die wenigsten der Staaten können
ls Bergbaureviere schlechthin angesprochen werden; die meisten tragen einen
anz anderen Charakter.

Bis zu gewissem Grade ist damit auch die Frage nach der relativen Be-
eutung der Bodenschätze im Weltwirtschaftshaushalt beantwortet.
urzeit kann den südamerikanischen Bodenschätzen keine übermäßige Be-
eutung zukommen. Das ist nicht immer so gewesen, und es braucht auch
icht immer so zu bleiben. Wie heute Chile das Land des Chilisalpeters ist,
 war seinerzeit Peru das erste Silberland der Welt. Heute ist in dieser
Veise nur noch Kolumbien hinsichtlich seiner Platinproduktion führend, doch
ermag es jeden Tag durch Rußland wieder überflügelt zu werden.

Wer eine internationale Bergbaustatistik, etwa die bequemen Zusammen-
tellungen im „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich", mustert,
er wird sehr rasch erkennen, daß die derzeitige Ausbeute in Süd- und Mittel-
merika gegenüber der in anderen Bergbaugebieten der Erde eine recht ge-
ngfügige ist, und daß es nicht am Platze ist, sich etwa nur durch das
ennen von Edel- und Schwermetallen über die wirtschaftliche Weltbedeutung
gendwie täuschen zu lassen. Bei solcher Einstellung erscheinen die Gold-
nd selbst die Silberfundstätten doch nur wie ein Schmuck am Wirtschafts-
au des Kontinents. Gold und Silber sind im Wirtschaftsbilde Südamerikas
gentlich nur noch historische Reminiscenzen. Selbst Kolumbiens Goldaus-
eute, das ehedem das goldreichste Land der Erde war, auch heute noch der
eitaus wichtigste Goldproduzent in Südamerika ist, machte 1922 nur 1,8 %
er Weltproduktion aus. Damals gewann Kanada mehr als 4 mal, die Union
ehr als 8 mal, Transvaal mehr als 24 mal so viel Gold. Schon bedeuten-
er ist der Anteil der Silbergewinnung an der Weltproduktion. Peru, auch

heute noch das silberreichste Land Südamerikas, gewann 1922 6,2 % der Welt-produktion. Die Produktion von Chile und Bolivien zusammengenommen erreichte nur die Hälfte der peruanischen. Allein, Kanada steht etwa mit der gleichen Produktionsziffer neben Peru. Die vereinsstaatliche Produktion ist annähernd 4 mal, die Mexikos weit mehr als viermal so groß. Weder die Diamantenausbeute Brasiliens noch die Smaragdgewinnung Kolumbiens können nach den bisherigen Erfahrungen als besonders wichtige Wirtschaftsfaktoren für diese Staaten noch als Machtquellen für sie angesprochen werden. Chile wieder, der weitaus größte Kupferproduzent Südamerikas — Peru weist nur etwa ein Viertel von der chilenischen Produktion auf —, auch der zweitgrößte Kupferproduzent der Welt, steht doch hinter der Union weit zurück, die Chile mit seiner Kupferproduktion um das Achtfache übertrifft. Eine wesentlich bedeutendere Stellung nimmt das Zinn Boliviens innerhalb der Weltzinnerzförderung ein, von der es 20 % ausmacht. Auch Brasiliens Manganerzproduktion darf als bedeutender Wirtschaftsfaktor nicht übersehen werden, doch auch sie macht nur ein Sechstel der vereinsstaatlichen aus. Die Ausbeute fast aller anderen Bodenschätze erscheint gegenüber den Produktionsmengen in anderen Ländern recht bedeutungslos. Das gilt auch für das südamerikanische Erdöl, auf dessen Bedeutung ja oft, aber meist nicht mit eindringlichem Hinweis auf die derzeit gültigen Weltwertrelationen, hingewiesen wird. Die Erdölausbeute Mexikos ist 14 mal so groß, die der Vereinigten Staaten fast 70 mal so groß wie die Venezuelas, des wichtigsten südamerikanischen Erdölproduzenten, hinter dem Kolumbien mit knapp zwei Drittel, Argentinien und Trinidad mit je einem guten Drittel zurückstehen.

Allein, geopolitisch orientierte wirtschaftsgeographische und wirtschaftspolitische Betrachtungen dürfen aber, wenn sie wirklich fruchtbar sein und nicht nur registrieren wollen, nicht an dem Gegenwartsbild haften bleiben, sondern sie müssen auf Grund möglichst exakter Erkundungen die Möglichkeit künftiger Wirtschaftsentwicklung zu erfassen suchen. Sie müssen damit die Lösung einer Aufgabe anstreben, die sich die Wirtschaftsgeographie überhaupt immer stellen sollte, die sie sich aber meistens da, wo sie am gründlichsten arbeitet, — aus Vorsicht — nicht stellt. Das geschieht zu ihrem eigenen Schaden und wahrscheinlich häufig genug auch zum Schaden der Entwicklung, die sie nicht wirtschaftshistorisch nachträglich beschreiben und kritisieren, sondern die sie zu dirigieren versuchen müßte. Geopolitische Betrachtung kann den Fragen der Zukunft nicht aus dem Wege gehen; und sicherlich liegt auch allerlei konkrete Veranlassung vor, sie zu erörtern. In Bälde kann man kaum wenigstens eine das Gegenwartsbild bedeutend hinter sich lassende Entwicklung auf der ganzen Linie der Bergwirtschaft erwarten. Eine solche hinge zu sehr mit einem allgemeinen Aufstieg Südamerikas, der schließ-

h — von Ausnahmen abgesehen — doch nur langsam vor sich gehen kann,
sammen. Daß die Bergwirtschaft an sich in großem Ausmaße einen solchen
ıfstieg fördern würde, erscheint ebenfalls ganz unwahrscheinlich, da zahl-
che Lagerstätten so verkehrsabgelegen sind und noch längst nicht von
odernen Wegen erreicht werden, daß sie nicht in die Rechnung eingesetzt
erden können. Zudem mangelt es für eine solche Entwicklung sowohl an
enschen wie an Kapital. Es bleiben darum für eine weiterführende Be-
ıchtung ganz wenige zukunftsreiche Produkte und ebensolche Regionen übrig.
nmal kommt das Petroleum in Frage. Die argentinischen Erfahrungen
achen zwar nicht sonderlich Hoffnung auf eine große Zukunft. Ihre Pro-
ktionssteigerung geht sehr langsam vor sich. Die peruanische Zunahme
r Ausbeute setzt dagegen in Erstaunen. 1903 wurden 37 000 t, 1925
910 000 t gewonnen. Über die künftige Entwicklung in Kolumbien ist noch
enig sicheres zu sagen. Dagegen gilt ja Venezuela ganz allgemein als das
kunftsreichste Petroleumland Südamerikas, und Ölgeologen halten nicht zu-
ck zu behaupten, daß hier mit die wichtigsten Ölfelder der Welt liegen.
rsien und Venezuela werden in einem Atemzug genannt. Die Produktions-
eigerung stellt auch jede andere Entwicklung in Südamerika in den Schatten.
.17 förderte Venezuela erst 120 000 bbls, 1925 dagegen 30 000 000 bbls.
och darüber hinaus liegt vielleicht in Südamerika, in jener erwähnten Senke,
e von den Llanos durch Oberamazonien nach dem Chaco hinstreicht, das
ößte Erdölreservoir der Welt überhaupt, freilich mitten im Kontinent in
ner doch relativ schwer zugänglichen Region. Von dort sind vielfältig Erd-
ausbisse bekannt. Doch ein sicheres Urteil über die wirkliche Bedeutung
nn natürlich heute noch nicht abgegeben werden. Wie weit die auf die
erflüssigung der Kohle gesetzten Hoffnungen die Jagd nach dem Öl einmal
anachronistisch erscheinen lassen und den Wert solcher Ölfelder beein-
ichtigen werden, steht natürlich zurzeit noch dahin. Chile ist im Besitz
r größten Kupferlagerstätte der Welt (Chuquicamata) und auch sonst
erreich an Kupfer. Wenn es auch in der Gewinnung weit hinter den
ereinigten Staaten zurücksteht, so steht es doch hinter den Kupferexport-
ndern an erster Stelle. Darin liegt seine Bedeutung für die Weltwirtschaft,
d es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie noch zunimmt. Ist auch die
onopolstellung des Chilesalpeters zwar durch die künstliche Stickstoff-
zeugung im Welthandel gebrochen, so kommt ihm doch immer noch eine
cht unbeträchtliche Sondergeltung zu. In Brasilien haben die Mangan-
zlagerstätten eine solch ähnliche Geltung. Im ganzen sind es eigentlich so
r wenige Produkte, die von Südamerika aus den Weltmarkt unter Um-
nden zu beherrschen vermöchten. Denn daß sich auf Grund der vor-
ndenen Bodenschätze eine rege Industrie entwickeln kann und wird, muß

zwar durchaus zugegeben werden. Doch aller Voraussicht nach wird s
nur dem heimischen Konsum gelten, nur der Einfuhr den Markt entziehe
aber auf erdenkliche Zeiten hinaus vermutlich nicht aktiv in die Welthandel
struktur eingreifen. Freilich wird ihre Entfaltung zunächst mit der Kohlen
armut vieler Teile des Kontinents so lange zu kämpfen haben, bis die Au
nutzung der vielfach recht großen Wasserkräfte in ungleich stärkerem Au
maß als heute gelungen ist.

Daß aber die Bodenschätze des Kontinents als wirtschaftliche und auc
politische Machtfaktoren angesehen werden, lehrt die so außerordentlich stark
Tendenz des fremden Kapitals, gerade in der Bergwirtschaft Südamerika
Boden zu fassen. Sie hat zu einer wahren Kapitalüberfremdung des süd
amerikanischen Bergbaus geführt und damit den politischen Wirtschaft
körpern wichtige Kraftquellen zum guten Teil entrissen. So sind 80 % de
bolivianischen Zinnerzlager in nordamerikanischen Händen. Ebenfalls sind i
dem Kupferbergbau Chiles die Nordamerikaner führend, weit hinter ihne
stehen Engländer, Franzosen zurück; der Anteil der Deutschen ist minima
Die Manganerzlager Brasiliens sind in nordamerikanischem und belgischen
Besitz. Die Petroleumlager Ecuadors sind vorwiegend englischer, die Peru
englischer und amerikanischer, die Kolumbiens wiederum größtenteils ameri-
kanischer Besitz. In die venezulanischen teilen sich eine ganze Anzahl Kon
zessionsgesellschaften. Bergbaulich ist darum Südamerika fast nicht
anderes als eine Kolonie der Welt- und Handelsmächte. Für si
kann Südamerika gesteigerte Bedeutung in der skizzierten Weise erlangen
ein wichtiger Ausgleichs- und auch Machtfaktor in der Entwicklung der Welt
wirtschaft sein. Dagegen steht eine südamerikanische bergwirtschaftliche Eigen
entwicklung noch in weitem Felde. So muß die Analyse gerade auf dem
Gebiete der Bergwirtschaft die Kolonialstruktur Südamerikas er-
kennen lassen.

ALBRECHT HAUSHOFER:

EMERKUNGEN ZUM PROBLEM DER BEVÖLKERUNGSDICHTE AUF DER ERDE

Als „Bevölkerungsproblem“ bezeichnet man allgemein eine Gruppe von agen, deren Beantwortung oder Nichtbeantwortung man seit Malthus im gemeinen den Staats- und Wirtschaftswissenschaften überlassen hat. Die litik hat sich häufig in der Praxis an ihnen versündigt; heute sucht man m Problem von der medizinisch-naturwissenschaftlichen Seite beizukommen. e Geographie hat sich nicht allzu häufig mit ihm befaßt. Und doch hat die Möglichkeit, manche Fragen zu beantworten, die andere Wissenschaften cht beantworten können, Ergebnisse zahlenmäßig und kartographisch darstellen, die geeignet sind, von manchen Stellen den Nebel zweckbestimmter wissenschaftlicher Phraseologie zu vertreiben.

Vor kurzem hat Penck[1]) den Versuch gemacht, zu Zahlenwerten einer möghen durchschnittlichen und höchsten Bevölkerung der Erde zu kommen. ist dabei ausgegangen von der Produktionsfähigkeit der einzelnen Erdume für die menschliche Ernährung. Der Mensch lebt nicht vom Brot ein und so sind andere menschliche Bedürfnisse unberücksichtigt geblieben. it voller Absicht: Denn es fehlen heute noch weithin die Unterlagen, um non z. B. die Bedürfnisse der menschlichen Bekleidung und Erwärmung in hleren Klimaten, geschweige denn die höheren Kulturbedürfnisse der Menschit auf bestimmte Einheiten produktiven Raums, den sie fordern, festzulegen. muß man sich zunächst auf die physische Grundlage menschlichen Seins, f die Ernährung, beschränken, und sich klar sein, daß durch die Nichtrücksichtigung aller anderen Ansprüche Fehler entstehen, die in den Schlußgerungen berücksichtigt werden müssen[2]). Die nach der Ernährungsfähigit des Bodens geschätzten Zahlen möglicher Bevölkerung werden durchweg was zu hoch sein. Je höher die Kultur, desto höher die Lebensansprüche, sto größer die Flächeneinheit, die zum Unterhalt eines Menschenlebens geaucht wird; der Faktor, mit dem die Zahlen möglicher Bevölkerung herabsetzt werden müssen, steigt also mit der Kulturhöhe. So kommt also von r menschlichen Seite her eine Unsicherheit in die berechneten Zahlen, die h nie wird ausschalten lassen, und die es verständlich erscheinen läßt, daß B. Penck die von ihm bestimmten Zahlen nur als Annäherungs- und Grenzerte gelten lassen will. Es mag sich dabei um Verschiebungen von Hunrten von Millionen Menschen handeln. Auf der anderen Seite aber darf sagt werden, daß bei einer so sehr generalisierten Rechnung zahlreiche

einzelne Fehler sich gegenseitig aufheben, die unendlich stark in Erscheinun treten würden in dem Augenblick, wo man die Rechnung auf zu kleine Ein heiten, sei es der Menschen, sei es des Raumes bezöge.

Penck berechnet die Zahl der möglichen Menschen nach der möglichen Bevölkerungsdichte großer räumlicher Einheiten. Er wählt diese Einheiten nach dem wichtigsten der geographisch möglichen, dem klimatischen Prinzip und benutzt dabei schon vorhandene Generalisierungen, die wir einem de besten lebenden deutschen Klimatologen, W. Köppen, verdanken. Jede Dar stellung der klimatischen Gliederung der Erde ist auf Beobachtungsmateria aufgebaut. Dieses Beobachtungsmaterial ist über die Erde hinweg von gan ungleichem Wert. Weite Landgebiete verfügen über einen sehr guten Be obachtungsdienst; noch viel weitere haben einen sehr mangelhaften. Di Flächenausdehnung der Klimazonen kann auf weite Räume ein anderes Bild ergeben, wenn aus Teilen Asiens, Afrikas, Südamerikas langjähriges gute Beobachtungsmaterial vorliegen wird. So liegen also zahlreiche Fehlermöglich keiten in der Klimakarte und den aus ihr (im Falle Köppens durch H. Wagner gewonnenen Flächenangaben. Aber auch hier zeigt sich, daß für den Zweck einer großen vergleichenden Betrachtung über die Erde hinweg, wenn sie sich nur an genügend große Raum- und Menschen-Einheiten hält, zahlreiche Fehlerquellen sich gegenseitig aufheben können.

Um das an einem Beispiel zu erläutern: Es ist leicht möglich, daß die Zahlen, die Penck für das feuchtheiße Urwaldgebiet angibt (200 wahrschein-liche mittlere Volksdichte, 2800 Millionen wahrscheinliche, 5600 höchstmög-liche Bevölkerungszahl), zu hoch sein werden. Das Material aus den Tropen ist noch immer spärlich. Gewiß, wir haben heute auf Westjava eine Be-völkerungsdichte von über 350 Menschen auf den Quadratkilometer. Aber Java ist eine Insel mit ungewöhnlich fruchtbarem vulkanischen Boden, und Geländeformen, die reiche Energie liefern und vor allem eine reiche Be-wässerungskultur ermöglichen können. Aber weite Teile des größten zu-sammenhängenden tropischen Waldgebietes, Amazoniens, sind Überschwemmungs-gebiete, für die eine Sicherung kaum möglich erscheint. Der Einfluß des „Kulturfaktors“ ist in den Tropen ein anderer als in gemäßigten Breiten. Man wäre versucht, zu sagen, daß im Gegensatz zu den gemäßigten Breiten, wo hohe Kultur zunehmend gegen höchstmögliche Dichte wirkt (die amerikani-sche Einwanderungsgesetzgebung weist hier Beispiele), in den Tropen geringe menschliche Ansprüche die Erfüllung leerer Räume mit Menschen verhindern. Nur Rassen mit großer Energie, d. h. mit großen Ansprüchen, haben die Kraft, den tropischen Wald urbar zu machen; und gerade diese Rassen er-liegen dem tropischen Klima. So kann man an einer Dichte von 200 für die Tropen zweifeln. Vielleicht könnte der Boden soviele Menschen ernähren,

r es fehlen die Menschen, die unter dem dortigen Klima so arbeiten könnten, ß sie ihn dazu zwängen. Aber — ergibt sich auch hier vielleicht eine nderung des berechneten Lebensraums, so ist es leicht möglich, daß die renzenden Savannen- und Übergangsgebiete mehr Menschen ernähren nen, als 90 auf den Quadratkilometer.

o können sich Fehlermöglichkeiten ausgleichen — und die Möglichkeit, potentiellen Zahlen, bei allem Bewußtsein ihrer Anfechtbarkeit in Einzel- en, mit den heute vorhandenen der Menschheitsverteilung über die Erde spricht nicht uninteressante Ergebnisse.

Vir nehmen in der weiteren Untersuchung die Zahlen in der von Penck ost gegebenen Abrundung als richtig an, ohne uns auf Einer und Zehner Dichtewerte festlegen zu wollen, und setzen die mögliche Volksdichte mit heute vorhandenen in Vergleich. Aus diesem Vergleich ergeben sich e weiteres Ziffern für die absolute Unter- oder Übervölkerung einzelner ndräume. Dabei ergibt sich freilich eine Schwierigkeit, die überall auf- t, wo man Zahlen geographischer und statistischer Herkunft miteinander Vergleich setzen soll. Natürliche geographische, und politische, der Statistik l ihrer Praxis, der Volkszählung dienende Einheiten fallen in den wenigsten llen zusammen. Man muß also nach einer Seite zu Interpolationen greifen. otzdem auch der Versuch, die Klimagebiete als Einheiten zu nehmen und Ergebnisse der politischen Statistik auf sie zu verteilen lohnend sein könnte, nen wir vor, die einmal bestehenden staatlichen Einheiten als Grundlage nehmen, und die Dichtezahlen nach Klima-Einheiten auf sie zu beziehen. s ergibt im einzelnen zahlreiche Schwierigkeiten, da es nicht angeht, ein- h die in Betracht kommenden Flächen der einzelnen Staaten auszumessen l rechnerisch zusammenzufassen. Die Mittelbildung darf nicht geschehen, ohne nigstens den Versuch zu machen, die gesamten geographischen Verhältnisse eines ndes zu berücksichtigen[3]); sie ist damit natürlich subjektiven Fehlern ausgesetzt. ch diese Zahlen der möglichen mittleren Bevölkerungsdichte der einzelnen aten dürfen also nur als grobe Nährungswerte betrachtet werden, zumal es Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich ist, sie im einzelnen zu begründen. Es ergibt sich nun folgendes Bild der möglichen natürlichen und der wirk- nen Volksdichte auf der Erde, nach den Kontinenten geordnet:

		Heutige Dichte	Mögliche natürliche mittlere Dichte	
Europa:	Island	1	1	+
	Norwegen	8	8	+
	Schweden	12	10	+
	Finnland	9	10	+
	Baltische Staaten	32	30	+
	Polen	70	80	

		Heutige Dichte	Mögliche natürlich mittlere Dichte	
	Deutschland (mit Saargebiet und Danzig)	135	100	!
	Österreich	78	60	!
	Schweiz	94	60	!
	Holland	210	120	!
	Belgien	248	120	!
	Dänemark	76	100	
	Großbritannien	251	120	!
	Frankreich	72	100	
	Tschechoslowakei	100	100	+
	Ungarn	86	100	
	Rumänien	55	70	
	Bulgarien	47	70	
	Südslawien	49	70	
	Albanien	30	60	
	Griechenland	39	60	
	Italien	124	100	!
	Spanien	26	50	
	Portugal	66	90	
	Rußland (Europäisches und Asiatisches	7	30	—
II. Asien:	Türkei	8	30	-
	Persien	6	10	
	Afghanistan	14	15	+
	Syrien	30	40	
	Irak	8	40	—
	Indien (ohne Ceylon)	55	60	+
	China (ohne Nebenländer)	90	90	+
	Japan	145	100	!
	Philippinen	36	150	—
	Siam	20	100	—
	Insulinde	26	200	—
III. Afrika:	Ägypten	14	15	+
	Südafrikanische Union	4	30	—
	Deutsch-Ostafrika	4	90	=
	Kongostaat	4	150	=
IV. Australien:	Australien	1	30	=
	Neuseeland	11	60	—
	Hawaii	15	120	—
V. Amerika	Grönland	0	0	+
	Alaska	0	1	—
	Kanada	1	10	—
	Vereinigte Staaten	13	60	—
	Mexiko	7	70	—
	Mittelamerikanische Staaten	12	150	=
	Kuba	27	120	—
	Venezuela	2	90	=
	Kolumbien	6	60	—

	Heutige Dichte	Mögliche natürliche mittlere Dichte	
Ecuador	4	10	—
Peru	4	40	—
Bolivia	2	10	—
Chile	5	30	—
Argentinien	3	50	=
Uruguay	9	100	=
Paraguay	3	90	=
Brasilien	4	120	=
Antarktika	0	0	+

n Kreuz bedeutet Gleichgewicht der Bevölkerungsdichten: die tatsächliche und die mögliche rliche Dichte weichen nicht um mehr als 10 % voneinander ab. Ein Rufzeichen bedeutet völkerung: die tatsächliche Dichte beträgt mindestens 110 % der möglichen natürlichen. h- und Doppelstrich zeigen einfache und extreme Untervölkerung an: die tatsächliche Dichte gt hier 50 bis 10 bezw. unter 10 % der möglichen natürlichen; die Fälle leichter Unterrung (50—90 %) sind ohne Zeichen geblieben.

aßt man die Gruppen zusammen, so ergibt sich folgendes:[6])

I. Übervölkerte Staaten:

Großbritannien, Belgien, Holland, Japan, Deutschland, Schweiz, Italien, Österreich.

II. Staaten im Dichte-Gleichgewicht:[7])

Indien, China, Ägypten, Tschechoslowakei, Island, Norwegen, Schweden, Finnland, die baltischen Staaten.

III. Untervölkerte Staaten.

ie untervölkerten Staaten sind also die Mehrheit. Extreme Untervölkerung sen auf Deutsch-Ostafrika und der Kongo-Staat, und somit weitere Teile kas; ferner Australien, die mittelamerikanischen Staaten, Venezuela, Uruguay, aguay, Argentinien und Brasilien.

iese Gliederung gibt natürlich nur die großen Züge. Die Größen der elnen Länder sind ja sehr verschieden; dabei ist der Schluß nicht einmal tig, daß die Verschiedenheiten der einzelnen Teile umso größer sein müssen, rößer die Staaten sind. Gerade kleine Staaten zeigen oft die stärksten erschiede in der Bevölkerungsdichte ihrer einzelnen Landschaftseinheiten. gilt für die heutige wie für die potentielle Dichte. Beispiele (auf die tige Dichte bezogen) bietet Mitteleuropa in Fülle. Vielleicht das aufgste Beispiel auf der Erde ist das des Staates Ägypten, der als Staat eine hte von 14 hat. Die gesamte Bevölkerung wohnt aber im Talbereich des ; dieser hat eine Dichte von 420; die umgebende Wüste eine Dichte von 0. Ägypten zu den Staaten gehört, die zwar nicht übervölkert sind, doch der rvölkerungsgrenze sehr nahe kommen, gilt ein solches Verhältnis nicht nur die heutige, sondern auch für die mittlere natürliche Dichte.

Es ist nicht ganz so einfach, eine ähnliche Beziehung der beiden Dicht-werte in ihrem Verhältnis zu den Landschaftseinheiten für die meisten andern Länder zu finden. Überwiegend werden die Zahlen der potentiellen Dichte für die einzelnen Teile eines Landes geringer voneinander abweichen als die der heutigen. Das ist ohne weiteres einleuchtend für die untervölkerten Gebiete der Erde, in denen man noch ganz deutlich Landesteile ausscheiden kann, die (infolge Entfernung von der Küste z. B.) von der Siedlungsbewegung noch nicht erreicht worden sind; die aber, einmal erreicht, ganz ähnliche Bedingungen bieten würden wie z. B. küstennähere, heute von dem Wander-strom schon erreichte Nachbarlandschaften. Das läßt sich weiter begreifen für die übervölkerten Staaten. Im Deutschen Reich hat Bayern eine Dichte von 96, Sachsen eine von über 300. Nach unserer für das Deutsche Reich angenommenen möglichen natürlichen Dichte von 100 befände sich Bayern etwa im Bevölkerungsgleichgewicht, Sachsen wäre bedenklich übervölkert. Es bliebe nun im einzelnen zu untersuchen, wieweit der Boden Sachsens pro Einheit mehr Menschen ernähren könne als der Boden Bayerns. Dabei kann man — auch unter Benutzung der Bonitätsklassen des Katasters — zu ver-schiedenen Auffassungen kommen; sicher ist jedenfalls, daß der Boden Sachsens nicht doppelt, geschweige denn dreifach so gut ist als der Boden Bayerns. Mecklenburg hat heute eine Dichte von etwas über 50. Es wäre also, nach der für das Deutsche Reich angenommenen Ziffer, untervölkert.

Ließe sich Mecklenburg vom Deutschen Reich und von aller Welt ab-schließen, so könnte es wohl eine beträchtliche Zahl Menschen mehr ernähren als heute auf seinem Boden leben; unter den deutschen Gesamtverhältnissen wird die Untervölkerung Mecklenburgs schon durch die Übervölkerung Berlins mehr als ausgeglichen. Eine Auffüllung Mecklenburgs (und Pommerns usw.) mit Menschen würde eine Entvölkerung Berlins bedingen, solange nicht zu-sätzlicher Boden zur Ernährung der Großstädter herangezogen werden kann. Daß ein geringer Bruchteil des dafür notwendigen Bodens in Gestalt von Öd-ländereien oder nicht ausreichend genutztem Land noch in Mecklenburg, Pommern usw. gefunden werden könnte, sei hier nur angemerkt; der Groß-teil der notwendigen Nahrungsqualitäten müßte aus Böden gezogen werden, die außerhalb der natürlichen Landschaftseinheit (wie immer man sie auch begrenzen möge) Norddeutschlands (und Deutschlands!) liegen. Damit aber ist der Kern des Bevölkerungsproblems bezeichnet.

Übervölkerung bedingt Nahrungszufuhr von außen (womit sie bezahlt wird, ist eine zweite Frage, die zuerst rein nationalökonomisch scheint, auf die wir aber vom geographischen Standpunkt aus noch weiter unten einzugehen haben werden); Übervölkerung (in dem streng geographisch gefaßten Sinn der Be-zugnahme auf die mögliche natürliche mittlere Dichte) eines Landes oder

ates bedingt Untervölkerung auf irgend einem anderen Teil der Erde. tervölkerungsgebiete aber werden dadurch gekennzeichnet, daß die sie behnenden Menschen weniger an Nahrungsmitteln verbrauchen, als sie prozieren, trotzdem aber den Boden ihres Landes längst nicht in dem an sich glichen Maße nutzbar machen. Untervölkerungs- und Übervölkerungsbiete bedingen einander, beide sind der natürlichen Bevölkerungsverhrung hinderlich. Typisch für das eine sind die großen Viehzuchtgebiete, das andere die Industriegebiete der Erde. Bezeichnend ist weiter, daß in n einzigen Großraum der Erde, der heute schon seit längerer Zeit im ürlichen Bevölkerungsgleichgewicht ist, in China, die Viehzucht eine ganz inge Rolle in der Wirtschaft spielt, daß andererseits die beginnende Instrialisierung notwendigerweise zu Erschütterungen führt.

Solange nun der Verkehr zwischen Übervölkerungs- und Untervölkerungsbieten regelmäßig und der Wirtschaftsaustausch ungestört ist, kann das völkerungsverhältnis zwischen beiden gleichbleiben. Es vollzieht sich dann Austausch, der, generalisiert, etwa auf die Formel zu bringen ist: Nahrungsttel zur Versorgung der dichten gegen Industrieprodukte zum Nutzen der nnen Bevölkerung — womit man den Kern des „Weltwirtschafts"-Begriffs europäischen Vorkriegszeit vor sich hat. Das Bevölkerungsproblem bleibt der Schwebe — was dadurch beleuchtet wird, daß in der Vorkriegszeit Auswanderung gerade aus den hauptsächlichen Industriegebieten Europas ht gering war, daß andererseits in der Kapital-Investierung in noch wenig wickelten Ländern eine bedeutsame Sicherung für die übervölkerten Gete gefunden war.

Das alles ändert sich in dem Augenblick, wo Verkehr- und Wirtschafts stausch gehemmt werden. Dann zeigt sich, daß das Problem der Bekerungsverteilung ungelöst war: die übervölkerten Gebiete sind außerstande, e Menschen zu ernähren; die Menschen in untervölkerten Gebieten erkennen, ß sie nicht nur ihre Nahrungsbedürfnisse aus eignem Boden befriedigen nnen. Das Streben nach Autarkie erwacht in beiden Ländergruppen. Auf ervölkertem Boden ist seine Erfüllung möglich, auf übervölkertem nicht. mit ist ausgesprochen, daß der Weltwirtschaftsbegriff der Vorkriegszeit was zeitlich und räumlich Bedingtes ist; weiter ist damit die Frage nach Lokalisation der Industrie auf der Erde aufgeworfen.

Unsere ganze Untersuchung nahm ihren Ausgang von der Voraussetzung, ß es zurzeit jedenfalls unmöglich ist, die Bedürfnisse der Menschheit außer n primärsten, dem Nahrungsbedürfnis, auf bestimmte Einheiten produzieren- Bodens umzurechnen. Es blieben also andere Bedürfnisse der Mensch- t unberücksichtigt; damit auch andere Qualitäten des Bodens als die (übergend klimatisch bedingten), die auf die Produktion von Nahrungsmitteln

Einfluß haben. Der Begriff der möglichen mittleren natürlichen Dichte i auf die Energie der Nahrungsmittelproduktion eines Landes jeweils gegründe Es ruhen im Erdboden auch noch andere Energien; es ist notwendig, sie ein kurzen Betrachtung zu unterziehen, um festzustellen, wie weit sich durch sie d Anwendbarkeit des Begriffs der mittleren möglichen natürlichen Dichte verände

Einen Übergang hierzu bietet der Begriff der Wasserkraft. Die Energ fließender Gewässer wird überwiegend industriellen Zwecken zugeführt. I Steppen- und Wüstengürtel der Erde wird sie — wo vorhanden — meist dire der menschlichen Ernährung nutzbar gemacht. Außerhalb dieses Gürtels und d Polarwelt ist sie allenthalben auf der Erde reichlich, wenn auch, durch die wech selnde Versorgung mit Niederschlag und die wechselnde Reliefenergie des Geländ bestimmt, in sehr verschiedenem Ausmaß. Ihre Verteilung erlaubt nicht, de Begriff der potentiellen Dichte für die einzelnen Länder wesentlich zu ändern

Wie steht es mit den anderen großen Energiespendern, den Brennstoffen Soweit es sich um lebende Vegetation, um Wald handelt, unterliegen sie ähn lichen Bedingungen wie die Nahrungspflanzen. Anders ist es mit den au früheren geologischen Epochen aufgespeicherten Brennstoffen, Kohlen un Ölen. Ihre Verbreitung ist von der produzierenden Kraft des heutigen Boden unabhängig. Sie sind also in der Lage, die natürliche Dichte einzelner Land räume aufs stärkste zu beeinflussen, wenn sie in jenen allein vorkommen. Ih Vorhandensein hat nahezu sämtliche modernen Industriegebiete und Über völkerungszentren geschaffen. Aber man hat sich die Frage vorzulegen, o sie auch — ganz ohne ihre kürzere oder raschere Erschöpfung fürs erste i Betracht zu ziehen — in der Lage sind, diese Übervölkerungszentren weiter hin zu erhalten. Dazu ist zu sagen: Erstens hat die genauere Durchforschun der Erde gezeigt, daß die brennbaren Energiestoffe viel mehr über die Erd verteilt sind, als man zuerst anzunehmen geneigt war. Zweitens haben sic immer stärker neben sie andere Energiequellen gesetzt. Drittens endlich sin die Bevölkerungsverdichtungen der heutigen Industriegebiete der Erde übe das durch das Vorkommen von Bodenschätzen hinaus bedingte Maß hinaus gewachsen — was historisch, aber nicht mehr geographisch erklärt werden kann

Die Frage, ob die Industrie dort angesiedelt sein muß, wo ihre Betriebs mittel anstehen, oder dort, wo gleichzeitig die für ihre Menschenmassen not wendigen Nahrungsmittel geerntet werden können, ist durchaus offen. Das letzter würde einen Ausgleich der Bevölkerungsdichte, eine Annäherung an den Begrif der natürlichen möglichen Dichte für die einzelnen Erdräume mit sich bringen

Soweit die allgemeine theoretische Betrachtung. Sie zeigt, daß geographi sche Untersuchung bei aller Anfechtbarkeit des Materials, auf das sie heut noch angewiesen ist, wohl imstande ist, einem der schwierigsten Menschheits probleme von neuen Grundlinien her beizukommen.

Anmerkungen

Das Hauptproblem der physischen Anthro-geographie", Sitz. Ber. Akad. d. Wiss. Berlin ath. phys. Klasse 1924.

af diesen ganzen Komplex ist in der Debatte ch dem Penckschen Vortrag auf dem Bres-uer Geographentag vor allem von der kul-rellen Seite her hingewiesen worden. Das des menschlichen Willens wird sich nie rechnen lassen, und es bleibt natürlich ein oßer Unterschied, ob man die Lebens- und umansprüche des Nordamerikaners, des rarmten Nachkriegsdeutschen oder des chi-esischen Kulis einer Rechnung über den ebensraum zugrunde legt. Aber nicht nur n Rasse zu Rasse wechseln die Ansprüche. it der Bodenkultur wachsen die Ansprüche ch desselben Volkes. Das alles ist — einst-eilen jedenfalls — unberechenbar, und muß rum ausgeschieden werden — ohne daß an es vergißt!

geht es z. B. nicht an — um nur ein Bei-spiel aus den vielen möglichen herauszu-greifen —, im getreuen Verfolgen der klima-tischen Karte, auch für die Karte der Bevöl-kerungsdichte Irland und das südliche Island mit dem gleichen Werte zu bedenken. Ist diese Gliederung schon vom klimatologischen Standpunkt aus an der Grenze des Vertret-baren, so ist es vollends unmöglich, für beide Länder dieselbe Zahl der potentiellen Dichte anzusetzen. Die verschiedensten geographi-schen Faktoren neben den klimatischen zwingen dazu, sie für Island zu erniedrigen. Ähnliche Abweichungen und Schwierigkeiten begegnen in den Trockengebieten der Erde, soweit Bewässerungsmöglichkeit vorhanden ist, über deren Ausmaß man nur in wenigen Fällen (so z. B. im Westen Nordamerikas, in Ägypten, an einzelnen Stellen der südameri-kanischen Westküste) mit einiger Sicherheit zu urteilen in der Lage ist.

ERICH OBST:
LITERATUR-BERICHT AUS EUROPA UND AFRIKA
(Nord- und Osteuropa)

G. Åsbrink: Ein Buch über Schweden. Herausgegeben vom Schwedischen Verkehrsverband. 207 Seiten mit 151 Bildern, 31 Spezialkarten und Diagrammen sowie einer farbigen Verkehrskarte. Verlag Nordiska Bokhandeln A.-G., Stockholm 1926.

Das außerordentlich geschickt abgefaßte und glänzend ausgestattete Buch will dem Reisenden als Führer dienen und ihm die Möglichkeit geben, sich ohne große Arbeit die grundlegenden Kenntnisse über Schweden anzueignen. Der erste Teil (Seite 1—15) unterrichtet in Kürze, aber in wissenschaftlich einwandfreier Form über die geologischen, klimatologischen und biogeographischen Tatsachen. Der zweite Abschnitt (Seite 16—40) gibt einen Einblick in Schwedens Geschichte von den ältesten Zeiten bis zum Jahre 1907. Ausführlich werden alsdann (Seite 41—94) die Verhältnisse des heutigen Schweden dargestellt, wobei sowohl die politische und gesellschaftliche Struktur als auch Literatur, Kunst und Wissenschaft, Sport u. a. m. behandelt werden. Von großem Interesse ist weiterhin der mit vielen Bildern ausgestattete Abschnitt, der Schwedens Gewerbeleben behandelt. Der letzte Teil (Seite 95—207) unterrichtet über die wichtigsten Reisewege nach und in Schweden und gibt in 13 Kapiteln eine Schilderung der schwedischen Landschaften nach ihrer geographischen Erscheinung und ihrer Bedeutung für das schwedische Kultur- und Wirtschaftsleben. Auch die Wanderwege und Unterkunftsmöglichkeiten werden bei dieser Gelegenheit mit erwähnt.

Alles in allem müssen wir diesen Reiseführer als geradezu vorbildlich bezeichnen. Wir wünschen ihn aufrichtig in der Hand jedes Deutschen, der sich zur Reise nach dem stammv[illegible] wandten Schweden rüstet.

Heinrich Kerp: Landeskunde von Skan[illegible]navien (Norwegen, Schweden, Dänema[illegible] und Finnland (Fennoskandia). Zweite, [illegible]weiterte Auflage. Sammlung Gösch[illegible] Band I 119 Seiten, Band II 137 Seit[illegible] Verlag Walter de Gruyter & Co., Berl[illegible] Leipzig 1925.

Dem Zweck der Sammlung Göschen e[illegible]sprechend bietet die vorliegende Arbeit ei[illegible] klare, sachliche, leichtverständliche Einführu[illegible] in die Wesensart der nordischen Welt. [illegible] Fachmann wird zwar hier und dort die V[illegible]wertung neuerer Spezialarbeiten vermissen, [illegible]dessen für weniger hohe Ansprüche dürfte di[illegible] doppelbändige Schrift ihren Zweck durcha[illegible] erfüllen. Der erste Teil behandelt die Phys[illegible]geographie Skandinaviens und enthält den V[illegible]such einer Gliederung des Ganzen in indi[illegible]duelle Naturgebiete. Der zweite Teil beschäft[illegible] sich mit dem Kulturbild der nordischen Länd[illegible] der Wirtschaftsgeographie, der Besiedlung, [illegible]völkerung und politischen Struktur und schlie[illegible] mit einer geopolitischen Skizze der Welt- u[illegible] Kulturstellung der nordischen Staaten.

Hans Mortensen: Litauen. Grundzüge ein[illegible] Landeskunde. XIV und 321 Seiten. M[illegible] 24 Abbildungen, 8 Karten und 19 Karte[illegible]skizzen und Zeichnungen im Text. Verl[illegible] L. Friedrichsen & Co., Hamburg 1926.

Wir begrüßen es auch vom nationalen Stan[illegible]punkt aufs freudigste, daß ein deutscher G[illegible]lehrter wieder einmal im Osten bahnbreche[illegible] gearbeitet hat. Dieses streng wissenschaftlic[illegible] ungemein fleißig gearbeitete Buch gibt uns zu[illegible] erstenmal erschöpfend Kunde von den Natu[illegible]

gungen (Boden, Klima, Pflanzenwelt), der kerung (Litauer, Deutsche, Juden, Polen), Siedlungen, Handel und Verkehr des schen Staates. Die gründliche Vertraut- mit Land und Leuten spiegelt sich auch besonders im zweiten Teil, wo die Einzel- chaften monographisch behandelt werden, eder Seite wieder.

diese Landschaftsgliederung Litauens die dlage der gesamten Darstellung und ihren tinhalt bildet, darf man geopolitische Er- ungen größeren Umfangs natürlich nicht ten. Es enttäuscht aber ein wenig, daß der Verfasser über diese Seite des Problems ganz ausschweigt. Eine stärkere Berück- gung der sehr interessanten geopolitischen Litauens, seiner Wirtschaftsbeziehungen len Nachbarstaaten, seiner Stellung im nen der baltischen Randstaaten usw. hätte eographische Individualität Litauens noch fer hervortreten lassen und den Wert des es entschieden erhöht.

buch des Deutschtums in Lettland 1926. Herausgegeben von der Zentrale deutsch-baltischer Arbeit beim Ausschuß der deutsch-baltischen Parteien. 160 Seiten. Verlag Jonck & Poliewsky, Riga 1926.

ist immer eine große Freude, von der Einzelarbeit des Deutschtums im Aus- zu hören. In diesem Sinne begrüßen wir ahrbuch des Deutschtums in Lettland ganz ders. Aus seinem reichen Inhalt heben lie folgenden Aufsätze hervor: den Jahres- nt über die Tätigkeit der deutsch-baltischen rzentrale, verschiedene Berichte über das en-, Schul- und Genossenschaftswesen, die kerungsstatistik Lettlands und insbesondere Deutschtums in Lettland (!), mehrere Auf- über das Deutschtum in Litauen und das ntum in Deutschland.

umnot verbietet es leider, jeden der einzelnen en Aufsätze für sich zu würdigen. Als es verdient das Jahrbuch uneingeschränkte kennung. Wir würden uns glücklich preisen, von dem Deutschtum in anderen Staaten ähnlich gediegene Jahrbücher erscheinen zu sehen.

W. Kliutschewskij: Geschichte Rußlands. Herausgegeben von F. Braun und R. von Walter. Dritter Band IV und 140 Seiten, Vierter Band IV und 423 Seiten. Verlag Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-Leipzig-Berlin, Obelisk-Verlag Berlin, Bd. III 1925, Bd. IV 1926.

Die ersten beiden Bände dieses unübertrefflichen historischen Quellenwerkes haben wir in dieser Zeitschrift bereits eingehend gewürdigt (Jahrgang 1925, Seiten 287—288, 793—795). Die beiden jetzt vorliegenden Schlußbände führen von dem Erscheinen der Romanows (Anfang des 17. Jahrhunderts) bis zur Palastrevolution unter Katharina II. (1762). Die „vierte Periode der russischen Geschichte" reicht zwar bis zur Thronbesteigung Alexanders II. (1855), indessen ist es Kliutschewskij bekanntlich nicht mehr vergönnt gewesen, sein großes Werk bis in die moderne Zeit fortzusetzen.

Aus dem überreichen Inhalt der beiden letzten Bände heben wir, um uns nicht in historische Einzelheiten zu verlieren, vor allem diejenigen Kapitel hervor, denen starkes geopolitisches Interesse zukommt. Hierher gehört schon das Auftreten der Romanows damals, als Rußland, von Polen und Litauen aufs ärgste bedroht, eine Kolonie Mitteleuropas zu werden drohte. Dann die Behandlung der ukrainischen Frage (Besiedlung der Ukrainasteppen, Entstehung der Kosakenschaft), das Eindringen westeuropäischer Einflüsse und ihre Duldung im Interesse der machtpolitischen Stärkung u. a. m. Sehr breiter Raum wird hernach im vierten Bande Peter dem Großen und seinen Reformen auf militärischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet eingeräumt. Nur wer diese Kapitel gründlich gelesen, kann den Bolschewismus begreifen und verstehen, warum Lenin von Peter dem Großen als seinem revolutionären Ahnherrn sprach.

Die nun vollständig vorliegende Übersetzung

der Geschichte Rußlands von Kliutschewskij gehört zweifellos zu den bedeutendsten deutschen Veröffentlichungen der letzten Jahre. Aufrichtiger und herzlicher Dank gebührt den beiden Herausgebern für die verständnisvolle Erschließung dieses Meisterwerkes russischer Geschichtsschreibung. Die glänzende Übersetzung sei auch am Schluß noch einmal besonders hervorgehoben.

Der Staat, das Recht und die Wirtschaft des Bolschewismus. Verfaßt von A. A. Bogolepoff, B. Brutzkus, S. v. Bubnoff, E. Drahn, S. Frank, S. Hessen, J. Iljin, A. S. Isgojeff, L. P. Karsawin, P. S. Kogan, S. Schwarz, A. S. Steinberg, N. Timaschew, L. v. Wiese, F. v. Wieser, H. Wolff, S. Zagorski, C. Zaitseff. Herausgegeben im Auftrage der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie von F. v. Wieser, L. Wenger, P. Klein. 2 Teile, 347 Seiten. Verlag Dr. W. Rothschild, Berlin 1925. (Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, Band XVIII Heft 4, Band XIX Heft 1.)

Das Ziel dieses groß angelegten Sammelwerkes war ursprünglich eine möglichst vollständige und geschlossene Darstellung der Rechts- und Wirtschaftsphilosophie des Bolschewismus. Wenn schließlich auch die Erreichung dieses Zieles aus verschiedenen Gründen nicht ganz glückte, so gehört das Sammelwerk dennoch zu den ernstesten Versuchen, sich mit dem Bolschewismus auseinanderzusetzen, vor allem seine philosophischen Wurzeln bloßzulegen. Jeder Aufsatz steht ganz für sich; die einzelnen Beiträge sind nicht aufeinander „abgestellt", sondern geben die ureigenen Meinungen und Erkenntnisse des betreffenden Verfassers wieder. Eine eigentliche Besprechung des Sammelwerkes wäre infolgedessen nur möglich, wenn hierfür Dutzende von Seiten zur Verfügung stünden. Da das hier nicht in Frage kommt, glauben wir der höchst beachtlichen Veröffentlichung am besten dadurch gerecht zu werden, daß wir von der Fülle des Inhaltes durch Aufzählung d… Titel einen Begriff geben: Bolschewismus u… Kommunismus als geistige Erscheinungen; … Weltanschauung des Bolschewismus; die Id… der Freiheit und der Bolschewismus; Mystizi… mus und Materialismus in der bolschewistisch… Literatur; von Marx bis Lenin; die modern… Diktaturen; die offizielle Wahrheit; die Sowj… verfassung; der Föderalismus in Sowjetrußlan… die Rechts- und Staatsphilosophie des bolsch… wistischen Kommunismus; der Bolschewism… und die Krise des modernen Rechtsbewußtsein… die Rechtsideologie des russischen Agrarwese… und die russische Agrarrevolution; die Agr… gesetzgebung der Sowjetregierung; der Staa… kapitalismus; Rätesystem und Rätewirtscha… die Arbeitspflicht in Rußland; das kommunis… sche Wirtschaftssystem in der russischen Schw… und Montanindustrie; Bibliographie des Bl… schewismus.

René Fülöp-Miller: Geist und Gesicht d… Bolschewismus. Darstellung und Kritik d… kulturellen Lebens in Sowjetrußland. 4… Seiten mit 500 Abbildungen. Amalth… Verlag in Zürich-Leipzig-Wien, 1926.

Dieses geradezu verschwenderisch reich a… gestattete Werk ist fraglos eine der herv… ragendsten und tiefstschürfenden Darstellung… die die Welt zur Zeit von dem Bolschewism… besitzt. Wir wissen dem Buche René Fülö… Millers tatsächlich nichts Ebenbürtiges zur Se… zu stellen.

Die Fülle der Probleme, die der Verfas… klar, ruhig und sicher herausarbeitet u… unserem Verständnis nahebringt, ist so gr… daß mit einer Inhaltsangabe auf beschränkt… Raum nichts, gar nichts erreicht ist. Die… nach Form und Inhalt gleich bedeutende We… darf man nicht aus einer dürftigen Anze… kennen lernen, man muß es lesen.

Und es ist ein wirklicher Genuß, Fülö… Miller zu folgen. Wie prächtig weiß er d… neuen bolschewistischen Typus des „kollekti… Menschen" zu schildern, wie anschaulich v…

t er es, uns die Problematik der gegen-tigen russischen Kunst zu zeichnen, wie t und tief spricht er von der Reformation byzantinischen Kirche, der Neugeburt der ischen Mystik usw. usw.

ené Fülöp-Miller versucht ehrlich, alle Fragen ig unparteiisch zu beurteilen. Aber auch kommt nicht daran vorbei, schließlich den chewismus in Grund und Boden zu ver-men und ihn für Europa mit aller Ent-edenheit abzulehnen: „Der Bolschewismus auf mehr als auf die Konfiskation des ateigentums: er will die Menschenwürde rhaupt konfiszieren, um alle freien Vernunft-en schließlich in eine Horde willenloser ven zu verwandeln. Welche maßlose Miß-ung des Menschen liegt doch darin, in er allgemeinen Unterdrückung den einzigen g zum Heile sehen zu wollen! Es ist die-e Sprache, mit der Dostojewskis nihilistischer alist Schigaleff in dem Roman „Die Dä-nen" und später in der vergeistigten Steige-g, in den „Brüdern Karamasoff", der jesu-he „Großinquisitor" für die Beglückung der t durch die organisierte Tyrannis eintritt."

Anger: Die wichtigste geographische Lite-ratur über das Russische Reich seit dem Jahre 1914 in russischer Sprache. Ver-öffentlichungen des Geographischen Instituts der Albertus-Universität zu Königsberg. 64 Seiten. Verlag L. Friederichsen & Co., Hamburg 1926.

Venngleich diese Zusammenstellung auf Voll-digkeit keinen Anspruch machen kann, wird der Fachmann dankbar begrüßen und cherlei Nutzen aus ihr ziehen. Dem Laien sie zeigen, daß die Mär von der Ausrot-aller russischen Gelehrten wirklich in das h der Fabel zu verweisen ist, daß vielmehr ichlich auch in dem Rußland der Sowjets ieler Beziehung hervorragend wissenschaft-gearbeitet wird.

Drahn: Lenin. Bio-bibliographische Bei-träge zur Geschichte der Rechts- und Staats-wissenschaften. Abt. Staatswissenschaften: Heft 2. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. 80 Seiten. Verlag R. L. Prager, Berlin 1925.

Eine erschöpfende und gerechte Biographie Lenins heute schon zu schreiben, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Um so freudiger begrüßen wir diesen Baustein zu einer Lebensbeschreibung und Würdigung des großen russischen Revo-lutionärs. Die Schrift, die allen billigen For-derungen der Wissenschaft gerecht wird, sollte in Deutschland weite Verbreitung finden, denn die über Lenin in Umlauf befindlichen falschen Gerüchte (oftmals wird Lenin als Judensprößling oder als ungebildeter Proletarier verschrien) hemmen das Verständnis für sein Werk, hindern eine richtige Einschätzung des heutigen Sowjet-Rußland. — Ein Verzeichnis der gesammelten Schriften und Einzelschriften Lenins ist dem Büchlein angefügt.

Freiherr von Schoenaich: Lebende Bilder aus Sowjet-Rußland. 106 Seiten mit zahl-reichen Abbildungen. Verlag H. Meyers Buchdruckerei, Halberstadt 1925.

Auf Grund der Beobachtungen während einer einmonatigen Reise nimmt der Verfasser Stellung zu allen Fragen der wirtschaftlichen Entwick-lung Sowjet-Rußlands, insonderheit der Land-wirtschaft. Die Schrift enthält kaum viel wesent-lich Neues, gibt aber in anregender Form die Eindrücke des Verfassers wieder. Schoenaich ist in bezug auf Sowjet-Rußland Optimist und glaubt, daß der Bolschewismus eine gesunde Synthese zwischen extremem Kapitalismus und extremem Kommunismus finden wird.

H. Vogeler-Worpswede: Reise durch Ruß-land. Die Geburt eines neuen Menschen. 64 Seiten mit 32 Zeichnungen des Ver-fassers in Offsetdruck. Carl Reißner Ver-lag, Dresden, ohne Jahr (1925?).

Ein fanatischer Feind der kapitalistischen Welt und begeisterter Verehrer des Bolschewis-mus beschreibt hier seine russische Reise und die Eindrücke, die er im Lande der roten Zaren

sammeln konnte. Da er ein Künstler ist und die russische Welt durch eine besondere Brille anschaut, wollen wir hier nicht mit ihm rechten. Wenn der Text enttäuscht, so wird der Leser durch die zum Teil ganz außerordentlich schönen Bilder reichlich entschädigt. Nur in den Bildern liegt der absolute Wert des Buches.

Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts in Breslau. Quellen und Studien, Abt. „Wirtschaft" und „Das heutige Rußland". Verlag H. Sack, Berlin.

Das sehr rührige Osteuropa-Institut in Breslau hat im Verlag H. Sack zwei Schriftenreihen erscheinen lassen, die für die deutsche Wirtschaft von großer Bedeutung sind. Von ersten Kennern des Landes werden wichtige und aktuelle Fragen des russischen Staats- und Wirtschaftslebens in einer allgemein verständlichen Form erörtert.

Wir möchten hier vor allem die Arbeit von Boris Brutzkus „Agrarentwicklung und Agrarrevolution in Rußland" nennen (249 Seiten, Berlin 1925). Das gesamte Agrarproblem Rußlands wird in dieser Schrift in historischer Vollständigkeit bis auf die neueste Zeit gründlichst behandelt. Die Abhandlung darf als schlechthin grundlegend bezeichnet werden und füllt eine lange und schmerzlich empfundene Lücke aus. Gerade das Durchführen der großen Linie bis in die Gegenwart selbst verleiht der Abhandlung besonderen Wert. An diesem Urteil ändert auch die Tatsache nichts, daß einzelne Behauptungen Brutzkus und Serings (im Vorwort) nicht von allen Rußlandforschern als richtig angesehen werden können.

Starke Beachtung verdienen weiterhin R. Nimptschs „Beiträge zum russischen Erdölproblem" (96 Seiten, Berlin 1925). Nach einer kurzen weltwirtschaftlichen Umrahmung des Problems behandelt Nimptsch zuerst die Absatz-, Kapital- und Organisationsfrage im volkswirtschaftlichen Sinn, um alsdann zu einer Erörterung mehr betriebswirtschaftlicher Art überzugehen (Arbeiterfrage, Lohnverhältnisse, Produktion, Bohrung und Verarbeitung). Eine Fül[le] von statistischen Angaben — meist leider nu[r] bis 1922/23 reichend — ist in die Darstellun[g] eingestreut.

In der Schriftenfolge „Das heutige Rußland", der die nun folgenden Arbeiten angehören, werden die Probleme knapper und populär behandelt, doch sind für die einzelnen Abhandlungen hervorragende Sachverständige gewonnen worden:

S. von Bubnoff: Grundlagen der russischen Schwerindustrie (69 Seiten, 1925). Eine vorzügliche Darstellung der einzelnen russischen Industriereviere und ihre Erzeugnisse.

P. H. Seraphim: Das Eisenbahnwesen Sowjet-Rußlands (48 Seiten, 1925). Ein Überblick über den Zusammenbruch des russischen Eisenbahnwesens 1917 und seine allmähliche Erholung bis zum Jahre 1923/24.

W. Rosenberg: Der Getreideexport aus Sowjet-Rußland (42 Seiten, 1925). Eine mit vielen Zahlen ausgestattete Untersuchung des für die russische Handelsbilanz entscheidend wichtigen Getreideexportes, gelegentlich zurückgreifend bis auf die Mitte des vorigen Jahrhunderts.

W. Rosenberg: Die Veränderungen des Getreideanbaues in Sowjetrußland (36 Seiten, 1926). Die wichtigsten Getreidearten werden hier nach ihrer Anbaufläche in den verschiedenen Distrikten bis 1924 behandelt. Vergleiche werden nur mit dem letzten Friedensjahr angestellt.

L. Jurowsky: Die Währungsprobleme Sowjetrußlands. 114 Seiten. Verlag R. L. Prager, Berlin 1925.

Diese sehr gründliche Darstellung des Geldwesens im revolutionären Rußland stammt von dem Chef der Valutaverwaltung des Finanzkommissariats in Moskau. Finanzwissenschaftliche und finanztechnische Darlegungen nehmen den Hauptraum ein. Politisch interessant sind einige Feststellungen des Verfassers. So gibt e[r]

. zu, daß das Grundproblem der bolschewisti-
en Währungsfrage in der Hauptsache durch-
das gleiche gewesen ist, das Jahrzehnte vor-
Bunge und Wyschnegradski beschäftigt
te und vom Grafen Witte in gewissem Sinne
öst wurde. Wittesche Methoden sogar spielen
der bolschewistischen Sanierungsaktion eine
scheidende Rolle. Nicht minder interessant
das Eingeständnis, daß eine völlig geldlose
rtschaft, wie sie in den Jahren 1918—21 in
ßland versucht wurde, durchaus dem Ideal
Bolschewisten entsprach und durchgeführt
rden sollte, daß dieses System aber an dem
derstand der Bauern scheiterte. Bislang
de diese Tatsache von sowjetamtlicher Seite
tritten und statt dessen behauptet, daß sich
geldlose Handel zwanglos und ungewollt
dem Zusammenbruch Rußlands entwickelt
e.

Karutz: Die Völker Nord- und Mittelasiens. 120 Seiten. 54 Tafeln mit erläuterndem Text. Franckh'sche Verlangshandlung. Stuttgart 1925.

ämtliche Völkerstämme Nord- und Mittel-
ens werden hier nach gleichen Grundsätzen
ziert. Ein kurzer Text gibt jeweils Ant-
t auf die Fragen: Woher kommt der Stamm?
und wie wohnt er? Wodurch und wozu
en diese Menschen?

Es versteht sich von selbst, daß ein tieferes
gehen auf die anthropologischen und ethno-
ischen Eigentümlichkeiten bei diesem System
gends möglich ist. Das ist aber auch nicht
Zweck dieser Veröffentlichung, die eher
Völkerkundemuseum in Buchform sein und
elementarem ethnographischen Verständnis
ehen möchte. — Die durchweg originalen
erzeichnungen verdienen im allgemeinen
richtige Anerkennung.

fahrten im Lande des weißen Todes. Erlebnisse und Tagebuchaufzeichnungen des ersten Steuermannes Albanow der Brussilow-Expedition (1912—1914) auf der Reise von Bord der „St. Anna“ nach Kap Flora. 206 Seiten. Mit zwei Karten, siebzehn Originalzeichnungen und zwölf Schlußstücken. Herausgegeben von Dr. Leonid Breitfuß. Verlag der Friedrich Andreas Perthes A.-G., Stuttgart-Gotha 1925.

Ein Buch voll Leben und Kampf mit den übermächtigen Elementen in den Gefilden des weißen Todes! Die überaus spannende Schilderung einer Arktisfahrt mit gänzlich unzureichenden Transportmitteln bei kärglichster Verpflegung! Zuversicht und Hoffnung, Hingabe und Tatkraft, Entmutigung und Verzweiflung, Todesnot und endlicher Sieg, das sind die Grundakkorde dieses Buches.

In schlichter, aber darum doppelt packender Sprache schildert Albanow seinen verzweifelten, aber schließlich doch erfolgreichen Rückzug von Bord der „St. Anna“ mit Schlitten und Kajaks nach Kap Flora (Franz Josephs-Archipel). Die Welt des nördlichen Eismeers ersteht vor unseren Augen in ihrer ganzen furchtgebietenden Größe. — Wenngleich frei von eigentlich wissenschaftlichem Inhalt, wird das Buch wegen seiner glänzenden Landschaftsschilderungen auch dem reifen und ernsten Leser etwas zu sagen haben.

H. Richter: Aus der Wolgadeutschen Sowjet-Republik. 28 Seiten. Verlag Diplomatisches Archiv, Berlin 1926.

Trotz seiner Kürze ist dieser landeskundliche Abriß der Wolgadeutschen Republik recht lesenswert. Er gibt ein sehr anschauliches Bild vom Lebensraum und Wirken der Deutschen an der Wolga, schildert ihr geschichtliches Schicksal und beleuchtet ihre gegenwärtige Lage. Die deutschen Brüder an der Wolga — sie wollen allerdings nur kulturell am Deutschtum festhalten, wohl auch wirtschaftlich Beziehungen zu Deutschland pflegen, politisch aber gute Russen sein — haben die Jahre der Hungersnöte schneller überwunden als die Völkerschaften rings herum. Die Beziehungen zu den Moskauer Zentralstellen werden als durchaus zufriedenstellend geschildert. Wirtschaftlich steht

neben der Getreidekultur der Anbau von Tabak, Sojabohne, Sonnenblume, Kartoffeln, Hirse usw. im Vordergrund; die Ausgestaltung der Getreide- und Ölmühlen-, Tabak- und Lederindustrie hat weitere Fortschritte gemacht, ebenso die Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen, die Errichtung von Sägemühlen u. a. m. Es steht zu hoffen, daß die deutsche Wolga-Republik sich in wenigen Jahren zu einem wirklichen Musterländle innerhalb der Sowjetunion entwickelt.

A. Büdel: Transkaukasien, eine technische Geographie. Erg-Heft Nr. 189 zu „Petermanns Mitteilungen". VIII und 152 Seiten. Mit 9 Karten. Verlag Justus Perthes, Gotha 1926.

Mit dem Wort „Geographie" wird nachgerade Unfug getrieben. Warum muß es nun wieder noch eine „technische Geographie" geben? Es handelt sich doch in Wirklichkeit bestenfalls um einen Baustein zu einer Wirtschafts- und Verkehrsgeographie Transkaukasiens.

Der Verfasser will nach seinen eigenen Worten eine Antwort auf folgende drei Fragen geben:

1. Welche technischen Hilfsmittel zur Erschließung und Bewirtschaftung sind bereits vorhanden?
2. Welche technischen Probleme (verkehrs- und wirtschaftsgeographischer Art) sind in der nächsten Zeit zu lösen?
3. Welche allgemeinen Grundlagen für die Tätigkeit des Technikers sind bereits geschaffen?

Zu diesem Zwecke behandelt er die Orographie (Seite 2—9), geodätische und topographische Arbeiten in Transkaukasien (Seite 35—56), Klima, Hydrographie, Be- und Entwässerungsanlagen (S. 57—82), Bevölkerungsverhältnisse und Kolonisationsmöglichkeit (83 bis 87), Land- und Forstwirtschaft (88—94), Industrie (95—97), Handel und Verkehr (98 bis 133), die Wasserkraftwirtschaft (134—141).

Wir müssen leider feststellen, daß die Arbeit von Büdel nicht entfernt das Niveau hält, welches wir sonst von den Ergänzungsheften zu „Petermanns Mitteilungen" gewohnt sind. Es handelt sich offenbar um die Anfängerarbeit eines Technikers, dessen geographische und wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung sehr zu wünschen übrig läßt. Den Abschnitt XI z. B. „Das Transkaukasische Verkehrsproblem" (Seite 99—100), kann man doch tatsächlich kaum ernst nehmen. Im Zahlenmaterial wäre allenthalben wesentlich Besseres und Moderneres zu bieten gewesen. Warum hört für den Verfasser einer 1926 erscheinenden Arbeit das Wirtschaftsleben Transkaukasiens fast überall im Jahre 1911 auf? Daß die russische Agrarstatistik die Ernte nicht in Gewichtsmaß, sondern in Hohlmaß angäbe (S. 91, Anm. 1), ist eine von vielen groben Unrichtigkeiten.

C. Uhlig: Die Beßarabische Frage. Eine geopolitische Betrachtung. 107 Seiten. Mit 3 Schaltkarten. Verlag von Ferdinand Hirt in Breslau. 1926.

Carl Uhlig, der hervorragende Lehrer der Geographie an der Tübinger Universität, hat verschiedene Reisen durch ganz Beßarabien ausgeführt und faßt in dieser ungemein lebendigen und fesselnden Schrift seine Beobachtungsergebnisse zum erstenmal zusammen. Mit Recht bezeichnet er diese Studie als geopolitische, denn er bietet nicht nur einen Überblick über die natürlichen Gegebenheiten des Landes und seiner Bevölkerung, sondern zieht darüber hinaus „Folgerungen für die lebendige Politik der Kräfte, die um Beßarabien ringen".

Uhligs Standpunkt läßt sich etwa dahin zusammenfassen, daß Beßarabien als typisches Durchgangsland eine Sonderstellung zwischen der Ukraine und Rumänien einnimmt. Rußland begehrt Beßarabien, weil es dadurch einen weiteren Teil der pontischen Kornkammer, eine Vergrößerung seines Südlandes erzielen würde und weil die Bevölkerung Beßarabiens z. T. aus Ukrainern besteht. Rumänien betrachtet die beßarabische Angelegenheit als eine Frage der Irredenta, hofft wohl auch auf einen erheb-

nen Absatz von Holz und Naphta aus dem mänischen Stammland und fordert die Ein-leibung Beßarabiens nicht zuletzt im Namen s großrumänischen Imperialismus. Auf lcher Seite das größere Maß von Recht liegt, t Uhlig unerörtert. Dafür aber bespricht er gehend all die vielen kulturellen und wirt-aftlichen Probleme, die Rumänien in Beß-bien lösen muß, wenn es sich das Land wirk-h zu eigen machen will. Wir danken es Uhlig sonders, daß er die dem Deutschtum in Beß-bien gestellten Aufgaben und die Bedeutung s Deutschtums für die Befriedung und wirtschaftliche Hebung des Landes ausführlich behandelt hat.

Hoffen wir, daß auch rumänische Regierungskreise die sehr inhaltreiche Schrift Uhligs lesen und daraufhin ihre oftmals deutschfeindliche Politik ändern werden. — Den Lesern unserer Zeitschrift kann die vorliegende Studie nicht warm genug empfohlen werden. Sie ist ein Vorbild für die Behandlung eines Landes durch einen Gelehrten, der die innige und dauernde Berührung mit dem praktischen Leben, der Politik der Völker und Staaten bewußt pflegt.

erantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Professor Dr. E. Obst, nnover, Scharnhorststraße 14 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstraße 9 / Professor Dr. Maull, nkfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83
Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Straße 114.

